

Parteienprofile

Neue Nachbarn

Südosteuropa

Stand:
Oktober 2004

Dr. Lars Peter Schmidt (Hg.)

2004 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin.
Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Stiftung.
Printed in Germany.

Dr. Lars Peter Schmidt, Referatsleiter Mittel-Osteuropa:
Landgrafenstraße 14, 10907 Berlin, Tel.: 030 269 96 538, E-mail: lars.schmidt@kas.de
Besonderer Dank gebührt Frau Christina Catherine Krause (Redaktion und Layout).

INHALTSVERZEICHNIS

Bosnien und Herzegowina	1
KROATISCHE DEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT BOSNIEN-HERZEGOWINA (HDZBuH)	3
PARTEI DES DEMOKRATISCHEN PROGRESSES DER REPUBLIK SRPSKA (PDP RS)	9
PARTEI DER DEMOKRATISCHEN AKTION (SDA)	13
VOLKSPARTEI „DURCH ARBEIT ZUM WOHLSTAND“ (RzB)	19
Bulgarien	23
DEMOKRATEN FÜR EIN STARKES BULGARIEN (DSB)	25
KOALITION VOLKSUNION (NS)	29
UNION DER DEMOKRATISCHEN KRÄFTE (SDS)	35
Kroatien	41
DEMOKRATISCHES ZENTRUM (DC)	43
KROATISCHE DEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT (HDZ)	47
KROATISCHE BAUERNPARTEI (HSS)	51
Mazedonien	55
INNERE MAKEDONISCHE REVOLUTIONÄRE ORGANISATION – DEMOKRATISCHE PARTEI DER NATIONALEN EINHEIT MAKEDONIENS (VMRO-DPMNE)	57

Rumänien	63
DIE VOLKSAKTION (AP)	65
CHRISTDEMOKRATISCH NATIONALE BAUERNPARTEI (PNTCD)	71
DIE UNION DES WIEDERAUFBAUS RUMÄNIEN (URR)	77
Serbien und Montenegro	83
DEMOKRATISCHE PARTEI SERBIENS (DSS)	85
G 17 PLUS	89
Ukraine	93
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION (CDU)	95
KONGRESS Ukrainischer NATIONALISTEN (KUN)	101
VOLKSBEWEGUNG DER UKRAINE (RUKH bzw. NRU)	106
PARTEI REFORMEN UND ORDNUNG (PRP)	111
Ukrainische Volkspartei (UVP oder UNP)	115
Weißrussland	119
PARTEI DER BELARUSSISCHEN VOLKSFRONT (BVF)	121
VEREINIGTE BÜRGERPARTEI (VBP)	127
AUSSENSTELLEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	
Relevante Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Ortskräften	133

EINFÜHRUNG

Die vorliegende Sammlung „Parteienprofile Neue Nachbarn, Südosteuropa“ behandelt die neuen Nachbarn der Europäischen Union in Ost- und Südosteuropa. Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien, Serbien und Montenegro, Ukraine und Weißrussland sind die Staaten, die mit der Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 als bedeutende Partner an der EU-Außengrenze hinzugekommen sind. All diese Staaten durchlaufen seit dem Zerfall der Sowjetunion einen steinigen Transformationsprozess, der auf dem Balkan im letzten Jahrzehnt zu Krieg und Bürgerkrieg, schweren Menschenrechtsverletzungen und Vertreibungen geführt hat. Im Gegensatz zu anderen ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten, die im Mai dieses Jahres Mitglieder der EU geworden sind, sind politische, soziale und wirtschaftliche Reformprozesse in diesen Ländern – im unterschiedlichen Grad – durch Rückschläge und Hemmnisse geprägt. Von einem problematischen Regime in Weißrussland bis zum UNO-Protectorat im Kosovo, in dem ethnische Konflikte nach wie vor Bestand haben, ist diese Nachbarregion alles andere als homogen und stabil. Letztlich ist die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zur Stabilisierung – hier vor allem die entschiedene Bekämpfung von Korruption und kriminellen Strukturen – Demokratisierung und die Etablierung eines Rechtsstaates vielerorts noch nicht im ausreichenden Maße erfolgt.

Im Rahmen der Politik der Europäischen Union, dauerhaft einen Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts zu etablieren, kommt der Stabilität und Rechtsordnung dieser Staaten eine wichtige Bedeutung zu. Ein Großteil der Länder strebt selbst die EU-Mitgliedschaft an. So ist der Beitritt Rumäniens, Kroatiens und Bulgariens für 2007 vorgesehen.

Die in dieser Sammlung aufgeführten Parteien sind im Parteienspektrum der Mitte einzuordnen. Einige Parteien sind stark in der Gesellschaft verwurzelt und weisen eine lange Geschichte auf, die während der Diktaturen von großem persönlichen Leid gekennzeichnet war. Andere sind das Resultat vieler Abspaltungen. Wieder andere Parteien sind aus Massenprotestbewegungen gegen die sozialistische Nomenklatur hervorgegangen oder stellen Zusammenschlüsse von Experten dar. Charakteristisch für die Parteienlandschaft der letzten Jahre ist die zunehmende Polarisierung und Radikalisierung, die Zersplitterung von Parteien, das Formieren und wieder Zerschlagen von Bündnissen und die Zunahme an Wählerverdruss. Aufgrund dieser Zentrifugalkräfte ist es um so wichtiger die Entwicklungen zu beobachten und die Kräfte der politischen Mitte zu beraten und zu stärken.

Politischen Parteien kommt in repräsentativen Demokratien die zentrale Rolle zu, Meinungen und Konfliktpotential zu transformieren und in ein gesellschaftliches System der Diskussion und des Wettbewerbs um die besten Lösungen einfließen zu lassen. Eine Kultur des Meinungsaustauschs und der Kompromissfindung gilt es nach Jahrzehnten der Diktatur zu festigen. Den etablierten Parteien Westeuropas sowie den Parteien der acht mittel- und osteuropäischen Staaten, die gerade der EU beigetreten sind, kommt hier eine wichtige Funktion zu. Diese Sammlung soll Hinweise auf Entstehung und Struktur der Parteien, den politischen Kontext, Aussichten und Leitfiguren geben. **Diese Publikation soll behilflich sein, Kontakte aufzunehmen und auszubauen und die Etablierung langfristiger Partnerschaften zu fördern. Die Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit**

und die jeweiligen Außenstellen der Konrad-Adenauer-Stiftung, die im Anhang aufgeführt sind, stehen hierfür ebenfalls zur Verfügung.

Bosnien und Herzegowina



Quelle: http://www.ipicture.de/landkarte/landkarte_bosnien_und_herzegowina.html



KROATISCHE DEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT BOSNIEN-HERZEGOWINA

HDZBuH

1. Land:

Bosnien und Herzegowina (BuH)

2. Name der Partei in der Landessprache:

Hrvatska Demokratska Zajednica Bosne i Hercegovine

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

HDZBiH

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Kroatische Demokratische Gemeinschaft Bosnien-Herzegowina

Gegründet 1990

Wie die bosniakische SDA und die serbische SDS entstand die Kroatische Demokratische Gemeinschaft, HDZ, zu Zeiten der demokratischen Umbrüche Ende der 1980er Jahre, die im ehemaligen Jugoslawien zu Unabhängigkeitserklärungen der jugoslawischen Teilrepubliken und den Nachfolgekriegen führten. Lange schwelende, im alten Jugoslawien unterdrückte Hoffnungen auf nationale Selbstbestimmung und freie Religionsausübung erhielten für die kroatische, mehrheitlich katholische Bevölkerungsgruppe durch die HDZ mit Franjo Tudjman an der Spitze ein politisches Forum. In Bosnien-Herzegowina wurde die HDZ BuH am 18. August 1990 bei der Gründungsversammlung in Sarajevo ins Leben gerufen.

In den folgenden Kriegsjahren erhielt die HDZ die breite Zustimmung der Kroaten nicht nur in der 1991 ausgerufenen kroatischen Republik, sondern auch in Bosnien-Herzegowina und der Diaspora. Nach dem Krieg durchzogen die HDZ BuH zahlreiche innere Konflikte, die regelmäßig zum Weggang bzw. zum Ausschluss von Reformkräften führten, die eine konstruktive Politik der kroatischen Mitwirkung am Aufbau des Staates Bosnien-Herzegowina vertraten und den separatistischen Tendenzen und Anschluss Hoffnungen an Kroatien eine klare Absage erteilten. In etlichen Fällen gründeten kroatische Reformpolitiker eigene Parteien, die den Alleinvertretungsanspruch der HDZ gegenüber der kroatischen Bevölkerungsgruppe in BuH jedoch kaum streitig machen konnten. Die Kroaten in BuH geben bis heute der HDZ mehrheitlich ihre Stimmen, auch wenn Kritik an der Partei unübersehbar gewachsen und ihr Stimmenanteil rückläufig ist.

5. Anschrift der Partei:

HDZBiH
Kneza Domagoja b.b.
88 000 Mostar
Tel. +387 36 310 701
Fax. +387 36 315 024
e-mail: hdzbih@hdzbih.org
www.hdzbih.org

6. Parteiführung:

Parteivorsitzender:	Bariša ČOLAK
Stellvertretende Vorsitzende:	Dragan ČOVIĆ Anto SPAJIC Niko LOZANCIC
Generalsekretär:	Rade BOSNAK (wird voraussichtlich abgelöst; von: Vlatko MEDJUGORAC (Kabinettschef des Parteivorsitzenden))
Jugendvorsitzender:	Dragan BAGARIC

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei in internationalen Parteizusammenschlüssen:

Die HDZ BuH reichte ihren Antrag auf EVP-Mitgliedschaft (Beobachterstatus) im Dezember 2003 ein. Die Parteijugend HDZ BuH ist seit 1998 Mitglied der DEMYC – DEMOCRAT YOUTH COMMUNITY OF EUROPE. Seit 2000 engagiert sie sich zudem bei Treffen von YEPP, IRI, The YRG Bord, JVP – Junge Volkspartei Österreichs.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Hauptorgane der Partei:

Parteiversammlung
Hauptausschuß
Präsidium
Generalsekretariat/Geschäftsstelle
Hohes Ehrengericht
Aufsichtsrat

Organisationsstufen:

64 Gemeindeverbände
2 Stadtverbände
9 Kantonalverbände
2 Regionalverbände in der RS
1 Verband im Distrikt Brčko

Hauptamtliches Personal: Vorsitzende/Sekretäre der Gemeinde- und Kantonalverbände; sämtliche Angestellte in der Geschäftsstelle der HDZ BuH.

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Präsidium

Generalsekretariat bestehend aus:

- Sekretariat für Organisation, Mitgliedschaft und Förderung
- Verfassungs-, Rechts-, Verwaltungs- und Archivsekretariat
- Sekretariat für Innenpolitik, Internationale Organisationen und Emigration
- Sekretariat für Wirtschaft und Finanzen
- Sekretariat für Soziales
- Presse- und Informationsbüro
- Allgemeine- und Angestelltenabteilung
- Jugendbüro HDZ BuH

Die Mehrheit der Angestellten und Funktionäre sind hauptamtlich tätig.

10. Parteimitglieder:

Registrierte Mitglieder: 66 352

Zusammensetzung der Mitgliedschaft nach Entität: FBuH 79%, RS 21%

Zusammensetzung der Mitgliedschaft nach ethnischer Zugehörigkeit:

Kroaten 92%, Bosniaken 4%, Serben 2%, Sonstige 2%

Zusammensetzung der Mitgliedschaft nach Geschlecht: 63% männlich, 37% weiblich

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:

Allgemeine Wahlen 1990:

SR BuH Präsidentschaft: 2 Kandidaten (von 8)

SR BuH - Parlament - Bürgerrat: 21 Mandate (von 130)

SR BuH Parlament - Gemeinderat: 23 Mandate (von 110)

Allgemeine Wahlen 1996:

BuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 8 Mandate (von 42 - **28** Anteil FBuH)

FBuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 36 Mandate (von 140)

Kommunalwahlen 1997:

FBuH: 28%

RS: 2%

Allgemeine Wahlen 1998:

BuH Präsidentschaft: HDZBuH stellt das kroatische Mitglied

BuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 14%, 6 Mandate (von 42 - **28** Anteil FBuH)

BuH Parlament – Volkskammer: 4 Mandate (von 15)

FBuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 20%, 28 Mandate (von 140)

FBuH Parlament - Volkskammer: 25 Mandate (von 80)

RS Volksversammlung: 1%, 1 Mandat (von 83)

Allgemeine Wahlen 2000:

BuH Präsidentschaft: HDZBuH stellt erneut kroatisches Mitglied

BuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 12%, 5 Mandate (von 42 - **28** Anteil FBuH)

FBuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 18%, 25 Mandate (von 140)

Allgemeine Wahlen 2002 (HDZBuH in Koalition mit Demokrsanci und HNZ):

BuH Präsidentschaft: stellt kroatisches Mitglied (62%)

BuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 16%, 5 Mandate (von 42 - **28** Anteil FBuH)

BuH Parlament - Volkskammer: 4 Mandate (von 15)

FBuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 16%, 16 Mandate (von 98)

FBuH Parlament - Volkskammer: 11 Mandate (von 58)

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

Die HDZ war seit 1990 mit Ausnahme von 2 Jahren (2000 – 2002) ununterbrochen auf allen Ebenen an der Macht beteiligt. Aus Protest gegen die von der OSZE kurz vor den Wahlen 2000 geänderten Wahlregeln, die einem breiten Oppositionsbündnis letztlich zum Wahlsieg verhelfen, hielt die HDZ am Wahltag ein Referendum ab. Nach darauffolgenden Sanktionen seitens der OSZE verliessen die HDZ-Abgeordneten die Parlamente auf staatlicher und föderaler Ebene und zogen sich in die Kantone zurück. Im März 2001 wurde das kroatische Mitglied der Präsidentschaft, zum Zeitpunkt Parteivorsitzender der HDZ, Ante JELAVIC, vom damaligen Hohen Repräsentanten, Wolfgang PETRITSCH, abgesetzt und von allen Ämtern auf Dauer enthoben. Dies geschah als Reaktion auf die "Autonomieerklärung" der "Kroatischen Selbstverwaltung (Samuprava)" durch die HDZ BuH im Bündnis mit anderen kleinen kroatischen Parteien. Mit der Teilnahme an den Parlamentswahlen im Jahr 2002 und nach ihrem Wahlgewinn hat die HDZ BuH ihre Arbeit in den Regierungsorganen wieder aufgenommen.

Regierung Ministerrat BuH (Legislaturperiode 2002 – 2006):

Minister für Sicherheit

Minister für Außenhandel und Wirtschaftsbeziehungen

Minister für Finanzen

Stellvertretender Minister für Flüchtlinge

Stellvertretender Justizminister

Stellvertretender Außenminister

Regierung Föderation BuH:

Finanzminister

Justizminister

Landwirtschaftsminister

Verteidigungsminister

Gesundheitsminister

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Die HDZ BuH ist eine Volkspartei europäischer Prägung, die für die Wahrung der Werte der kroatischen sowie der christlichen Kulturgemeinschaft eintritt. Ihr Programm basiert auf den Grundsätzen der christlichen Demokratie. Die Partei verfolgt eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und setzt sich für den Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft ein.

Die HDZ will alle Schichten der kroatischen Bevölkerungsgruppe in Bosnien und Herzegowina ansprechen, ohne Bürger anderer ethnischer Herkunft bzw. Religionszugehörigkeit auszugrenzen. Als oberstes Ziel gilt jedoch die Vertretung der Interessen der kroatischen und katholischen Bürger BuHs, für deren verfassungsmäßige Gleichstellung sich die Partei auf allen Ebenen des Staates einsetzt. Sie sieht ihre vorrangigste Aufgabe in der Heranführung Bosniens und Herzegowinas an die Strukturen der Europäischen Union, der Etablierung von Rechtsstaatlichkeit und dem Aufbau einer rationalen und effektiven Verwaltung. Als prioritär betrachtet die Partei die mit dem Rechts- und Gerichtssystem verbundenen Reformen; die Steuerreform (Einführung der Mehrwertsteuer); den Aufbau einer einheitlichen staatlichen Zollverwaltung; die Reform des Renten- und Gesundheitswesens und die Reform der Streitkräfte. Sie will sich für die nachhaltige Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen einsetzen. In der Unterstützung des Baugewerbes durch Straßenbau- und Infrastrukturprojekte sowie Wohnungsbau sieht die HDZ eine Möglichkeit, effektiv die einheimische Wirtschaft zu beleben. Die Schaffung der Rahmenbedingungen für die Entwicklung eines einheitlichen Wirtschaftsraums definiert sie als Voraussetzungen für die Anziehung ausländischer Investitionen und den Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit. Betreffend der derzeit wichtigen Frage, ob die Dayton-Verfassung geändert werden soll, bezieht die HDZ die Stellung, dass eine Änderung notwendig ist und verschiedene Optionen zu überprüfen sind, die BuH als Staat mit drei Völkern und künftigen EU-Mitglied dauerhaft funktionsfähig machen.

Offizielle Leitfiguren der Partei sind gegenwärtig in den Regierungsämtern auf staatlicher und föderaler Ebene sowie in den jeweiligen Parlamenten vertreten. Allerdings stehen im Hintergrund der Kantonalverbände politische Identifikationsfiguren und Vertreter aus dem Umkreis des militärischen ehemaligen Kroatischen Verteidigungsrats HVO, die den prostaatlichen Kurs der Parteiführung distanziert betrachten und darin einen Ausverkauf kroatischer Interessen sehen.

14. Art der KAS-Verbindung:

Die Kontakte zwischen der KAS und der HDZ laufen über das Präsidium der Partei. Bilaterale Kontakte bestehen außerdem zwischen KAS und Regierungsmitgliedern sowie Abgeordneten, zu Mandatsträgern auf lokaler Ebene, und zu Mitgliedern der Jugendorganisation.

15. Parteinaher Bildungs- oder Studieneinrichtungen (Stiftung, Institut):

Keine

16. Kommentar:

Trotz relativem Wahlgewinn 2002 ist angesichts zurückgehender Zahlen eine Ernüchterung gegenüber der nationalistisch orientierten Politik der HDZBuH in der kroatischen Bevölkerungsgruppe unübersehbar. Seit der Regierungsübernahme tun sich zunehmend Gräben zwischen den zwei maßgeblichen Flügeln der Partei auf: zwischen denjenigen, die sich innerhalb der bestehenden parlamentarischen, und denen, die sich außerhalb dieser Strukturen politisch betätigen wollen.

Separatistische Politikansätze sind aus der Rhetorik der offiziellen Parteivertreter gänzlich verschwunden. Allerdings lassen die Verflechtung der Partei auf lokaler und regionaler Ebene mit alten militärischen und Geheimdienst-Strukturen – die auch Verbindungen zu wirtschaftskriminellen Netzwerken aufweisen – sowie die Verwicklung einzelner, prominenter Parteivertreter in Korruptionsaffären Zweifel aufkommen, ob der Ansatz der Parteiführung von der Parteibasis in der Breite mitgetragen wird. Manche Vertreter auf lokaler Ebene halten Führungspersonen aus der Partei vor, ihren Kompromisskurs aus Eigeninteresse mitzutragen, um sich vor drohender Strafverfolgung wegen Korruption und Veruntreuung zu schützen.

Am 23. Januar 2004 wurden von einer Sondereinheit der Föderationspolizei unter Begleitschutz der SFOR der ehemalige HDZ-Parteivorsitzende und Mitglied der Präsidentschaft BuHs, Ante JELAVIC, der ehemalige Verteidigungsminister der Föderation, Miroslav PRCE, sowie Miroslav RUPCIC, ehemaliger Direktor der Hercegovina Osiguranje (Versicherung), festgenommen. Die von einem internationalen Richter in der „Sonderabteilung für die Bekämpfung der organisierten und Wirtschaftskriminalität sowie Korruption“ am Gerichtshof BuH erhobene Anklage lautet auf Amtsmissbrauch und Veruntreuung in Höhe von 260 Mio. KM im Falle „Hercegovacka Banka“, sowie auf unlautere Machenschaften im föderalen Verteidigungsministerium. Laut Verteidigung wurde die Anklage der Staatsanwaltschaft auf die „Gründung der kroatischen Selbstverwaltung“ ausgeweitet.

Beim letzten Parteitag am 26. April 2003 traten bekannte „Hardliner“ weitgehend in den Hintergrund. Die Partei scheint sich darauf geeinigt zu haben, dass sie nur durch einen moderaten Kurs und die Akzeptanz der Staatlichkeit und Verfasstheit BuHs auf Unterstützung v.a. seitens der internationalen Gemeinschaft hoffen kann. Das Parteipräsidium der HDZ BuH hat während des Wahlkampfes in Kroatien entschieden, die HDZ und Parteichef Ivo SANADER auch bei seinem Kampf um kroatische Stimmen aus Bosnien-Herzegowina zu unterstützen. Wenige Parteimitglieder richteten sich gegen den Parteibeschluss und kandidierten auf den Wahllisten anderer Parteien in Kroatien (Ausnahmen: Zdravko BATINIC, Ivo ANDRIC LUZANSKI, Jozo MARIC und Marko TOKIC). Bei der nächsten Sitzung des Hauptausschusses soll geklärt werden, ob gemäß der Satzung ihr Ausschluss möglich ist.

PARTEI DES DEMOKRATISCHEN PROGRESSES DER REPUBLIK SRPSKA

PDP RS

1. Land:

Bosnien und Herzegowina

2. Name der Partei in der Landessprache:

Partija demokratskog progresa Republike Srpske

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

PDP RS

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Partei des demokratischen Progresses der Republika Srpska

Die PDP RS wurde im September 1999 gegründet. Zu dieser Zeit gab es in der Republika Srpska (RS) keine Partei, die sich als Partei der Mitte profilierte. Gründer der Partei ist der Wirtschaftsprofessor Dr. Mladen IVANIC, der bis heute Parteivorsitzender ist.

Die Entstehungsgeschichte der Partei ist im Zusammenhang mit der Neuordnung von Loyalitätsbindungen zu verstehen, die 1997 die RS in Aufruhr hielt. Die damalige Präsidentin der RS, Biljana PLAVSIC, suchte Distanz zu Jugoslawien und dem als Kriegsverbrecher gesuchten Radovan KARADZIC aufzubauen, was die serbischen Nationalisten als Verrat am serbischen Volk auslegten. Folglich verweigerten sie Mladen IVANIC, den PLAVSIC im Dezember 1997 als Premierminister vorgeschlagen hatte, ihre Unterstützung. IVANIC galt für die internationale Gemeinschaft wie auch für Teile der Bevölkerung in der RS als Hoffnungsträger, der ökonomische Reformen zum Erfolg und Korruption zum Erliegen bringen kann. Diese Wahrnehmung begünstigte Planungen für die Gründung einer eigenen Partei. IVANIC dürfte die PDP nicht zuletzt als eigene politische Machtbasis ins Leben gerufen haben.

5. Anschrift:

PDP RS

Majke Marije i brace Madzar 52

78.000 Banja Luka

Tel.: +387 51 218 078

Fax: +387 51 218 115

E-Mail: pdp@blic.net, www.pdp-rs.org

6. Parteiführung:

Vorsitzender der PDP RS:	Mladen IVANIC
Stellvertretende Vorsitzende:	Zoran DJERIC Goran MILOJEVIC
Generalsekretär:	Nevenka TRIFKOVIC
Geschäftsführer:	Srdjan SUPUT
Jugendvorsitzender:	Branislav BORENOVIC

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei (bzw. Antragstellung) in internationalen Parteizusammenschlüssen:

Im Jahr 2003 ging der Antrag der PDP auf Mitgliedschaft (Beobachterstatus) bei der EVP ein. Er wird derzeit geprüft.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Die Parteistruktur:

65 Gemeindeverbände in der Republika Srpska (RS).

13 Gemeindeverbände in der Föderation Bosnien und Herzegowina (FBuH).

Gegenwärtig sind 2 Personen hauptamtlich bei der Partei beschäftigt; in den Regionalverbänden sind alle Personen ehrenamtlich tätig.

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Der Vorstand der PDP RS fungiert als Kabinett des Vorsitzenden der PDP RS, neben dem Kabinettschef und dem Geschäftsführer. Zudem gibt es das Kabinett des Generalsekretärs sowie technisches Personal. In der Geschäftsstelle sind 2 Personen hauptamtlich tätig.

10. Parteimitglieder:

35 000 Mitglieder

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:

Kommunalwahlen 2000:

RS: 24%

Allgemeine Wahlen 2000:

BuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 5%, 2 Mandate (von 42 - **14** Anteil RS)

RS Volksversammlung: 13%, 11 Mandate (von 83)

Allgemeine Wahlen 2002:

BuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 10%, 2 Mandate (von 42 - **14** Anteil RS)

BuH Parlament – Volkskammer: 2 Mandate (von 15)

RS Volksversammlung: 11%, 9 Mandat (von 83)

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

Legislaturperiode 2002 – 2006:

BuH Außenminister: Mladen IVANIC

Premierminister der RS: Dragan MIKEREVIC

4 Minister in der Regierung der RS

Legislaturperiode 2000 – 2002:

BuH Minister für Europäische Integration: Dragan MIKEREVIC

Premierminister der RS: Mladen IVANIC

7 Minister in der Regierung der RS

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Die PDP setzt sich für Rechtstaatlichkeit, Gesetzes- und Verfassungsmäßigkeit der Republika Srpska und Bosnien und Herzegowinas ein. Sie vertritt einen konstruktiven Ansatz gegenüber der Staatlichkeit BuHs, allerdings einzig auf der Basis der Integrität der RS als Entität. Mit Blick auf Südosteuropa als Region vertritt die PDP den Ansatz der Regionalisierung, die den Prozess der Annäherung und Integration der Region SOE in die Strukturen der Europäischen Union begleiten soll. Die Partei profiliert sich programmatisch mit Schwerpunkt auf eine marktwirtschaftliche und liberale Wirtschaftspolitik.

Wegen ihrer wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzung ist die PDP vor allem für urbane, gebildete Schichten und für Unternehmer attraktiv, versucht jedoch engagiert ihre Basis in ländlichen Gegenden auszuweiten. Die Partei und ihre Repräsentanten setzen in ihrer Selbstdarstellung auf persönliche Glaubwürdigkeit und Nicht-Korruptierbarkeit.

Die führende Persönlichkeit der Partei ist Mladen IVANIC. Als Professor für Ökonomie und politisch „Unabhängiger“ gilt er schon seit längerem als Autorität in der politischen Szene der RS. Schon 1997 zum Premierminister der RS designiert, zwangen ihn die fehlende Unterstützung und offene Obstruktion seitens der serbischen Nationalisten und der Partei SDS sowie der Serbischen Radikalen Partei SRS, als Kandidat zurückzutreten. Nach den Wahlen im November 2000 gelang ihm dann der politische Durchbruch. Im Amt versucht IVANIC die Balance zwischen gemäßigter, konstruktiver Kompromissbereitschaft und der Berücksichtigung serbisch-nationalistischer Interessen zu halten.

14. Art der KAS-Verbindung:

Die Verbindung der KAS zur Partei bestehen seit ihrer Gründung und wurde kontinuierlich durch Bildungs- und Beratungsmaßnahmen ausgebaut. Besonders zum Vorsitzenden und der Parteiführungsebene, als auch zu den Nachwuchskräften bestehen intensive Kontakte.

15. Parteinahе Bildungs- oder Studieneinrichtungen (Stiftung, Institut):

Keine

PARTEI DER DEMOKRATISCHEN AKTION

SDA

1. Land:

Bosnien und Herzegowina

2. Name der Partei in der Landessprache:

Stranka Demokratske Akcije

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

SDA

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Partei der Demokratischen Aktion

Die SDA wurde am 26. Mai 1990 in Sarajevo gegründet.

Als Träger einer breiten Volksbewegung wurde sie zum politischen Schlüsselfaktor für die Verteidigung der staatlich-rechtlichen Kontinuität Bosnien und Herzegowinas am Ende des 20. Jahrhunderts. Vor dem Zerfall Jugoslawiens war die SDA eine einheitliche politische Partei für das damalige territoriale Gesamtgebiet. Nach der Etablierung Bosnien und Herzegowinas als unabhängiger Staat konzentrierte sich die SDA auf das Gebiet von Bosnien und Herzegowina, während die Parteiverbände in den anderen ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken zu selbständigen politischen Organisationen wurden.

5. Anschrift der Partei:

SDA

Marsala Tita 9°

71000 Sarajevo

Bosnien und Herzegowina

Tel: +387-33-472-192, +387-33-663-971, +387-33-650-394, +387-33-444-095

Fax: +387-33-663-970

E-Mail : sda@bih.net.ba

www.sda.ba

6. Parteiführung:

Vorsitzender:

Sulejman TIHIC

Stellvertretender Vorsitzender:	Adnan TERIZIC
Generalsekretär:	Sefik DZAFEROVIC
Vizepräsidenten:	Seada PALAVRIC Mirsad KEBO Elmir JAHIC Bakir IZETBEGOVIĆ
Leiter der Fachämter der Zentrale:	Timur NUMIC
Jugendvorsitzender:	Senad SEPIC

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei (bzw. Antragstellung) in internationalen Parteizusammenschlüssen:

Das Bewerbungsverfahren für die Mitgliedschaft (Beobachterstatus) der SDA in der EVP ist im Gange. Der Antrag wurde 2003 gestellt. Die Jugendassoziation der SDA bemüht sich derzeit um Aufnahme des Bewerbungsverfahrens für die YEPP-Mitgliedschaft.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Die zentralen Organe der Partei – neben Parteitag und Parteiversammlung – sind: der Vorstand mit 109 Mitgliedern; Vorsitz; Präsidium; Aufsichtsrat und Ehrengericht. Sitz der zentralen Organe sowie der Partei befinden sich in Sarajevo.

Die Parteistruktur ist territorial aufgebaut, so dass – neben den angeführten Organen – noch 10 kantonale Verbände (in der Föderation BuH) und 5 regionale Verbände (in der Republika Srpska, RS), sowie Verbände im Distrikt Brcko und der Stadt Mostar tätig sind. Alle erwähnten Verbände bestehen ihrerseits aus Gemeindeverbänden des jeweiligen Kantons bzw. der Region. Die Gemeindeverbände gliedern sich weiter in Ortsverbände, der kleinsten Verwaltungseinheit.

Im Rahmen der Partei sind folgende Assoziationen tätig:
Jugendassoziation der SDA (AM SDA)
Frauenassoziation FATMA

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Ein Direktor in der Zentrale ist für alle Angelegenheiten im Zuständigkeitsbereich der Zentrale verantwortlich. Die Verwaltungsstruktur der Zentrale besteht aus Fachämtern, in denen 18 Personen hauptamtlich tätig sind. Alle Sekretäre in Gemeinde-, kantonalen oder regionalen Verbänden sind hauptamtlich engagiert; in diesen Verbänden arbeiten jeweils mindestens 2 bis 3 Personen (die Anzahl variiert in unterschiedlichen Gemeinde, Regionen und Kantonen).

10. Parteimitglieder:

In Anbetracht der Ereignisse in den letzten 10 Jahren konnte die Partei nie alle ihre Mitglieder feststellen. Beim Versuch der Erstellung von Mitgliederverzeichnissen wurden 100 000 Mitglieder erfasst (Inhaber von Mitgliedsausweisen der Partei). Nach Schätzungen muss die Mitgliederzahl jedoch weitaus höher liegen. Eine Erstellung neuer Mitgliederverzeichnisse ist derzeit in Arbeit.

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:

Allgemeine Wahlen 1990:

SR BuH Präsidentschaft: 3 Kandidaten (von 8)

SR BuH - Parlament - Bürgerrat: 43 Mandate (von 130)

SR BuH Parlament - Gemeinderat: 43 Mandate (von 110)

Allgemeine Wahlen 1996:

BuH Präsidentschaft: SDA stellt das bosniakische Mitglied

BuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 37%, 19 Mandate (von 42 - **28** Anteil FBuH)

FBuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 78 Mandate (von 140)

RS Volksversammlung: 14 Mandat (von 83)

Im selben Jahr gewann die SDA die Mehrheit in 6 von 10 Kantonen der Föderation.

Kommunalwahlen 1997 (SDA in der sogenannten „CD-Koalition“):

FBuH: 53%

RS: 18%

Allgemeine Wahlen 1998 (SDA in der „CD-Koalition“):

BuH Präsidentschaft: SDA bosniakisches Mitglied bestätigt

BuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 40%, 17 Mandate (von 42 - **28** Anteil FBuH)

FBuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 49%, 68 Mandate (von 140)

RS Volksversammlung: 15 Mandat (von 83)

Allgemeine Wahlen 2000:

BuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 20%, 8 Mandate (von 42 - **28** Anteil FBuH)

BuH Parlament – Volkskammer: 2 Mandate (von 15)

FBuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 27%, 38 Mandate (von 140)

FBuH Parlament - Volkskammer: 10 Mandate (von 80)

RS Volksversammlung: 15 Mandat (von 83)

Allgemeine Wahlen 2002:

BuH Präsidentschaft: SDA stellt das bosniakische Mitglied

BuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 23%, 10 Mandate (von 42 - **28** Anteil FBuH)

BuH Parlament – Volkskammer: 5 Mandate (von 15)

FBuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 33%, 32 Mandate (von 98)

FBuH Parlament - Volkskammer: 11 Mandate (von 58)

RS Volksversammlung: 15 Mandat (von 83)

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:Ämter auf gesamtstaatlicher Ebene:

Sulejman TIHIC, Präsidentschaftsmitglied BuH

Adnan TERZIC, Vorsitzender des Ministerrates BuH (Premierminister)

Mirsad KEBO, Minister für Menschenrechte und Flüchtlinge im Ministerrat

Haris BASIC, Stellvertretender Minister für Verkehr und Kommunikationen

Sefik DZAFEROVIC, Stellvertretender Vorsitzender des Repräsentantenhauses des Parlaments BuH

(mit insgesamt 8 Ministern im Ministerrat BuH vertreten)

Ämter auf Ebene der Föderation:

Ahmet HADZIPASIC, Premierminister der Föderation

Desnica RADIVOJEVIC, Vizpräsident der Föderation BuH

Nedžad BRANKOVIC, Minister für Verkehr und Kommunikationen

Edin MOSIC, Minister für Flüchtlinge und Umgesiedelte

Zijad PASIC, Minister für Bildung, Kultur und Sport

Mevludin HALIOVIC, Minister für Inneres

Ibrahim NADAREVIC, Minister für Veteranenfragen

(mit insgesamt 16 Ministern an der Regierung der Föderation vertreten)

Ämter auf Ebene der Republika Srpska:

Omer BRANKOVIC, Minister für Wirtschaftsbeziehungen und Koordination

Suad FILIPOVIC, Justizminister

Mensur SEHAGIC, Minister für Raumplanung, Umweltschutz und Städtebau

Adil OSMANOVIC, Vizpräsident der Republika Srpska

(in insgesamt 16 Ministerien der Regierung der RS vertreten)

Die SDA ist Regierungspartei in 7 von insgesamt 10 Kantonen.

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Nach Kriegsende begann sich die SDA weg von einer Bewegung hin zu einer politischen Partei zu entwickeln. Auf dem 3. Parteitag am 13.10.2001 definierte sich die SDA als „Volkspartei der politischen Mitte, mit dem Ziel, EVP-Mitglied zu werden“.

Ihre Programmschwerpunkte sind: eine starke Zivilgesellschaft, in deren Zentrum das Individuum als Subjekt politischer Prozesse steht. Rechtsstaatlichkeit als Mittel zum Zweck des Allgemeinwohls. Schutz der Tradition, von Werten und der Familie als Basis einer Gesellschaft. Achtung unterschiedlicher Weltanschauungen. Schutz von nationalen Interessen und Religionsfreiheit. Die SDA sieht sich im Dienst eines souveränen, ungeteilten und politisch unabhängigen Bosnien und Herzegowina. Ihr Wirken gilt der verfassungsmäßigen Reintegration von Bosnien und Herzegowina.

Die SDA betrachtet BuH als einen dezentralisierten Staat mit multiethnischen Regionen und kommunaler Selbstverwaltung nach europäischen Standards. Sie

strebt nicht nur die Umbenennung des Staates in Republik Bosnien und Herzegowina an, sondern auch die Ergänzung und Änderung des Daytoner Friedensabkommens, um Hindernisse in der Funktionsfähigkeit des Staates abzubauen. Gleichzeitig soll die bosnische Identität als gemeinsame Identität aller Bürger Bosnien und Herzegowinas (d.h., alle Kroaten, Serben und Bosniaken Bosnien-Herzegowinas sowie „Andere“ sind neben der jeweiligen Identität auch Bosnier) gefördert werden, Vertrauen zwischen den Völkern und Bürgern Bosnien und Herzegowinas aufgebaut werden (dabei wird die Rolle des Tribunals für Kriegsverbrechen im Ex-Jugoslawien in Den Haag als zentral betrachtet) und die Gleichstellung der Völker auf dem Gesamtterritorium BuH erfolgen. Die SDA erkennt die Entwicklung der Bosniaken zu einem autochthonen europäischen Volkes darin, dass sie die Errungenschaften der modernen Zivilisation akzeptieren und dabei ihre eigene Identität bewahren.

Als führende Persönlichkeiten der Partei werden neben dem – Ende 2003 verstorbenen Ehrenpräsidenten Alija IZETBEOVIC – folgende Mitglieder genannt: Prof. Dr. Hasan MURATOVIC (Abgeordneter im gesamtstaatlichen Parlament), der zugleich Mitglied der BuH-Delegation beim Europarat ist und Prof. Dr. Sefkija CEKIC, Mitglied des Parteipräsidiums und Dekan der Fakultät für Verkehr und Kommunikationen.

14. Art der KAS-Verbindung:

Die SDA pflegt seit etwa 4 Jahren Kontakte zur Konrad-Adenauer-Stiftung. Eine kontinuierliche und intensive Zusammenarbeit hat sich mit den Nachwuchskräften bzw. mit der Jugendassoziation der SDA entwickelt, die von der KAS gemeinsam mit Nachwuchspolitikern anderer Parteien und ethnischer Gruppen weitergebildet und gefördert werden. Die Kontakte zwischen der KAS und Führungspersonen der Partei – Sulejman TIHIC, Vorsitzender der Partei, Seada PALAVRIC sowie Adnan TERZIC, Stellvertretender Vorsitzende der Partei – haben sich vergleichbar entwickelt.

15. Parteinaher Bildungs- oder Studieneinrichtungen (Stiftung, Institut) mit Name und Anschrift:

Im Rahmen der Partei ist seit 8 Jahren der FONUS tätig. FONUS widmet sich als *non-profit* NGO der Begabtenförderung (Stipendien) von Schülern der Mittelschulen, sowie von Studenten und Postgraduierten. Erklärtes Ziel ist, junge Menschen ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion oder Parteibindung in Bosnien und Herzegowina in ihrer schulischen und beruflichen Entwicklung zu fördern. Die im Krieg verlorengegangenen personellen und Professionsstrukturen sollen dadurch wieder aufgebaut sowie dem andauernden *brain drain* entgegengewirkt werden. FONUS unterstützt außerdem besonders begabte Schüler aus dem gesamten Südosteuropa bei ihrer Ausbildung an bosnisch-herzegowinischen Fakultäten. Bislang hat FONUS insgesamt 3 960 Stipendiaten – 2 098 Schüler und 1 862 Studenten – unterstützt. Der Sitz von FONUS ist in Sarajevo:

FONUS
Marsala Tita 9a
71.000 Sarajevo

Kommentar:

Die SDA nutzte die Zeit als Oppositionspartei von 2000-2002 zur Neuorientierung. Der säkular und pro-europäisch orientierte Flügel führte die Partei in den letzten Wahlkampf 2002. Die konservativen, teilweise einem islamischen Staat zugeneigten Kräfte, sind jedoch weiterhin im Hintergrund aktiv. Die derzeitige Parteiführung strebt an, aus der SDA eine „patriotische Volkspartei“ zu machen, und ist bemüht, die Partei von ihrem nationalistischen Image zu lösen. In ihrer „pro-bosnischen“, auf den Aufbau und die Integrität des Staates Bosnien und Herzegowina konzentrierten Grundposition reflektieren sich vor allem „bosniakische“ Interessen. Wie die HDZ und die SDS hat auch die SDA ihre Basis v. a. in der ländlichen Bevölkerung.

Die SDA gibt sich als multiethnische Partei, allerdings sind nur wenige Vertreter anderer Volksgruppen in der Partei integriert (bei den Wahlen 2002 hatte die SDA einen Bosnischen Serben für das Amt des Präsidenten der Föderation BiH vorgeschlagen). Generell können die Beziehungen der SDA zu anderen Volksgruppen, vor allem auf lokaler Ebene, als angespannt bezeichnet werden. Es fehlt an Verständnis und Akzeptanz, man ist vor allem um Behauptung eigener Einflussphären und Machtpositionen bemüht und kaum kompromissbereit.

Nach dem Tod von Alija IZETBEGOVIC gab es Spekulationen, wer neuer „Führer“ des bosniakischen Volkes werden könne. Die SDA vertrat die Ansicht, dass es eine Partei mit einem Parteichef gebe, und dieser Sulejman TIHIC heiße. Zudem gebe es eine Parteiführung, die zusammen mit TIHIC ein Team bilde und die Partei leite. Bei einer außerordentlichen Parteiversammlung im Dezember 2003 wurde jedoch IZETBEGOVICS Sohn Bakir als vierter stellvertretender Parteivorsitzender gewählt.

Bis heute ist der Einfluss islamischer Religionsvertreter auf die Politik der SDA erkennbar groß. Seit 2002 ist zwar keine Beteiligung ihrerseits an Wahlkampagnen mehr zu beobachten. Wann immer jedoch die „vitalen nationalen Interessen“ der Bosniaken angesprochen scheinen, melden sich die religiösen Führer zu Wort. Die Partei bzw. Vertreter des nationalistisch-religiösen Parteiflügels mischen sich offenbar ihrerseits in die anstehende Wahl des Reis (Oberhaupt der islamischen Religionsgemeinschaft) ein. Dieser Flügel hält sich stärker im Hintergrund; er besteht aus einer kleinen Gruppierung ökonomisch besonders mächtiger Personen, die ihren Daumen auf die unter bosniakischer Kontrolle stehenden staatlichen Versorgungsbetriebe halten bzw. den Privatisierungsprozess kontrolliert haben.

VOLKSPARTEI „DURCH ARBEIT ZUM WOHLSTAND“

Stranka Za boljitatek (RzB)

1. Land:

Bosnien und Herzegowina

2. Name der Partei in der Landessprache:

Narodna stranka Radom za boljitatek

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

Stranka Za boljitatek (RzB)

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Volkspartei „Durch Arbeit zum Wohlstand“

Offiziell als Partei registriert im Oktober 2001.

Der Gründer und Vorsitzende der Partei, Mladen IVANKOVIC LIJANOVIC, ist Unternehmer und trat mit einem Team von Unternehmern und Gleichgesinnten mit der unabhängigen Liste „Durch Arbeit zum Wohlstand“ erstmals im Jahr 2000 zur Wahl im Kanton Westherzegowina an. Mit 8,5% Stimmenanteil gelang der Einzug ins Kantonsparlament. Während der Legislaturperiode 2000 – 2002 war die Stärkung der Partei auf Föderationsebene oberstes Ziel, was man mit der Gründung von Verbänden in allen Kantonen und der Eröffnung von Büros als Vorbereitung auf die allgemeinen Wahlen im Oktober 2002 zu erreichen versuchte. Zeitgleich bemühte sich die Partei um stärkere programmatische Profilierung sowie Werbung um Mitglieder im ganzen Staatsgebiet und unter allen drei Volksgruppen. Im Dezember 2002 trat die Partei des sozialdemokratischen Zentrums aus der Republika Srpska (RS) der RzB bei. Seitdem widmet sich die Partei verstärkt dem Aufbau ihrer Infrastruktur auch in der RS.

5. Anschrift:

RzB

Sarajevo, Zmaja od Bosne br. 4

+ 387 33 288 541

Banja Luka, Kralja Alfonska XIII. br. 22

+ 387 51 307 100

Široki Brijeg, Trn bb

+ 387 39 703 755

Tuzla, Franjevačka br. 3

+ 387 35 264 668

E-Mail: zaboljitatek@zaboljitatek.ba

www.zaboljitatek.ba

6. Parteiführung:

Vorsitzender:	Mladen IVANKOVIC LIJANOVIC
Stellvertretende Vorsitzende:	Mersed ŠERIFOVIC Ranko BAKIC Jerko IVANKOVIC LIJANOVIC
Generalsekretär:	Marko VUJEVIC

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei (bzw. Antragstellung) in internationalen Parteizusammenschlüssen:

Keine Mitgliedschaft in internationalen Parteizusammenschlüssen. RzB strebt allerdings EVP-Mitgliedschaft an und plant die Antragstellung.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Parteivorsitzender mit 3 Stellvertretern (aus je einer Volksgruppe)
Parteivorstand: 12 Mitglieder (je vier aus einer Volksgruppe)
Hauptausschuss: zusammengesetzt aus allen Kantonsvorsitzenden u. 15 außerordentlichen Parteimitgliedern
10 Kantonalverbände
7 Regionalverbände
72 Gemeindeverbände (34 in der Föderation, 38 in der Republika Srpska)

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Parteizentrale:

Generalsekretariat
Büro des Pressesprechers
Büro des Finanzdirektors
Büro des Direktors für Qualität
Sekretariat für Organisation und Mitgliedschaft
Sekretariat für juristische und Personalfragen
Sekretariat für Öffentlichkeitsarbeit
Sekretariat für Rechnungswesen

10. Parteimitglieder:

Die Partei zählt heute 13 000 Mitglieder.
Darunter: 40% Bosniaken, 31% Serben, 26% Kroaten, 3% andere.

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:

Bei den Wahlen 2000 kandidierte die Liste RzB erstmals im Kanton Westherzegowina und erzielte einen Achtungserfolg. Sie erhielt zwei Mandate im Kantonsparlament und wurde somit zweitstärkste politische Kraft im Kanton.

Allgemeine Wahlen 2002:

Die Partei trat im sogenannten „Wirtschaftsblock HDU za boljitak“ mit der Kroatischen Demokratischen Union (HDU) auf.

BuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 2%, 1 Mandate (von 42 - **28** Anteil FBuH)

FBuH Parlament - Abgeordnetenhaus: 2%, 2 Mandate (von 98)

Parlament des Kantons Herzeg-Bosna: 9%, 2 Mandate

Parlament des Kantons Westherzegowina: 8%, 2 Mandate

Als kroatischer Kandidat für die Präsidentschaft BuHs erhielt Mladen IVANKOVIC LIJANOVIC 35 000 Stimmen und belegte damit den zweiten Platz.

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

Mladen IVANKOVIC LIJANOVIC wirkte von 2000 – 2002 in der „Allianz“-Regierung der Föderation, einem breiten Parteienbündnis, als Minister ohne Portfolio mit. In der gegenwärtigen Legislaturperiode 2002 – 2006 befindet sich die Partei in der Opposition; sie hat ein Abgeordnetenmandat im gesamtstaatlichen Parlament, zwei Abgeordnete im Parlament der Föderation BuHs und je zwei Abgeordnete in den Parlamenten der Kantone Herzegbosna und Westherzegowina. Auf kommunaler Ebene ist die RzB mit einem Abgeordneten im Stadtrat Mostar und drei Abgeordneten im Gemeinderat Tuzla vertreten.

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Die zentrale politische Aussage der Partei ist bereits in ihrem Namen erkennbar: „Durch Arbeit zum Wohlstand“. BuH braucht Wirtschaftsreformen statt Ideologien, so die Hauptaussage der Partei, die sich vorrangig der Entwicklung und Stärkung der Wirtschaft widmet.

Die RzB betrachtet sich als eine Partei aller Völker und Bürger Bosnien und Herzegowinas, das als staatliches Gemeinwesen nur durch das Zusammenwirken aller Kräfte im Land Erfolg haben kann. Die RzB definiert sich als multinationale Partei, die auf dem Gesamtgebiet Bosnien und Herzegowinas aktiv ist und damit eine Besonderheit in der politischen Szene des Landes darstellt. Da wirtschaftliche Probleme die Ursache für alle anderen Probleme einer Gesellschaft sind, so die Argumentation, liegt der Schwerpunkt der Programmatik im Aufbau einer funktionierenden, freien und sozialen Marktwirtschaft und den dazu notwendigen, staatlichen Rahmenbedingungen. Weiteres erklärtes Ziel ist die Achtung und der Schutz aller nationaler und kultureller Identitäten im gesamten Land.

14. Art der KAS-Verbindung:

Seit Beginn ihrer Tätigkeit pflegt die RzB gute Kontakte zur KAS. Sie sieht in der KAS ihren wichtigsten Kooperationspartner unter den Organisationen, die sich mit der Parteienentwicklung in BuH befassen. Vertreter der RzB nehmen regelmäßig an KAS-Seminaren teil. Durch Vermittlung der Stiftung haben Mitglieder der Partei an einigen internationalen Seminaren und Konferenzen in und außerhalb BuHs teilgenommen.

15. Parteinahе Bildungs- oder Studieneinrichtungen (Stiftung, Institut) mit Name und Anschrift:

Keine

16. Kommentar:

Die Partei widmete sich 2002 dem Ausbau ihrer Parteistruktur in der Föderation – ausgehend von einem florierenden Familienunternehmen, der Firma „Lijanovici“ (v.a. Fleischverarbeitung) in der tief kroatisch geprägten West-Herzegowina. RzB versteht sich als multiethnische Volkspartei und lehnt ethnische Positionierungen ab. Die 2002 begonnene Suche nach Bündnispartnern wird sich fortsetzen. Ihr programmatischer Schwerpunkt liegt auf wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. Die Mitglieder und Wähler von RzB kommen überwiegend aus dem privatwirtschaftlichen Kleinunternehmertum.

Die Parteistruktur ist sehr stark entwickelt und stützt sich überwiegend auf die finanzielle Unterstützung der Firma Lijanovici. Die Partei investiert nicht nur viel Energie sondern vor allem Geld, um in der Öffentlichkeit ständig präsent zu sein. Die RzB kandidierte bei den Parlamentswahlen in Kroatien Ende 2003 mit der Devise „Ohne Grenzen gemeinsam nach Europa“, jedoch ohne Erfolg.

Bulgarien



Quelle: <http://www.europarl.eu.int/presentation/maps/applicants/bulgaria.htm>



DEMOKRATEN FÜR EIN STARKES BULGARIEN

DSB

1. Land:

Republik Bulgarien

2. Name der Partei in der Landessprache:

Demokrati za silna Balgarija

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

DSB

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Demokraten für ein starkes Bulgarien

Die Partei „Demokraten für ein starkes Bulgarien“ (DSB) wurde am 30. Mai 2004 in Sofia gegründet. Der Beschluss zu ihrer Bildung war am 28. Februar 2004 getroffen worden, als 28 ehemalige Abgeordnete der Union der Demokratischen Kräfte (SDS) mit dem ehemaligen Vorsitzenden der SDS und Ex-Ministerpräsidenten, Iwan KOSTOV, sowie der ehemaligen SDS-Vorsitzenden, Ekaterina MICHAILOVA, an der Spitze, die Union verlassen hatten.

Nach der Kommunalwahl im Herbst 2003 hatten sich die parteiinternen Kritiken an der Führung der Union der Demokratischen Kräfte (SDS) unter Nadeshda MICHAILOVA verstärkt. Nach einer Reihe harter interner Auseinandersetzungen um den Kurs der Union und vergeblicher Schlichtungsversuche wurde von den Anhängern des ehemaligen Parteivorsitzenden und Premiers, Iwan KOSTOV, die Gründung der neuen Partei beschlossen. Die Mehrzahl der ehemaligen SDS-Abgeordneten - 28 - haben sich der DSB angeschlossen, die SDS verfügt noch über 14 Mandate.

5. Anschrift der Partei:

Zeitweilige Anschrift: (Als parlamentarisch vertretene Kraft steht der DSB ein Gebäude zu, das in Kürze von der Regierung zur Verfügung gestellt werden soll.)

DSB

1000 Sofia

ul. „Graf Ignatiev“ 10A

Tel.: +359 2 981 733 0

6. Parteiführung:

Parteivorsitzende: Iwan KOSTOV
Stellvertretende Vorsitzende: Ekaterina MICHAILOVA
Wesselin METHODIEV
Fraktionsvorsitzende: Ekaterina MICHAILOVA

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei:

Keine

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Organe der Partei sind: die Nationalversammlung, die Nationalleitung, die Kommunal- (Gebiets-)versammlung, die Kommunal- (Gebiets-)leitung. Die Parteiorganisationen sind die Kommunal- oder Gebietsorganisationen.

Nationalversammlung: Parteitag, höchstes Organ, tagt mindestens einmal jährlich.

Nationalleitung: leitet die Partei zwischen den Konferenzen, tagt mindestens einmal monatlich, besteht aus dem Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden und Mitgliedern, insgesamt 7 bis 12 Personen, die auf vier Jahre gewählt werden.

Regionalverbände: keine. Die DSB soll in organisatorischer Hinsicht möglichst „horizontal“ organisiert werden, um eine „Verselbständigung“ des Parteiapparats zu verhindern. Daher folgen nach der Nationalleitung als nächste Organisationsstufe die Kommunalversammlungen und Kommunalleitungen.

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Im Aufbau begriffen.

10. Parteimitglieder:

Die Aufnahme von Parteimitgliedern hat gerade erst begonnen.

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:

Die DSB hat noch nicht an Wahlen teilgenommen.

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

Oppositionspartei, keine Regierungsbeteiligung.

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Die DSB sieht sich in der Nachfolge der Regierung der Vereinigten Demokratischen Kräfte (VDK) 1997 - 2001. Sie ist der Ansicht, dass der Transformationsprozess in Bulgarien abgeschlossen ist und das Land neue Ziele braucht. Sie plädiert für eine starke Demokratie mit starken staatlichen Institutionen, eine offene Gesellschaft, die bessere Integration der muslimischen Minderheit und Wohlstand für die Bürger auf der Grundlage des Privateigentums und freien Unternehmertums. Der Staat hat sich auf die Rolle des Schiedsrichters zu beschränken. Die Förderung des Wettbewerbs sei die beste Sozialpolitik. Ein starkes Bulgarien müsse zu einem erstrangigen Faktor auf dem Balkan und der Schwarzmeerregion werden. Die DSB plädiert für eine Verbesserung der inneren Sicherheit durch die Beseitigung des Einflusses der Reste der kommunistischen Staatssicherheit DS auf Polizei und Geheimdienste. Es sei eine radikale Reform des Sicherheitssektors erforderlich, bei der die Verbindungen zwischen den Sicherheitsorganen und der kriminellen Unterwelt gekappt und die Korruption in diesem Bereich bekämpft werden. Bulgarien müsse eine schlanke, aber kompetente und effiziente Staats- und Kommunalverwaltung bekommen.

Der Parteivorsitzende, **Iwan KOSTOV** (54), studierter Ökonom und Mathematiker, ist seit der Wende 1989 in der Politik. Er war Abgeordneter in allen Parlamenten, Finanzminister im Kabinett POPOV 1990-91, im Kabinett DIMITROV 1991-92 sowie Ministerpräsident 1997-2001. Er war Vorsitzender der SDS im Zeitraum 1994-2001. Nach Einschätzung vieler Beobachter ist KOSTOV eine der Schlüsselfiguren bei den politischen und wirtschaftlichen Umgestaltungen im Lande. Als Finanzminister 1990-92 galt er Initiator und Motor der bulgarischen Wirtschaftsreformen. Das von ihm geführte Kabinett der ODS 1997-2001 war zweifellos die erfolgreichste bulgarische Regierung seit 1989. Sie hat die grundlegenden Transformationen zügig und konsequent umgesetzt und das Land an die Schwelle von NATO und EU geführt. KOSTOV hat sich dabei als ein führungsstarker und kompetenter Premier profiliert.

Die stellvertretende Vorsitzende der DSB, **Ekaterina MICHAILOVA** (47), seit 1991 Parlamentsabgeordnete. 1997-2001 war sie SDS-Fraktionsvorsitzende. Es ist ihr Verdienst, dass die Unionsfraktion über die ganze Legislaturperiode stabil blieb. MICHAILOVA war 2001 SDS-Generalsekretärin sowie 2001-2002 Parteivorsitzende.

Der stellvertretende Parteivorsitzende, der Historiker Wesselin METODIEV (47), ist seit 1994 Abgeordneter. 1997-1999 war er Bildungsminister und Vizepremier im Kabinett KOSTOV. METODIEV ist Dozent an der Neuen Bulgarischen Universität und Autor mehrerer historischer Werke.

Der Rechtsanwalt Jordan SOKOLOV (71), Innenminister 1991-92 und Parlamentspräsident 1997-2001, ist Vorsitzender des innerparteilichen Schiedsgerichts.

14. Art der KAS-Verbindung:

Kontakte zur Partei direkt und über ihr nahestehende Organisationen.

15. Parteinaher Bildungs- oder Studieneinrichtungen (Stiftung, Institut):

Die Fondacija Demokrazija, Demokratie-Stiftung, wurde 1991 gegründet. Ihre Aktivitäten zielen auf die Verbreitung der Werte der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Sie genießt Unterstützung herausragender Persönlichkeiten im In- und im Ausland. Die Stiftung führt unabhängige Forschungen auf den Gebieten Außenpolitik, nationale Sicherheit, Wirtschaft, kommunale Selbstverwaltung, Minderheiten in Bulgarien und auf dem Balkan und über geistliche und religiöse Werte durch. Sie unterstützt unabhängige bulgarische Publikationen und Programme in den Massenmedien und versucht, Menschen für die Demokratie zu gewinnen. Ihre politische Weltanschauung stimmt mit derjenigen der Union der Demokratischen Kräfte (SDS) überein; rechtlich, organisatorisch und finanziell ist sie von ihr unabhängig.

ul. „Graf Ignatiev“ 10 A
1000 Sofia
Tel.: +359 2 9817330
Fax: + 359 2 9888783
E-mail: democracy_foundation@mobikom.com

16. Landesinformationen:Parlamentswahlen 17. Juni 2001:

Stimmberechtigte insgesamt: 7 774 225
Wahlbeteiligung: 67%
Es gilt eine 4%-Sperrklausel.

Partei	NDS II	ODS	BSP	DPS
Wahlergebnis in %, gerundet	42	18	17	6,7
Mandate (von 240)	120	51	48	21

Gesetz über politische Parteien:

Ein ausführliches Parteiengesetz wurde 2001 angenommen. Darin werden die Gründung, innere Struktur, Auflösung, Eintragung, das Eigentum und die Finanzierung der Parteien geregelt.

Parteienfinanzierung

Die Finanzierung der Parteien erfolgt laut Gesetz aus Eigenmitteln, Spenden sowie bei den parlamentarisch vertretenen Parteien aus staatlichen Zuschüssen, die zum Wahlergebnis proportional sind. Eine jährliche staatliche Subvention erhalten auch Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, jedoch mehr als 1% der Stimmen bei den letzten Parlamentswahlen erreicht haben.

KOALITION VOLKSUNION

NS

1. Land:

Republik Bulgarien

2. Name der Partei in der Landessprache:

Demokratitschna partija und Balgarski zemedelski naroden sajud
 Beide Parteien bilden zusammen die Koalition **Naroden sajud**

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

DP+BZNS-NS=NS

Bündnis aus DEMOKRATISCHE PARTEI (DP) und BAUERNPARTEI VOLKSUNION (BZNS-NS)

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Bulgarien und Rumänien sind zwei osteuropäische Reformstaaten in denen, nach der friedlichen Revolution 1989, alte Parteien aus der Zeit vor der kommunistischen Machtübernahme wiedergegründet bzw. ihre Tätigkeit wieder aufnehmen konnten. Dazu gehören die DP und die Bauernpartei, die gemeinsam die NS bilden.

Demokratische Partei DP

Die traditionsreiche DP wurde 1896 vom großen Staatsmann Petko KARAVELOV gegründet und gilt als eine der Nachfolgerinnen der Liberalen Partei, die bereits 1879 nach der Befreiung Bulgariens von der osmanischen Herrschaft gebildet worden war. Die DP gilt als älteste Partei in Bulgarien. Nach KARAVELOVS Tod wurde sie von Alexander MALINOV, einem der bedeutendsten bürgerlichen Politiker Bulgariens vor 1944, geleitet. Ein Kabinett mit Alexander MALINOV an der Spitze erklärte 1908 die Unabhängigkeit Bulgariens, das bis dahin ein formal der Türkei tributäres Fürstentum war. Bis 1944 war die DP fünf Mal an der Regierung beteiligt. Im Zeitraum 1934 – 1944 war die Partei ein entschiedener Gegner des herrschenden autoritären Regimes und nahm nicht an der sogenannten Vaterländischen Front teil. 1947 stellte die DP ihre Tätigkeit ein und wurde erst wieder im April 1990 registriert.

Die DP war Gründungsmitglied der antikommunistischen Sammelbewegung „Union der demokratischen Kräfte“ (SDS), die ursprünglich eine Parteienkoalition war, ehe sie sich ab 1997 in eine homogene Partei verwandelte. 1994 trat die DP aus der SDS aus, gründete am 12. Oktober desselben Jahres mit einer der Bauernparteien (der künftigen Bauernpartei-Volksunion BZNS-NS) die Koalition Volksunion (NS) und beteiligte sich im Rahmen dieser an den Parlamentswahlen. Ein Teil der DP unter Stojan RAITSCHEWSKI verblieb in der SDS (als DP-1896). 1998 spaltete sich eine Gruppe unter Walentin WASSILEV von der DP-1896 ab. Die DP wurde 1996 Mitbegründer der Koalition Vereinigte Demokratische Kräfte (ODS), der zunächst die SDS, NS und die türkische Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) angehörten. (1997 verließ die DPS die ODS.) Die DP nahm in der Volksunion, die ihrerseits

Bestandteil der ODS war, an den Parlamentswahlen 1997 teil und stellte danach 2 Minister. Seit den Parlamentswahlen 2001, an denen die DP durch NS und ODS teilnahm, verfügt sie über 2 Abgeordnete und erreicht somit keine Fraktionsstärke.

Erster Vorsitzender nach der Neugründung war Boris KJURKTSCHIEV (geb. 1909), ab Dezember 1990 Stefan SAWOV (1924-2001), nach seinem Tode Alexander PRAMATARSKI (geb. 1963).

Bauernpartei-Volksunion

Die Bauernpartei - Balgarski zemedelski naroden sajuz - wörtlich „Bulgarischer Volksbauernbund“, also „Bulgarische Bauernpartei“ (engl. BANU oder BNPU - Bulgarian Agrarian National Union oder auch Bulgarian National Peasants Union) ist eine der ältesten und traditionsreichsten bulgarischen Parteien. Gegründet 1899 in Pleven zunächst als berufliche und wirtschaftliche Organisation, nahm sie bereits 1901 an den Parlamentswahlen teil und wandelte sich 1902 in eine politische Partei um. Ab 1904 profilierte sich Alexander STAMBOLIJSKI zunehmend als Ideologe und Führungspersönlichkeit. Er erarbeitete 1905 das erste Parteiprogramm. Chef der Zentralen Leitung wurde Dimitar DRAGIEV, dem die Partei viel für ihre organisatorische Entwicklung und Stärkung 1912 – 1913 verdankt.

Bei den Wahlen 1908 wurde die Bauernpartei zur stärksten oppositionellen Kraft im Parlament. Sie plädierte für eine Befreiung Mazedoniens und Thrakiens von osmanischer Herrschaft ohne militärische Gewalt, sondern im Rahmen einer Balkankonföderation. STAMBOLIJSKI erklärte sich offen gegen den Kriegseintritt Bulgariens 1915 und wurde schließlich ins Gefängnis geworfen. Das führte zu Unstimmigkeiten in der Partei: Ein kleinerer Flügel bestand weiterhin auf der Neutralität Bulgariens. Die Einstellung der Partei zum Soldatenaufstand 1918 war ebenfalls zwiespältig. Am Ende des Ersten Weltkrieges war sie bereits praktisch in zwei Flügel gespalten.

STAMBOLIJSKI wurde Anfang 1919 aus dem Gefängnis entlassen und zunächst Minister in einem Koalitionskabinett. Bei den Parlamentswahlen errang die unter einer Führung wieder geeinte Bauernpartei die relative Mehrheit. STAMBOLIJSKI wurde von KÖNIG BORIS III. mit der Regierungsbildung beauftragt, es kam zu einer Koalition mit zwei weiteren Parteien. Die wichtigste Amtshandlung von STAMBOLIJSKI war die Unterzeichnung des Vertrages von Neuilly (Pariser Vorortvertrag) mit den Siegermächten des Ersten Weltkrieges. Seine Versuche, die unerhört harten Klauseln abzumildern, blieben erfolglos. 1920 erwirkte STAMBOLIJSKI vorgezogene Parlamentswahlen, die der Bauernpartei die absolute Mehrheit und eine Alleinregierung brachten. Trotz mancher positiver Reformen glitt STAMBOLIJSKIS Regierung immer mehr in Richtung einer Diktatur ab, die Partei wurde von Flügelkämpfen erschüttert und nach ihrem mit nicht ganz lauterem Mitteln errungenen Wahlsieg 1923 wurde die Regierung STAMBOLIJSKI in einem Staatsstreich am 9. Juni 1923 gestürzt, wobei letzterer ums Leben kam. Dieses Trauma hat die Bauernpartei bis heute nicht ganz verarbeitet. Danach kam es zu einer zunehmenden ideologischen (in linke, rechte und Zentristen) und organisatorischen Aufsplitterung der Partei, die ihren Einfluss in der Gesellschaft schwinden ließ. Bei den Parlamentswahlen 1931 nahm eine der Bauernparteien an der siegreichen Koalition „Volksblock“ teil.

Nach dem Umsturz vom 19. Mai 1934 führte die Partei eine halblegale Existenz. In ihren zahlreichen Flügeln traten widersprüchliche Prozesse ein. Sofort nach dem sowjetischen Einmarsch am 9. September wurde die Partei legalisiert. Im September 1944 kehrte Dr. Georgi MICHOV DIMITROV (1903-1972), genannt „Gemeto“ – der Vater der jetzigen Vorsitzenden Anastassija DIMITROVA-MOSER –, aus dem ägyptischen Exil nach Bulgarien zurück und stellte sich an die Spitze der Bauernpartei. Wegen seiner Weigerung, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten, wurde er seines Postens wieder enthoben und floh in die USA. Seine Stelle nahm Nikola PETKOV ein, der im Juni 1945 die Koalitionsregierung der „Vaterländischen Front“ verließ und die Partei in die Opposition führte. 1947 wurde die Bauernpartei „Nikola PETKOV“ verboten, Nikola PETKOV verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Eine andere Bauernpartei fristete als Blockpartei der BKP bis 1989 ein klägliches Dasein. Die Bauernpartei „Nikola PETKOV“ wurde nach der Wende 1989 wiederhergestellt und war Gründungsmitglied der SDS. Danach erfolgten zahlreiche Spaltungen und Fraktionierungen, die sich unmöglich im Detail verfolgen lassen. Infolgedessen gibt es heute in Bulgarien eine Reihe von Bauernparteien mit dem Anspruch, die „wahre“ oder „echte“ Bauernpartei zu sein, die sich organisatorisch jedoch nicht immer klar voneinander abgrenzen lassen.

Die Bauernpartei „Nikola PETKOV“ nahm noch im Dezember 1989 ihre Tätigkeit wieder auf und war Gründungsmitglied der SDS. Versuche, zu einer nachhaltigen Vereinigung mit der ehemaligen Blockpartei zu gelangen, scheiterten. Die Bauernpartei-Volksunion wurde am 17. Mai 1997 gegründet und ist Mitglied der Koalition Volksunion (NS) sowie der ODS. Sie war mit einem Minister an der Regierung der ODS 1997 – 2001 beteiligt. An den Parlamentswahlen 2001 nahm sie ebenfalls innerhalb der NS und ODS teil und ist mit fünf Abgeordnete vertreten (die kürzlich ihren Austritt aus der gemeinsamen Fraktion ODS erklärt haben und als unabhängige Abgeordnete wirken wollen).

5. Anschrift der Partei:

Demokratische Partei:

Hristo-Botev-Boulevard 61 – BG 1303 Sofia

Tel: + 359 2 930 80 30

Fax: 359 2 930 80 31

Website: <http://dp.home.bg>

E-mail: über Link „Kontakte“ auf der Website der Partei

Bauernpartei-Volksunion:

Narodno-Sabranie-Platz 2 - BG 1169 Sofia

Tel: + 359 2 987 90 32

Fax: + 359 2 981 09 49

Website: keine

E-mail: iontchev@mobikom.com

6. Parteiführung:Demokratische Partei:

Parteivorsitzender: Alexander PRAMATARSKI
Fraktionsvorsitzender: keine Fraktionsstärke, 2 Abgeordnete
Sekretär: Vladimir DSHAFEROV

Bauernpartei-Volksunion

Parteivorsitzende: Anastassija DIMITROVA-MOSER
(eigentlich Generalsekretär, wörtlich „Hauptsekretär“)

Fraktionsvorsitzende: keine Fraktionsstärke, 5 Abgeordnete
Generalsekretär („Organisationssekretär“): Stefan LITSCHEV

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei:

Die Volksunion (NS) ist Mitglied der EVP.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:Demokratische Partei

Kongress: höchstes Organ

Oberster Parteirat: Parteivorstand, leitet die Partei zwischen den Kongressen, hat einen eigenen Vorsitzenden, der nicht zugleich Parteivorsitzender ist.

Zentralbüro: Präsidium, setzt die Beschlüsse des Kongresses und des Obersten Parteirates um und ist für die operative politische Leitung der Partei zuständig.

Sekretariat: beim Zentralbüro angesiedelt, arbeitet unter seiner Aufsicht, ist für organisatorische und finanzielle Fragen zuständig

Bauernpartei-Volksunion

Kongress: höchstes Organ

Verwaltungsrat: Parteivorstand

Ständige Anwesenheit (PP): Parteipräsidium

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Parteizentralen DP: Generalsekretär

Bauernpartei-NS: Organisationssekretär

10. Parteimitglieder:

Keine zuverlässigen Zahlen. DP nach eigenen Angaben 9 000, bei der Bauernpartei wegen der wechselseitigen organisatorischen Durchdringung der zahlreichen Bauernformationen schwer zu ermitteln. Eigene Angaben 66 000.

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:

Parlamentswahlen

Die DP und Bauernpartei-Volksunion sind bei den Parlamentswahlen 1994 mit einer eigenen Liste angetreten und errangen 337 350 Stimmen, was 6,4% entsprach.

Kommunalwahlen

Bei Kommunalwahlen gilt es zu bedenken, dass die DP und BZNS-NS vor Ort zumeist in verschiedensten Koalitionen antritt, so dass es unmöglich ist, das „reine“ NS-Resultat zu bestimmen.

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

Seit Juni 2001 Oppositionsparteien, keine Regierungsbeteiligung.

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Die DP sieht sich in scharfem Kontrast zu allen Formationen linker und sozialistischer Prägung als eine ausgesprochen rechte Kraft, die für liberal-konservative Werte steht und die menschliche Persönlichkeit und das Privateigentum in den Mittelpunkt stellt.

Die Bauernpartei erklärt sich, den neuen Realitäten Rechnung tragend, zu einer Volkspartei, die alle Schichten der Gesellschaft vertritt, wenngleich die ländliche Bevölkerung und die Agrarwirtschaft weiterhin traditionell eine besondere Rolle in ihrer Programmatik spielen. Ein Schlüsselbegriff für die Bauernpartei ist die „Volksherrschaft“. Sie plädiert für eine sozial orientierte Marktwirtschaft mit beschränkten staatlichen Interventionen und die prioritäre Entwicklung der Landwirtschaft sowie der Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Es ist interessant anzumerken, dass die Bauernpartei und die DP vor 1944 eher politische Gegner waren und die NS aus historischer Sicht ein Novum darstellt.

Herausragende Persönlichkeiten**DP:**

Alexander PRAMATARSKI:	Parteivorsitzender, 1991-92 Handelsminister, 1999-2001 Minister ohne Geschäftsbereich
Stefan SAWOV (1924-2001):	vom kommunistischen Regime verfolgt und inhaftiert, 1990-2001 Parteivorsitzender, 91-92 Parlamentspräsident, 92-94 SDS-Fraktionsvorsitzender
Wesselin METHODIEV:	Vorsitzender des Obersten Parteirates, 97-99 Bildungsminister

Alexander DSHEROV: Vorsitzendes des Parlamentarischen Gesetzgebungsausschusses 1990 und 91-94, stellvertretender Parlamentspräsident 1997-2001

Boris KJURKTSCHIEV (*1909): vom kommunistischen Regime verfolgt und inhaftiert, Parteivorsitzender 1989-90, seit 1990 Ehrenvorsitzender

Bauernpartei-NS:

Anastassija DIMITROVA-MOSER: Parteivorsitzende

Wenzeslav WARBANOV: 1997-2001 Landwirtschaftsminister

14. Art der KAS-Verbindung:

Kontakte im Rahmen der Verbindungen zu den Vereinigten Demokratischen Kräften ODS.

15. Parteinahе Bildungs- oder Studieneinrichtungen (Stiftung, Institut) mit Name und Anschrift:

Keine

16. Landesinformationen:

Parlamentswahlen 17. Juni 2001:

Stimmberechtigte insgesamt: 7. 774. 225

Wahlbeteiligung: 67%

Es gilt eine 4%-Sperrklausel.

Partei	NDS II	ODS	BSP	DPS
Wahlergebnis in %, gerundet	42	18	17	6,7
Mandate (von 240)	120	51	48	21

Gesetz über politische Parteien:

Ein ausführliches Parteiengesetz wurde 2001 angenommen. Darin werden die Gründung, innere Struktur, Auflösung, Eintragung, das Eigentum und die Finanzierung der Parteien geregelt.

Parteienfinanzierung

Die Finanzierung der Parteien erfolgt laut Gesetz aus Eigenmitteln, Spenden sowie bei den parlamentarisch vertretenen Parteien aus staatlichen Zuschüssen, die zum Wahlergebnis proportional sind. Eine jährliche staatliche Subvention erhalten auch Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, jedoch mehr als 1% der Stimmen bei den letzten Parlamentswahlen erreicht haben.

UNION DER DEMOKRATISCHEN KRÄFTE

SDS

1. Land:

Republik Bulgarien

2. Name der Partei in der Landessprache:

Sajuz na demokratitschnite sili

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

SDS

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Union der Demokratischen Kräfte

In allen osteuropäischen Reformstaaten bildeten sich während und nach der friedlichen Revolution 1989/90 große antikommunistische Sammelbewegungen oder Parteienkoalitionen, die sich den ehemaligen totalitären Staatsparteien entgegenstellten. In Bulgarien wurde am 7. Dezember 1989 die oppositionelle „Union der Demokratischer Kräfte“ (SDS) gegründet, ein Zusammenschluss von zunächst 13 politischen Einzelorganisationen. Zu ihren Gründungsmitgliedern gehörten einige Gruppierungen, die noch in den letzten Jahren der kommunistischen Herrschaft aktiv gewesen waren, andererseits auch einige wiedergegründete traditionelle Parteien aus der Epoche vor der kommunistischen Machtübernahme. Inzwischen gibt es Indizien dafür, dass diese Organisationen zu Beginn teilweise von Agenten der kommunistischen Staatssicherheit DS unterwandert wurden. Die Gründungsorganisationen waren im einzelnen:

1. Klub für Glasnost und Demokratie
2. Ekoglasnost
3. Unabhängige Gesellschaft zur Verteidigung der Menschenrechte
4. Nationaler Verband der Arbeit „Podkrepa“
5. Komitee zur Verteidigung der religiösen Rechte
6. Klub der ungesetzlich Repressierten nach 1945
7. Unabhängige Studentengesellschaft
8. Bewegung „Bürgerinitiative“
9. Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (vereinigt)
10. Bauernpartei „Nikola Petkov“
11. Radikaldemokratische Partei
12. Grüne Partei
13. Demokratische Partei

Im Laufe der Zeit änderten manche Organisationen ihre Bezeichnung, es stießen neue hinzu, manche traten aus oder spalteten sich usw. Erster Vorsitzender des Nationalen Koordinierungsrates wurde der Dissident und Philosoph Shelju SHELEV (geb. 1935), Sekretär wurde der Zoologe Petar BERON (geb. 1940).

Bereits von Anfang an waren in der SDS mindestens zwei Haupttendenzen angelegt. Auf der einen Seite standen die Anhänger von „sanften“, „allmählichen“ Reformen („Perestrojka“), die ihrer Ansicht nach zu einer Art „verbessertem“ Modell des Sozialismus führen sollten. Auf der anderen Seite befanden sich die Anhänger echter demokratischer Umgestaltungen mit dem Ziel einer freiheitlichen Gesellschaft westlicher Prägung. Die Koexistenz dieser beiden entgegengesetzten Tendenzen in der SDS-Führung und der Parlamentsfraktion (nicht jedoch in der Wählerschaft!) ist ein wichtiger Grund für die Spannungen, Abspaltungen, Fraktionierungen und Umgruppierungen in den ersten Jahren der Existenz der Union.

Diese unablässigen inneren Flügelkämpfe schaden dem Image der SDS und verhinderten zunächst ein überzeugendes Abschneiden bei Wahlen. Beim zweiten freien Urnengang 1991 gelang es der Union, eine (allerdings knappe) relative Mehrheit vor der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) zu erringen und eine Regierung unter Philip DIMITROV (geb. 1955) zu bilden. Doch die unsicheren Mehrheitsverhältnisse, die Spannungen in der Union und die Unerfahrenheit mancher Kabinettsmitglieder verliehen den im großen und ganzen erfolgreichen demokratischen Umgestaltungen einen bisweilen halbherzigen Kompromisscharakter. Die Regierung ging überdies bereits nach weniger als einem Jahr ihrer Parlamentsmehrheit verlustig, und die SDS fand sich jäh in der Opposition wieder. Erst die Wahlen von 1997 brachten der Union im Rahmen der Koalition „Vereinigte Demokratische Kräfte“ ODS eine stabile absolute Mehrheit.

Um der Union ein moderneres, offeneres Gepräge zu verleihen, wurde nach einiger Zeit der starre Koalitionscharakter aufgegeben und durch die Schaffung von sogenannten „Klubs von Sympathisanten“, die parallel zu den Parteigrundorganisationen funktionierten und diesen praktisch völlig gleichgestellt waren, auch Bürgern die Möglichkeit gegeben, sich ohne eine formale Parteimitgliedschaft organisatorisch einzubinden und für die Union zu arbeiten. Außerdem begannen sich innerhalb der Union Formationen mit verwandter ideologischer Ausrichtung in „Allianzen“ – christdemokratisch, liberal, konservativ und sozialdemokratisch – zusammenzuschließen. 1996 wurde die möglichst zügige Umwandlung der SDS in eine christdemokratische Volkspartei der Mitte westeuropäischen Typs angegangen. Dabei erhielten die einzelnen Teilformationen der Koalition zunächst den Status von „assozierten Organisationen“. Seit der Nationalkonferenz von 1998 ist auch diese Bestimmung aus der Satzung entfallen, da grundsätzlich Doppelmitgliedschaften für zulässig erklärt wurden.

Innerhalb der ODS gelang es der SDS von 1997-2001 eine volle Amtsperiode zu absolvieren – ein sehr seltener Fall in der bulgarischen Geschichte seit 1878. Trotz unlegbarer Defizite war die von ihr getragene Regierung zweifellos das beste Kabinett seit 1990. Es brachte die Reformen entscheidend voran und führte das Land bis an die Schwelle von NATO und EU. Kurz vor der turnusmäßigen Abstimmung im Juni 2001 kehrte jedoch der Ex-Monarch SIMEON II. von Sachsen-Coburg-Gotha nach Bulgarien zurück, gründete eine eigene Bewegung (NDSW) und gewann die Parlamentswahlen. Seither befindet sich die SDS in der Opposition.

Am 9. und 10. März 2002 fand die 13. Nationalkonferenz (Parteitag) der Union der Demokratischen Kräfte statt. Darauf wurden eine neue Satzung und der Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms verabschiedet, sowie ein Parteivorsitzender und ein neuer Nationalrat (Partei Vorstand) gewählt. Mit der deutlichen Mehrheit von 2 374 Stimmen wurde die Ex-Außenministerin, stellvertretende Vorsitzende der EVP und gegenwärtige Fraktionsvorsitzende der SDS, Nadeshda MICHAILOVA (39), neue Vorsitzende.

Nach den Kommunalwahlen im Herbst 2003, bei denen die Union zwar zweitstärkste Kraft hinter der BSP wurde, aber gegenüber den Parlamentswahlen 2001 über die Hälfte ihrer Wähler einbüßte, kam es in der Partei zu Spannungen. Die beiden Ex-Vorsitzenden Iwan KOSTOV und Ekaterina MICHAILOVA übten zunehmend Kritik an der Führung. Eine eiligst Ende Februar anberaumte Nationalkonferenz brachte keine Lösung der Widersprüche. Nadeshda MICHAILOVA wurde auf dem Forum als Vorsitzende bestätigt, der Kreis um KOSTOV und E. MICHAILOVA trat jedoch aus der SDS aus und kündigte für Ende Mai 2004 die Gründung einer neuen Partei an. Von der Spaltung war auch die Fraktion betroffen, wobei sich die meisten Abgeordneten KOSTOV und E. MICHAILOVA angeschlossen haben.

5. Anschrift der Partei:

SDS
1000 Sofia
ul. „Rakowski“ 134
Tel.: +359 2 9306 133
+ 359 2 9306 132
E-mail: iac@sds.bg
www.sds.bg

6. Parteiführung:

Partei vorsitzende:	Nadeshda MICHAILOVA
Stellvertretende Vorsitzende:	Nikolaj MLADENOV Ergin EMIN Emanuil JORDANOV Wladimir KISSJOV
Fraktionsvorsitzende:	Nadeshda MICHAILOVA

Generalsekretär: Wanjo SCHARKOV

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei:

Mitgliedschaft in EDU und EVP.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Nationalkonferenz: Parteitag, höchstes Organ, wird mindestens einmal innerhalb von drei Jahren einberufen. Der Parteivorstand leitet die Partei zwischen den Konferenzen.

Nationalrat: Der Nationalrat tagt mindestens sechs Mal jährlich. Er setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Nationalen Exekutivrates (Präsidium), den Abgeordneten der SDS, den Vertretern der SDS in den Regionen und Mitgliedern der Regionalleitungen, dem internationalen Sekretär der Union, den Vorsitzenden der Vereinigungen auf nationalem Niveau sowie aus weiteren 40 von der Nationalkonferenz direkt gewählten Mitgliedern.

Nationaler Exekutivrat: Präsidium, wird vom Nationalrat gewählt, setzt die Beschlüsse der Nationalkonferenz und des Nationalrates um und ist für die operative politische Leitung der Partei zuständig, besteht aus maximal 11 Mitgliedern – dem Parteivorsitzenden, seinen 4 Stellvertretern, dem Fraktionsvorsitzenden, dem Generalsekretär und weiteren vier Mitgliedern.

Regionalverbände: 28

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Parteizentrale: Generalsekretär, ca. 30 hauptamtliche Mitarbeiter.

10. Parteimitglieder:

Unklar, da ein Teil der Mitglieder zur neuen Partei „Demokraten für ein starkes Bulgarien“ (DSB) um KOSTOV und E. MICHAILOVA wechseln werden.

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:
Parlamentswahlen

Jahr	Stimmen in Millionen (gerundet)	Prozent (gerundet)	Mandate
1990 ¹	2,2	36	144 (von 400)
1991	1,9	34	110 (von 240)
1994	1,3	24	69 (von 240)
1997- SDS/ODS-Koalition	2,2	52	137 (von 240)
2001- SDS/ODS-Koalition	0,83	18	51 (von 240)

Kommunalwahlen

Bei Kommunalwahlen gilt es zu bedenken, dass die SDS vor Ort in verschiedensten Koalitionen angetreten ist, so dass es unmöglich ist, das „reine“ SDS-Resultat zu bestimmen und die Zahlen lediglich Richtwerte sind:

Jahr	Stimmen in Millionen (gerundet)	Prozent (gerundet)	Mandate
1991	²		
1995	1,6	40	
1999	1	31	1 595
2003	0,35	13	694

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

Seit Juni 2001 Oppositionspartei, keine Regierungsbeteiligung.

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Der Entwurf des Grundsatzprogramms der SDS trägt die Überschrift „Die SDS – die Volkspartei. Für eine Politik der Werte, der Vernunft und Toleranz“. Laut Programm ist die SDS „eine junge Partei, jedoch mit tiefen historischen Wurzeln“, „eine Volkspartei“ sowie „eine Partei des ethnischen Friedens“. Ihre Werte gründen sich auf dem christlichen Menschenbild und sind Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Die grundlegenden programmatischen Ziele der SDS sind ein freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaat, eine ökologische Soziale Marktwirtschaft, die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit und eine konsequente Außenpolitik für den Beitritt zu NATO und EU.

¹ Es gibt starke Indizien dafür, dass die Ergebnisse der ersten freien Wahlen 1990 verfälscht wurden. Insofern sind die angegebenen Zahlen nur unter Vorbehalten zu sehen.

² Für diese Kommunalwahlen wurden nie Aggregatdaten veröffentlicht.

Herausragende Persönlichkeiten

Nadeshda MICHAILOVA Außenministerin 1997-2001, amtierende Partei- und Fraktionsvorsitzende, stellv. Vorsitzende der EVP
 Philip DIMITROV Parteivorsitzender 1990-1994, Premier 1991-92

14. Art der KAS-Verbindung:

Kontakte zur Partei direkt und über ihr nahestehende Organisationen.

15. Parteinaher Bildungs- oder Studieneinrichtungen (Stiftung, Institut) mit Name und Anschrift:

Fondacija „Demokratitschna Alternativa“ (Stiftung Demokratische Alternative)
 1000 Sofia
 ul. „Rakowski“ 134
 Tel.: +359 2 9306 133

16. Landesinformationen:

Parlamentswahlen 17. Juni 2001:

Stimmberechtigte insgesamt: 7. 774. 225
 Wahlbeteiligung: 67%
 Es gilt eine 4%-Sperrklausel.

Partei	NDS II	ODS	BSP	DPS
Wahlergebnis in %, gerundet	42	18	17	6,7
Mandate (von 240)	120	51	48	21

Gesetz über politische Parteien:

Ein ausführliches Parteiengesetz wurde 2001 angenommen. Darin werden die Gründung, innere Struktur, Auflösung, Eintragung, das Eigentum und die Finanzierung der Parteien geregelt.

Parteienfinanzierung

Die Finanzierung der Parteien erfolgt laut Gesetz aus Eigenmitteln, Spenden sowie bei den parlamentarisch vertretenen Parteien aus staatlichen Zuschüssen, die zum Wahlergebnis proportional sind. Eine jährliche staatliche Subvention erhalten auch Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, jedoch mehr als 1% der Stimmen bei den letzten Parlamentswahlen erreicht haben.

Kroatien



<http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/hr.html>



DEMOKRATISCHES ZENTRUM

DC

1. Land:

Republik Kroatien

2. Name der Partei in der Landessprache:

Demokratski centar

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

DC

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Demokratisches Zentrum

Gründungsdatum: 02.04.2000; ursprünglich Abspaltung von der HDZ, heute sind 70% der Mitglieder ohne vorherige Parteizugehörigkeit.

5. Anschrift der Partei:

DC

Ilica 48

10 000 Zagreb

Kroatien

Tel: +385- 1- 483 11 11, -123, 124

Fax:+386- 1- 483 10 45

E- mail:

URL: www.demokratski-centar.hr

6. Parteiführung:

Parteivorsitzender: Vesna ŠKARE-OZBOLT

Stellvertretende Vorsitzende: Đurica MISIN
Joško MORIC

Ehrevorsitzender: Prof. Dr. Mate GRANIC

Generalsekretär: Dubravko MATELJAN

Internationaler Sekretär: Dr. Radovan FUCHS

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei:

Beobachterstatus in der EVP.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Organisation auf Gespanschaftsebene (12) bis hin zu Ortsverbänden in Städten, Kommunen und auf dem Land.

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Parteivorstand: 1 Parteivorsitzender und 2 Stellvertreter.

Präsidium: 4 Mitglieder

10. Parteimitglieder:

ca. 15 000 Mitglieder.

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:

Parlamentswahlen 2003

0,66 % der Stimmen: 1 Sitz von 152

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

Justizministerin: Vesna ŠKARE-OZBOLT (DC)

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Christlich-demokratisches, konservatives Werteverständnis; versteht sich als Interessenvertreterin von selbständigem und gehobenem Bürgertum.

14. Art der KAS-Verbindung:

Gute Kontakte der KAS-Außenstelle in Zagreb zur Parteivorsitzenden, zum Ehrenvorsitzenden und zum internationalen Sekretär.

15. Parteinaher Bildungs- oder Studieneinrichtungen (Stiftung, Institut) mit Name und Anschrift:

Keine

16. Landesinformationen:

<u>Staatsoberhaupt</u> Präsident: Stjepan Mesić, SDP	<u>Regierungschef</u> Premierminister: Dr. Ivo Sanader, HDZ
<u>Regierung</u> HDZ	<u>Parlament</u> Sabor, 152 Abgeordnete, 4 Jahre

Letzte Parlamentswahlen:

Partei	1995	Sitze	2000	Sitze	2003	Sitze
Hrvatska demokratska zajednica (HDZ) Kroatische Demokratische Gemeinschaft	59,85%	76	30,46%	46	43,42%	66
Socijaldemokratska partija Hrvatske (SDP) Sozialdemokratische Partei Kroatiens	7,08%	9	28,48%	43	19,08%	29
Hrvatska seljačka stranka (HSS) Kroatische Bauernpartei	7,87%	10	10,6%	16	6,58%	10
Hrvatska narodna stranka (HNS) Kroatische Volkspartei	1,57%	2	1,32%	2	6,58%	10
Hrvatska stranka prava (HSP) Kroatische Partei des Staatsrechts	3,81%	3	2,65%	4	4,61%	7
Istarski demokratski sabor (IDS) Demokratische Versammlung Istriens	3,81%	3	2,65%	4	2,63%	4
Hrvatska stranka umirovljenika (HSU) Kroatische Rentnerpartei	-	-	-	-	1,97%	3
LIBRA – stranka liberalnih demokrata Partei liberaler Demokraten	-	-	-	-	1,97%	3
Samostalna demokratska srpska stranka (SDSS) Selbständige demokratische serbische Partei	0,78%	1	-	-	1,97%	3
Liberalna stranka (LS) Liberaler Partei	3,81%	3	1,32%	2	1,32%	2
Hrvatska socijalno liberalna stranka (HSLLS) Kroatische soziale liberale Partei	6,29%	8	16,56%	25	1,32%	2
Demokratski centar (DC) Demokratisches Zentrum	-	-	-	-	0,66%	1
Stranka demokratske akcije (SDA) Partei der demokratischen Aktion	-	-	-	-	0,66%	1
Primorsko goranski savez (PGS) Bündnis der Küsten- und Gebirgsregionen	0,78%	1	1,32%	2	0,66%	1
Hrvatska kršćansko demokratska unija (HKDU) Kroatische christlich demokratische Union	0,78%	1	0,66%	1	-	-
Slavonsko-baranjska hrvatska stranka (S-BHS) Kroatische Partei v. Slavonien und Baranja	0,78%	1	0,66%	1	-	-

Gesetz über politische Parteien

Das Gesetz über politische Parteien (Zakon o političkim strankama) in der Fassung vom 06.04.2001 regelt die Gründung und Registrierung, die Finanzierung und die Auflösung der politischen Parteien sowie Aufsichts- und Strafvorschriften.

Finanzierung der politischen Parteien

Die politischen Parteien werden durch Mitgliedsbeiträge und Wahlkampfkosten-erstattung finanziert.

KROATISCHE DEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT

HDZ

1. Land:

Republik Kroatien

2. Name der Partei in der Landessprache:

Hrvatska demokratska zajednica

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

HDZ

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Kroatische Demokratische Gemeinschaft

17.06.1989: geheimes HDZ-Gründungstreffen (Verbot öffentlicher Versammlung) danach: Spaltung innerhalb des Initiativkreises der HDZ zur sog. „TUDJMAN-Gruppe“ und den übrigen; Dr. Franjo TUDJMAN wird zum Parteivorsitzenden gewählt. Nach dem Tode TUDJMANS und einer Periode innerparteilicher Richtungskämpfe setzt sich schließlich Dr. Ivo SANADER gegen seinen schärfsten Widersacher Ivić PASALIC (nationalistischer Kurs) durch, reformiert die Partei und bringt sie auf einen pro-europäischen, christlich demokratischen Kurs.

5. Anschrift der Partei:

HDZ

Trg žrtava fašizma 4

10 000 Zagreb

Kroatien

Tel: +385- 1- 455 30 00

Fax:+385- 1- 455 26 00

E- mail: hdz@hdz.hr

URL: <http://www.hdz.hr>

6. Parteiführung:

Parteivorsitzender:

Dr. Ivo SANADER

Stellvertretende Vorsitzende:

Jadranka KOSOR

Generalsekretär:

Branko VUKELIC

Internationaler Sekretär:

Mr. Božo BISKUPIC

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei:

Mitgliedschaft in der CDI, assoziiertes Mitglied der EVP.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Organisation auf Gespanschaftsebene (12) bis hin zu Ortsverbänden in Städten, Kommunen und auf dem Land

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Parteivorstand: 1 Parteivorsitzender und 1 Stellvertreter.
Präsidium: 10 Mitglieder
Generalsekretär (seit 24.04.2004)

10. Parteimitglieder:

Ca. 400 000 Mitglieder (zu Zeit läuft eine Mitgliederzählung).

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:Parlamentswahlen 1995

59,85 % der Stimmen: 76 Sitze von 151

Parlamentswahlen 2000

30,46 % der Stimmen: 46 Sitze von 151

Parlamentswahlen 2003

43,42 % der Stimmen: 66 Sitze von 152

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

HDZ ist Regierungspartei und stellt:
Premierminister: Dr. Ivo SANADER
Ministerin für Europäische Integration: Kolinda GRABAR KITAROVIC
Familienministerin: Jadranka KOSOR
Bildungsminister: Dr. Dragan PRIMORAC
Minister für Meer u. Tourismus: Božidar KALMETA
Kulturminister: Božo BISKUPIC
Finanzminister: Ivan ŠUKER
Innenminister: Marijan MLINARIC
Ministerin für Städtebau und Architektur: Marina MATULOVIC DROPULIC
Landwirtschaftsminister: Petar ČOBANKOVIC
Verteidigungsminister: Berislav RONCEVIC
Wirtschaftsminister: Branko VUKELIC
Außenminister: Miomir ŽUZUL
Gesundheitsminister: Prof. Dr. Andrija HEBRANG

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Die HDZ versteht sich als christlich-demokratische Volkspartei, die eine breite Schicht der kroatischen Bevölkerung, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, erreicht. Bekenntnis zu christlichen Grundprinzipien, zum System der sozialen Marktwirtschaft, zur Gleichberechtigung und zum Subsidiaritätsprinzip.

Herausragende Persönlichkeit ist unbestritten der Parteivorsitzende und Regierungschef Dr. Ivo SANADER.

14. Art der KAS-Verbindung:

Sehr gute Verbindungen der KAS-Außenstelle Zagreb zu der Parteispitze, besonders zu Dr. Ivo SANADER und Božo BISKUPIC; ebenso zu zahlreichen Einzelpersonen. Gute Beziehungen bestehen auch zwischen CDU und HDZ auf vielen Ebenen.

15. Parteinaher Bildungs- oder Studieneinrichtungen (Stiftung, Institut) mit Name und Anschrift:

HDZ
Zaklada Hrvatskog državnog zavjeta
Gundulićeva 21
10 000 Zagreb

Leiter: Nevio Šetić (derzeit)

16. Landesinformationen:

<u>Staatsoberhaupt</u> Präsident: Stjepan Mesić, SDP	<u>Regierungschef</u> Premierminister: Dr. Ivo Sanader, HDZ
<u>Regierung</u> HDZ	<u>Parlament</u> Sabor, 152 Abgeordnete, 4 Jahre

Gesetz über politische Parteien

Das Gesetz über politische Parteien (Zakon o političkim strankama) in der Fassung vom 06.04.2001 regelt die Gründung und Registrierung, die Finanzierung und die Auflösung der politischen Parteien sowie Aufsichts- und Strafvorschriften.

Finanzierung der politischen Parteien

Die politischen Parteien werden durch Mitgliedsbeiträge und Wahlkampfkostenerstattung finanziert.

Letzte Parlamentswahlen:

Partei	1995	Sitze	2000	Sitze	2003	Sitze
Hrvatska demokratska zajednica (HDZ) Kroatische Demokratische Gemeinschaft	59,85%	76	30,46%	46	43,42%	66
Socijaldemokratska partija Hrvatske (SDP) Sozialdemokratische Partei Kroatiens	7,08%	9	28,48%	43	19,08%	29
Hrvatska seljačka stranka (HSS) Kroatische Bauernpartei	7,87%	10	10,6%	16	6,58%	10
Hrvatska narodna stranka (HNS) Kroatische Volkspartei	1,57%	2	1,32%	2	6,58%	10
Hrvatska stranka prava (HSP) Kroatische Partei des Staatsrechts	3,81%	3	2,65%	4	4,61%	7
Istarski demokratski sabor (IDS) Demokratische Versammlung Istriens	3,81%	3	2,65%	4	2,63%	4
Hrvatska stranka umirovljenika (HSU) Kroatische Rentnerpartei	-	-	-	-	1,97%	3
LIBRA – stranka liberalnih demokrata Partei liberaler Demokraten	-	-	-	-	1,97%	3
Samostalna demokratska srpska stranka (SDSS) Selbständige demokratische serbische Partei	0,78%	1	-	-	1,97%	3
Liberalna stranka (LS) Liberale Partei	3,81%	3	1,32%	2	1,32%	2
Hrvatska socijalno liberalna stranka (HSLs) Kroatische soziale liberale Partei	6,29%	8	16,56%	25	1,32%	2
Demokratski centar (DC) Demokratisches Zentrum	-	-	-	-	0,66%	1
Stranka demokratske akcije (SDA) Partei der demokratischen Aktion	-	-	-	-	0,66%	1
Primorsko goranski savez (PGS) Bündnis der Küsten- und Gebirgsregionen	0,78%	1	1,32%	2	0,66%	1
Hrvatska kršćansko demokratska unija (HKDU) Kroatische christlich demokratische Union	0,78%	1	0,66%	1	-	-
Slavonsko-baranjska hrvatska stranka (S- BHS) Kroatische Partei v. Slavonien und Baranja	0,78%	1	0,66%	1	-	-

KROATISCHE BAUERNPARTEI

HSS

1. Land:

Republik Kroatien

2. Name der Partei in der Landessprache:

Hrvatska seljačka stranka

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

HSS

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Kroatische Bauernpartei, Gründungsdatum: 15.12.1989

Nachfolgepartei der Bauern-Volkspartei, die 1904 in Zagreb gegründet wurde, ab 1919 als Kroatische Republikanische Bauernpartei und ab 1925 unter dem heutigen Namen gewirkt hat. Am 11.06.1941 wurde die Partei verboten. Am 15.12.1989 wurde sie wieder zugelassen.

5. Anschrift der Partei:

HSS

Ul. kralja Tomislava 17

10 000 Zagreb

Kroatien

Tel: +385- 1- 455 36 24

Fax:+385- 1- 455 36 31

E- mail: hss@hss.hr, <http://www.hss.hr>

6. Parteiführung:

Parteivorsitzender:	Zlatko TOMCIC
Stellvertretender Vorsitzender:	Ljubica LALIC
Vizevorsitzende:	Ljubica LALIC Petar JURUSIC Luka TRCONIC
Ehrevorsitzender:	Josip TORBAR
Generalsekretär:	Stanko GRCIC
Internationaler Sekretär:	Darko TILL

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei:

Beobachterstatus in der EVP seit September 2001.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Organisation auf Gespanschaftsebene (12) bis hin zu Ortsverbänden in Städten, Kommunen und auf dem Land.

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Parteivorstand:

1 Parteivorsitzender, 1 Stellvertreter, 3 Vizevorsitzende, 1 Ehrenvorsitzender

Präsidium:

3 Mitglieder

10. Parteimitglieder:

51 000 Mitglieder (Stand: 2003)

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:

Parlamentswahlen 1995

7,87 % der Stimmen: 10 Sitze von 151

Parlamentswahlen 2000

10,6 % der Stimmen: 16 Sitze von 151

Parlamentswahlen 2003

6,58 % der Stimmen: 10 Sitze von 152

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

Keine

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Zentrale politische Programmatik:

Betonung konservativ-christlicher Wertvorstellungen; gleichzeitig staatsinterventionistische Wirtschaftspolitik.

14. Art der KAS-Verbindung:

Kontakte der KAS-Außenstelle Zagreb zur Parteiführung, gute Kontakte zur Jugend- und Frauenorganisation

15. Parteinaher Bildungs- oder Studieneinrichtungen (Stiftung, Institut) mit Name und Anschrift:

Studentenorganisation der HSS
Zvonimirova 17
10 000 Zagreb
Kontaktperson: Mario Jeličić, Tel.: 4557 117

Frauenorganisation „Hrvatsko srce“ (= Kroatisches Herz)
Kneza Mislava 13
10 000 Zagreb
Kontaktperson: Marija Anić Ledinski, Tel.: 4618 683, Mob.: 098/304812

16. Landesinformationen:

<u>Staatsoberhaupt</u> Präsident: Stjepan Mesić, SDP	<u>Regierungschef</u> Premierminister: Dr. Ivo Sanader, HDZ
<u>Regierung</u> HDZ	<u>Parlament</u> Sabor, 152 Abgeordnete, 4 Jahre

Gesetz über politische Parteien

Das Gesetz über politische Parteien (Zakon o političkim strankama) in der Fassung vom 06.04.2001 regelt die Gründung und Registrierung, die Finanzierung und die Auflösung der politischen Parteien sowie Aufsichts- und Strafvorschriften.

Finanzierung der politischen Parteien

Die politischen Parteien werden durch Mitgliedsbeiträge und Wahlkampfkostenerstattung finanziert.

Letzte Parlamentswahlen:

Partei	1995	Sitze	2000	Sitze	2003	Sitze
Hrvatska demokratska zajednica (HDZ) Kroatische Demokratische Gemeinschaft	59,85%	76	30,46%	46	43,42%	66
Socijaldemokratska partija Hrvatske (SDP) Sozialdemokratische Partei Kroatiens	7,08%	9	28,48%	43	19,08%	29
Hrvatska seljačka stranka (HSS) Kroatische Bauernpartei	7,87%	10	10,6%	16	6,58%	10
Hrvatska narodna stranka (HNS) Kroatische Volkspartei	1,57%	2	1,32%	2	6,58%	10
Hrvatska stranka prava (HSP) Kroatische Partei des Staatsrechts	3,81%	3	2,65%	4	4,61%	7
Istarski demokratski sabor (IDS) Demokratische Versammlung Istriens	3,81%	3	2,65%	4	2,63%	4
Hrvatska stranka umirovljenika (HSU) Kroatische Rentnerpartei	-	-	-	-	1,97%	3
LIBRA – stranka liberalnih demokrata Partei liberaler Demokraten	-	-	-	-	1,97%	3
Samostalna demokratska srpska stranka (SDSS) Selbständige demokratische serbische Partei	0,78%	1	-	-	1,97%	3
Liberalna stranka (LS) Liberale Partei	3,81%	3	1,32%	2	1,32%	2
Hrvatska socijalno liberalna stranka (HSLs) Kroatische soziale liberale Partei	6,29%	8	16,56%	25	1,32%	2
Demokratski centar (DC) Demokratisches Zentrum	-	-	-	-	0,66%	1
Stranka demokratske akcije (SDA) Partei der demokratischen Aktion	-	-	-	-	0,66%	1
Primorsko goranski savez (PGS) Bündnis der Küsten- und Gebirgsregionen	0,78%	1	1,32%	2	0,66%	1
Hrvatska kršćansko demokratska unija (HKDU) Kroatische christlich demokratische Union	0,78%	1	0,66%	1	-	-
Slavonsko-baranjska hrvatska stranka (S-BHS) Kroatische Partei v. Slavonien und Baranja	0,78%	1	0,66%	1	-	-

Mazedonien



Quelle: <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/mk.html>



INNERE MAKEDONISCHE REVOLUTIONÄRE ORGANISATION – DEMOKRATISCHE PARTEI DER NATIONALEN EINHEIT MAKEDONIENS

VMRO-DPMNE

1. Land:

Republik Makedonien

2. Name der Partei in der Landessprache:

Vnatre[na Makedonska Revolucionerna Organizacija - Demokratska Partija za Nacionalno Edinstvo na Makedonija (Vnatreschna Makedonska Revolucionerna Organisacia – Demokratska Partija sa Nacionalna Edinstvo na Makedonija)

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

VMRO-DPMNE

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Innere Makedonische Revolutionäre Organisation - Demokratische Partei der nationalen Einheit Makedoniens.

Gründung: 1893 / Wiedergründung 17. Juni 1990

Die Partei ist im Jahre 1893 als revolutionäre Bewegung zur Befreiung Makedoniens von der osmanischen Fremdherrschaft gegründet worden. Die Bewegung um den jugendlichen Führer Goce DELCEV war in den sogenannten Illinden-Aufstand von 1903 involviert, in dessen Verlauf die wichtigsten Anführer ermordet bzw. von den osmanischen Besatzern hingerichtet wurden. Seitdem war die Bewegung sowohl im damaligen Einflussgebiet des osmanischen Reichs als auch später in Jugoslawien verboten.

Eine Wiederbegründung der Bewegung als Partei hat es erst im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens im Jahre 1990 gegeben. Seither hat sie sich auf dem rechten Parteienspektrum als national-konservative Kraft positioniert und gilt als strikt anti-kommunistisch, marktwirtschaftlich. Bei den Parlamentswahlen 1994 hat sich VMRO-DPMNE vor dem zweiten Wahlgang zurückgezogen und wegen Unregelmäßigkeiten während der Stimmauszählung zum Boykott der Wahlen aufgerufen. Von 1994 bis 1998 war die Partei daher nicht im Parlament vertreten.

Das Comeback gelang bei den Parlamentswahlen 1998, bei denen VMRO-DPMNE 28,10% der Stimmen erhielt und damit stärkste politische Kraft in der Republik Makedonien wurde. Gemeinsam mit der albanischen Partei DPA und der Partei Demokratische Alternative (DA - Die DA wurde im Dezember 2000 durch die liberale LP ersetzt.) bildete VMRO-DPMNE die Regierung um den damals 32jährigen Premierminister Ljupco GEORGIEVESKI. Zwischen 1998 und Spätherbst 2000 gelang es der Regierung aus national-makedonischer und national-albanischer Partei wichtige Reformprojekte auf den Weg zu bringen. Die Privatisierung der

staatseigenen Betriebe wurde beschleunigt, das Hochschulwesen reformiert und die Verwaltungsstrukturen zu Gunsten der albanischen Minderheit verbessert. Ein stetes Wirtschaftswachstum stellte sich ein. Höhepunkt der Anstrengungen der Regierung VMRO-DPMNE/DPA war die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union im März des Jahres 2001.

Die progressive Politik dieser Regierung wurde durch Überfälle albanischer UCK-Kämpfer im Frühjahr 2001 jäh unterbrochen. Bis zur Unterzeichnung des Rahmenabkommens zur Beilegung des Konflikts zwischen albanischen und mazedonischen Parteiführern am 13. August 2001, wurden Tausende aus ihren Dörfern vertreiben, Hunderte verletzt oder getötet. Das ohnehin brüchige Band zwischen Mazedoniern und Albanern so auch zwischen VMRO-DPMNE und DPA riss. Eine große Koalition aus VMRO-DPMNE, SDSM, DPA, PDP, LP (VMRO-VMRO regiert), verlangsamte die Regierungsarbeit erheblich. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2002 verlor die Partei nicht zuletzt auch wegen des mangelnden Krisenmanagements im Jahr 2001 die Mehrheit der Stimmen gegen das aus postkommunistischer SDSM und mehreren kleineren Parteien bestehende Wahlbündnis „Für Makedonien“. Dieses formte schließlich eine Koalition mit der aus dem mazedonischen Arm der UCK hervorgegangen Partei Demokratische Union für Integration (DUI).

Seit der Wahlniederlage im Jahr 2002 befindet sich die Partei VMRO-DPMNE in einem Reformprozess. Beim Parteikongress im Mai 2003 wurde der ehemalige Finanzminister Nikola GRUEVSKI zum Nachfolger des Parteivorsitzenden Ljubcho GEORGIEVSKI gewählt. Der parteipolitisch wenig erfahrene GRUEVSKI versuchte von Beginn an seine Partei neu in der Mitte aufzustellen, nachdem diese zuletzt unter seinem Vorgänger vermehrt nationalistische Töne anstimmte und die Einheit des Landes infrage stellte. Insbesondere versuchte GRUEVSKI die VMRO-DPMNE stärker wirtschaftspolitisch und europäisch zu positionieren

Durch den tragischen Tod des Staatspräsidenten Boris TRAIKOVSKI bei einem Flugzeugabsturz im Februar 2004 verlor die Partei VMRO-DPMNE und das Land Makedonien eine wichtige politische Figur, die eine herausragende Rolle bei der Überwindung der Krise des Jahres 2001 spielte. Bei den vorzeitigen Präsidentschaftswahlen im April 2004 setzte sich der damalige Premierminister Branko CRVENKOVSKI (SDSM) gegen den bis dato wenig bekannten Abgeordneten Sasko KEDEV (VMRO-DPMNE) durch. Nach den Wahlen kam es zum offenen Bruch zwischen dem neuen Vorsitzende und Ljubcho GEORGIEVSKI, dem GRUEVSKI durch parteischädigendes Verhalten während des Wahlkampfes eine Mitschuld an der Wahlniederlage KEDEVs vorwarf. Seitdem droht der Partei eine Spaltung. Prominente Mitglieder der VMRO-DPMNE um GEORGIEVSKI haben sich aus der Partei zurückgezogen und drohen mit einer Neugründung vor den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2006.

5. Anschrift:

VMRO-DPMNE
Makedonija 17a

MK-1000 Skopje
Tel.: 00 389 (0) 2 3292 292
www.vmro-dpmne.org

6. Parteiführung:

Parteivorsitzender: Nikola GRUEVSKI
Stellvertretende Vorsitzende: Ganka SAMOILOVSKA-CVETANOVSKA
Fraktionsvorsitzender
(Abgeordnetenhaus): Koce TRAJANOVSKI
Generalsekretär: Gordana JANKULOVSKA
Internationaler Sekretär: Sasko KEDEV

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei (bzw. Antragstellung):

EDU

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Parteitag: Höchstes Organ, tagt einmal jährlich.
Partei Vorstand: Höchstes Organ zwischen den Parteitag, 20 Mitglieder.
Präsidium: Tagt wöchentlich, zusammengesetzt aus dem Parteivorsitzenden, den stellvertretenden Parteivorsitzenden und den beiden Fraktionsvorsitzenden
16 Kommissionen: für inhaltliche Arbeit, jede Kommission besteht aus 7 bis 11 Mitgliedern
Regionalverbände:

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Hauptgeschäftsstelle:
Kreisgeschäftsstellen:

10. Parteimitglieder:

60 000 (eigene Angaben)

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989.

Parlamentswahlen 1990

31,01 % der Stimmen

38 Mandate (von 120)

Parlamentswahlen 1994

Boykott der Wahlen wegen Verdacht auf Manipulation.

Parlamentswahlen 1998

28,10 % der Stimmen

49 Mandate (von 120)

Stärkste Partei / Regierungskoalition mit DPA und DA (bis Dez. 2000); Dez. 2000 bis Mai 2001 Koalition mit DPA und LP; danach All-Parteien-Koalition.

Parlamentswahlen 2002

Größte Oppositionspartei

28 Mandate (von 120)

12. Regierungsbeteiligung:

Regierung von 1998-2002; seit 2002 größte Oppositionspartei.

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Zentrale politische Programmatik:

- Klares Bekenntnis zur Anerkennung und Durchsetzung der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte.
- Wahrung der Integrität der Grenzen der Republik Makedonien.
- Ausgleich mit den Nachbarn nach Außen und mit den verschiedenen Bevölkerungsgruppen nach Innen.
- Durchsetzung eines marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystems.
- Teilnahme am Programm der NATO „Partnership for Peace“.
- Angleichung an die Standards der Europäischen Union.

Herausragende Persönlichkeiten der Partei:

GRUEVSKI, Nikola: Parteivorsitzender, ehemaliger Finanzminister

SAMOILOVSKA-CVETANOVSKA, Ganka: Stellvertretende Parteivorsitzende ehemalige Kulturministerin

KEDEV, Sasko: Internationaler Sekretär, Präsidentschaftskandidat 2004

14. Art der KAS-Verbindung:

Seit 2000 intensive Zusammenarbeit mit der Partei-Jugendorganisation UMS; Besuchsprogramme für den Vorstand von UMS (2001) und VMRO-DPMNE (2003),

sowie für den damaligen Regierungssprecher Antonio MILOSOSKI (2000). Kontakte zu einzelnen Abgeordneten; guter Zugang zur Parteiführung.

15. Parteinahе Bildungs- oder Studieneinrichtungen:

Seit 2004 Aufbau einer parteinahen politischen Akademie mit KAS Unterstützung. Partei-Jugendorganisation UMS

16. Landesinformationen:

Wahlen zum Abgeordnetenhaus:	1998	(120 Sitze)
Wahlergebnisse:		
Konservative Partei (VMRO-DPMNE)		49 Mandate
Demokratische Partei d. Albaner (DPA)		11 Mandate
Demokratische Alternative (DA)		13 Mandate
Sozialdemokratische Partei (SDSM)		28 Mandate
Partei d. Demokratischen Fortschritts (PDP)		14 Mandate
Liberaldemokratische Partei (LDP)		4 Mandate

Wahlen zum Abgeordnetenhaus:	2002	
Wahlergebnisse:		
Koalition „Für Mazedonien zusammen“ (SDSM)	49%	60 Mandate
Koalition VMRO-DPMNE und LP	28%	33 Mandate
Demokratische Union für Integration (DUI)	13%	16 Mandate
Demokratische Partei d. Albaner (DPA)	6%	7 Mandate
Partei d. Demokratischen Fortschritts (PDP)	2%	2 Mandate

Parteienfinanzierung:

Finanzierung von politischen Parteien gemäß dem Gesetz über politische Parteien.

Artikel 28 legt die Finanzierungsmöglichkeiten (aus Mitgliederbeiträgen, Eigeneinnahmen, Geschenken und Überweisungen aus dem Staatshaushalt u.ä.) fest. Finanzielle Hilfe darf nicht von Regierungen anderer Staaten, internationalen Organisationen und Ausländern kommen. Auch von staatlichen Einrichtungen und Firmen, die staatlichen Eigentums sind (inklusive jener, die sich im Privatisierungsprozess befinden), darf kein Geld angenommen werden.

Artikel 29 – 32 regeln die Unterstützung der Parteien durch den Staat und andere Rechtspersonen genauer.



Rumänien



Quelle: http://www.lib.utexas.edu/maps/europe/romania_pol96.jpg

DIE VOLKSAKTION

AP

1. Land

Rumänien

2. Name der Partei in der Landessprache:

Acțiunea Populară

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

AP

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Die Volksaktion

Gründung: 02.09.2003 (Registrierung beim Gerichtshof in Bukarest).

Am 9. September 2002 gründet sich die NGO „Acțiunea Populară“ (AP) mit dem Hauptziel, die Vereinigung des politischen Mitte-Rechts-Spektrums zu unterstützen. Am 27. März 2003 stimmen die Mitglieder des Initiativkomitees in Bukarest der Gründung der politischen Partei „Acțiunea Populară“ zu. Am 13./14. Juli findet der Parteigründungskongreß der AP statt, auf dem der ehemalige Staatspräsident Emil CONSTANTINESCU zum Vorsitzenden gewählt wird, die Führungsgremien besetzt und über Statut und Programm der Partei abgestimmt werden. Die AP fühlt sich den westlichen, bürgerlichen Werten der EVP nahe: Sowohl die Vorstands- als auch die Mitgliederstruktur setzen sich zum Teil aus Anhängern und früheren Mitarbeitern des ehemaligen Staatspräsidenten CONSTANTINESCU zusammen. Neben dieser Gruppe werden die Christdemokratische Union (UCD), die Christliche Volkspartei (PPC), die Ökologische Föderation aus Rumänien (FER) und ein Teil der National Liberalen Partei – Câmpeanu in die neue Partei integriert.

5. Anschrift der Partei:

AP

Bld. Magheru, Nr. 28 – 30, Et. 5

Bukarest, Sektor 1

Tel.: +40 21 202 39 00

Fax: +40 21 202 39 32

Email: office@actiunea.rowww.actiunea.ro

6. Parteiführung:

Vorsitzender:	Emil CONSTANTINESCU
Erst Stv. Vorsitzender:	Vasile LUPU
Stellvertretende Vorsitzende:	Max BADIN Leontin BORDAS Sorin BOTTEZ Lucian CALIN Gheorghe CEAUSESCU

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei in internationalen Parteizusammenschlüssen:

Keine

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

AP hat folgende Führungsforen:

Der Parteitag (die Generalversammlung der Delegierten der Mitglieder der Partei). Er findet regulär einmal alle drei Jahren oder außerordentlich bei Bedarf statt.

Die Vertreterdelegation, welche die Verwaltung zwischen den Parteitag regelt, tritt ein mal im Jahr zusammen.

Das Ständige Komitee, zuständig für die Verwaltung zwischen den Versammlungen der Vertreterdelegation, trifft sich quartalsmäßig.

Das Exekutivbüro organisiert und leitet die Tätigkeit der Partei zwischen zwei Sitzungen des Ständigen Komitees.

Der Nationalrat für politische Koordinierung, analysiert politische Tendenzen auf nationaler und internationaler Ebene und setzt strategische Richtlinien fest.

Auf Landesebene gibt es 2 Regionalräte, 41 Kreisorganisationen und 6 Organisationen der Sektoren der Hauptstadt Bukarest.

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Die Nationale Geschäftsstelle hat folgende Struktur:

Das Kabinett des Vorsitzenden
Das Kabinett des Stellvertretenden Vorsitzenden
Das Generalsekretariat
Das Pressebüro
Die Abteilung für Korrespondenz und Öffentlichkeitsbeziehungen
Die Abteilung für internationale Beziehungen
Die Abteilung für Analyse, Überwachung
Die Abteilung für Dokumentation
Die Abteilung der Beziehungen mit den Geschäftsumwelt
Die Schatzkammer
Das Ständige Sekretariat des Nationalrates für politische Koordinierung
Die Abteilung für interne Kommunikation
Die Abteilung für Image und Strategie
(Anzahl der Angestellten: ca. 30)

10. Parteimitglieder:

Die AP hat 64 500 registrierte Mitglieder.

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:

Keine, da ihre Gründung erst 2003 war.

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

Keine

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Das Hauptziel der AP ist der nationale Wiederaufbau, die Bildung einer freien Gesellschaft in der jeder in Würde leben soll und seine Rechte frei ausübt. Hauptprinzipien sind Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Würde, und freie Marktwirtschaft. Die AP schlägt ein Modell des freien und kreativen Volkskapitalismus vor.

Herausragende Persönlichkeiten der Partei:

Sorin ALEXANDRESCU Professor in Bukarest und Amsterdam

Sorin BOTTEZ ehemaliger Minister der Öffentlichen Informationen 1997 -
1998, ehemaliger Botschafter in Südafrika 1992 – 1994

Smaranda ENACHE	Vorsitzende der Liga Pro Europa, Mitglied der Gruppe für Sozialen Dialog (GDS), ehemalige Botschafterin in Finnland 1998 - 2000
Vasile LUPU	ehemaliger Abgeordneter, Initiator des Gesetzes der Zurückerstattung der Besitze, Stellvertretender Vorsitzender der Abgeordnetenversammlung 1996 - 2000
Zoe PETRE	ehemalige Präsidentenberaterin für öffentliche Politik 1996 - 2000, Dekanin der Fakultät für Geschichte der Universität Bukarest
Vlad ROSCA	ehemaliger Minister für öffentliche Verwaltung 1996 - 2000
Constantin TELEAGA	ehemaliger Staatssekretär für Europäische Integration 1997 - 1999, Präsidentenberater für die Beziehung zu der Regierung 1999, Botschafter in Spanien 2000

14. Art der KAS-Verbindung:

Die AP hat eine gute Beziehung zu der KAS.

15. Parteinaher Bildungs- oder Studieneinrichtungen (Stiftung, Institut) mit Name und Anschrift:

Verein für Bürgerliche Bildung (ASPEC)
Bld. Magheru, Nr. 28 – 30, Bukarest, Sektor 1

Institut für Regionale Kooperation und Konfliktvorbeugung (INCOR)
Bld. Magheru Nr. 28 – 30, Sektor 1, Bukarest

Rumänische Stiftung für Demokratie (FRD)
Splaiul Independenței Nr.17, Sektor 5, Bukarest

16. Landesinformationen:

Wahlen 2000

Präsidentenwahlen

Erster Wahlgang 26. 11. 2000

1. Ion ILIESCU (PDSR)	36.35%
2. Corneliu VADIM TUDOR (PRM)	28.34%
3. Theodor STOLOJAN (PNL)	11.78%
4. Constantin MUGUR ISARESCU (CDR - 2000)	9.54%
5. Gyorgy FRUNDA (UDMR)	6.22%
6. Petre ROMAN (PD)	2.99%
7. Viorel MELESCANU (ApR)	1.91%

Zweiter Wahlgang 10. 12. 2000

- | | | |
|----|----------------------------|--------|
| 1. | Ion ILIESCU (PDSR) | 66.83% |
| 2. | Corneliu VADIM TUDOR (PRM) | 33.17% |

Parlamentswahlen, 26.11.2000

	PDSR	PRM	PD	PNL	UDMR	CDR - 2000	Nationale Minderheiten
Senat (%)	46.3.	26.2	9.5	9.3	8.6	5.28	0.1
Abgeordneten Kammer (%)	46.9	25.0	9.0	8.8	8.7	5.03	1.6

Kommunalwahlen, 04. 06. 2000, 18. 06. 2000
Kreisräte

	PDSR	PD	ApR	PNL	CDR	PRM	UDMR	PSDR
Prozente	28.87	11.93	10.07	9.31	9.08	8.32	7.86	2.56

Gemeinderäte

	PDSR	PD	ApR	PNL	CDR	UDMR	PRM	PSDR
Prozente	28.65	13.75	11.20	10.02	6.97	6.17	5.3	2.22

Bürgermeister

	PDSR	PD	ApR	PNL	Unabhängige Kandidaten	UDMR	CDR-2000	PRM
Prozente	35.55	16.32	9.58	8.50	5.38	5.01	4.98	2.23

Parteien:

PDSR (Partei der Sozialen Demokratie in Rumänien)
PRM (Partei Großrumäniens)
PD (Demokratische Partei)
PNL (National Liberale Partei)
UDMR (Magyarische Demokratische Union in Rumänien)
ApR (Allianz für Rumänien)
CDR-2000 (Demokratische Konvention Rumänien-2000)

Gesetz über die politischen Parteien

Das Statut der politischen Parteien in Rumänien wird durch das Gesetz Nr. 14/2003 vom 9. Januar 2003 reglementiert. Es beinhaltet folgende Kapitel:

1. Generelle Vorschriften mit Definition der politischen Parteien, Zielen etc.;
2. Die Mitglieder der politischen Parteien;
3. Die Organisation der politischen Parteien (mindestens 25 000 Gründungsmitglieder mit Wohnung in wenigstens 18 Kreisen Rumäniens und in Bukarest und mindestens 700 Personen in jedem der Kreise und Bukarest);
4. Die Registrierung der politischen Parteien;
5. Die Assoziierung der politischen Parteien;
6. Die Reorganisation der politischen Parteien;
7. Die Auflösung der Tätigkeit der politischen Parteien;
8. Die Evidenz der politischen Parteien und der politischen Allianzen;

9. Endvorschriften und Übergangsvorschriften.

Finanzierung der politischen Parteien

Die Finanzierung der politischen Parteien und des Wahlkampfs werden durch das Gesetz Nr. 43/2003 vom 21. Januar 2003 reglementiert. Gemäß Gesetz sind die Quellen der Finanzierung folgende:

- Beiträge der Parteimitglieder;
- Spenden und Vermächnisse;
- Einkommen aus eigenen Tätigkeiten die nicht versteuert werden;
- Subventionen vom Staat.

Das Gesetz sieht vor, dass die Parteien im Amtsblatt – spätestens bis zum 31. März des Folgejahres – Informationen zu ihrer Finanzierung veröffentlichen. Eine Liste der Spender (sofern der Betrag höher als zehn Mindesteinkommen ist) wird vorgesehen. Wichtig in diesem Gesetz ist auch Artikel 24, der vorsieht, dass der Finanzbevollmächtigte 15 Tage nach Veröffentlichung der Wahlergebnisse einen detaillierten Bericht über Einnahmen und Ausgaben für jede Partei und jeden unabhängigen Kandidaten beim Rechnungshof einreicht. Ein fester Termin für die Veröffentlichung dieser Berichte im Amtsblatt steht jedoch nicht fest, ebenso wenig besteht die Verpflichtung zur Veröffentlichung der Berichte. Auch der Rechnungshof ist nicht zur Veröffentlichung verpflichtet.



CHRISTDEMOKRATISCH NATIONALE BAUERNPARTEI

PNTCD

1. Land:

Rumänien

2. Name der Partei in der Landessprache:

Partidul Național Țărănesc Creștin Democrat

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

PNȚCD

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Christdemokratische Nationale Bauernpartei

PNȚ wurde am 10. Oktober 1926 durch die Fusion der Bauernpartei geleitet von Ion MIHALACHE mit der Nationalen Partei aus Transsylvanien geleitet von Iuliu MANIU, gegründet. Die PNȚ betrieb eine Außenpolitik der Konsolidierung der Allianzen, welche die Integrität des rumänischen Territoriums verfolgte. Die PNȚ hat in den folgenden Perioden regiert: 10.11.1928 – 18.04.1931 und 06.06.1932 – 14.11.1933. Am 29. Juli 1947 wurde die PNȚ, durch einen Entschluss des Ministerrates (kommunistische Regierung), aufgelöst. Zwischen 29. Oktober und 11. November 1947 fand der erste Prozess der politischen Gefangenen der PNȚ statt. Zahlreiche Leitfiguren der PNȚ wurden zu lebenslanger Zwangsarbeit oder lebenslangem Gefängnis verurteilt. Während der Diktatur kamen viele zu Tode. Im Oktober 1970 fand das erste Treffen der ehemaligen Führung der PNȚ im Geheimen statt. Am 2. Februar 1987 – Dank der Vorgänge von Corneliu Coposu – wurde die PNȚ Mitglied der Christdemokratischen Internationale. Am 27. Dezember 1989 stellte die PNȚ-CD einen Antrag auf Partei-Registrierung, der am 8. Januar 1990 beim Gerichtshof in Bukarest bewilligt wurde.

5. Anschrift der Partei:

PNȚCD

Bld. Carol, Nr. 24, Bukarest, Sektor 2

Tel: +40 21 312 06 03

Fax: +40 21 312 01 21

E-Mail: dsap@pntcd.ro, president@pntcd.ro

www.pntcd.ro

6. Parteiführung:

Parteivorsitzender:

George CUHANDU

Ehrenvorsitzender:	Ion DIACONESCU
1. Stellvertretender Vorsitzender:	Constantin TICU DUMITRESCU
Vors. des Nationalen Führungsrates:	Gheorghe CIUHANDU
Vors. der Ständigen Nationalen Delegation:	Ion CARAMITRU
Generalsekretär:	Teodor MORARIU
Pressesprecher:	Teodor MORARIU
Stellvertretende Vorsitzende:	Vasile BARBU Marius BAZU Cornel BOIANGUI Șerban BUBENEK Bogdan CERGHIZAN Mircea CIUMARA Cornelia COROIANU STOICESCU Tudor DUNCA Dinu GAVRILESCU Adrian GHITA Alexandru HERLEA Dorin MIHAImus OPRIS Virgil PETRESCU Ulm SPINEANU Alex ȘTEFANESCU Ștefan TALABAă Mircea TALOS Maria THEODORU Mirel ȚARIUC Gheorghe VALCEANU

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei in internationalen Parteizusammenschlüssen:

PNȚCD ist seit 1987 Mitglied der CDI und seit 1996 Mitglied der EVP.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Die PNȚCD hat Kreisorganisationen in jedem der 41 Kreise Rumäniens, in allen Sektoren von Bukarest und in 905 der Kommunen Rumäniens.

Die Führungsorgane der Partei sind:

Der Parteitag. Das Nationale Führungskomitee (Führung der Partei zwischen den Parteitagungen). Die Nationale Ständige Delegation, (Führung der Partei zwischen den Sitzungen des Nationalen Führungskomitees). Das Nationale Führungsbüro, (Führung zwischen den Treffen der Ständigen Delegation).

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Die nationale Geschäftsstelle hat folgende Abteilungen:

Kabinett des Vorsitzenden:	1 Angestellter
Generalsekretariat:	1 Angestellter
Juristische Abteilung:	2 Angestellte
Verwaltung:	8 Angestellte
Buchhaltung:	2 Angestellte

10. Parteimitglieder:

PNȚCD hat über 100 000 Mitglieder.

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:

1990

Parlamentswahlen, 20.05.1990

Senat:	0.84%
Abgeordnetenversammlung:	3.02%

Präsidentenwahlen, 20.05.1990

Ion RATIU, Kandidat der PNȚ-CD erhält	4.29%
---------------------------------------	-------

1992

Parlamentswahlen, 27.09.1992

Die CDR (Demokratische Konvention Rumäniens)³ erhält:

Senat:	23.61%
Abgeordnetenversammlung:	24.83%

Präsidentenwahlen

- *Erster Wahlgang 27.09.1992*

Emil CONSTANTINESCU, Kandidat der CDR erhält	31.27%.
--	---------

- *Zweiter Wahlgang 11.10.1992*

Emil CONSTANTINESCU, Kandidat der CDR erhält	38.57%.
--	---------

1996

Parlamentswahlen, 03.11.1996

Die CDR (Demokratische Konvention Rumäniens) erhält:

Senat:	37.06%
Abgeordnetenversammlung:	35.57%

Präsidentenwahlen

- *Erster Wahlgang, 03.11.1996*

Emil CONSTANTINESCU, Kandidat der CDR erhält	28.21%
--	--------

- *Zweiter Wahlgang, 17.11.1996*

Emil CONSTANTINESCU, Kandidat der CDR erhält	54.41%
--	--------

³ Mitglied in dem Wahlbündnis CDR war auch die PNȚCD, zusammen mit PNL, PD und UDMR.

Kommunalwahlen 02.06.1996:

Die PNTCD erhält insgesamt 19.58%

2000Parlamentswahlen, 26.11.2000

Die CDR - 2000 erhält:

Senat: 5.28%

Abgeordnetenversammlung: 5.03%

Präsidentenwahlen, 26.11.2000

Constantin MUGUR ISARESCU, Kandidat der CDR – 2000 erhält 9.54%

Kommunalwahlen 18.06.2000:

Die PNTCD erhält insgesamt 7.47%

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

1996 kam die Demokratische Konvention Rumäniens (CDR), ein Zusammenschluss aus PNȚCD, National Liberaler Partei (PNL), Demokratischer Partei (PD) und der Magyarischen Demokratischen Union in Rumänien (UDMR), an die Regierung.

Victor CIORBEA, PNTCD-Vorsitzender. Premierminister: 12.12.1996 - 17.04.1998.

Remus OPRIS ist vom 12.12.1996 - 17.04.1998 Generalsekretär der Regierung.

Gegenwärtig beteiligt sich die PNȚCD nicht an der Regierung und ist in dem Parlament durch einen einzigen Abgeordneten, Cornel BOIANGIU vertreten.

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Ziele der PNTCD sind die Entwicklung der rumänischen Gesellschaft, die Einführung der Marktwirtschaft, die Konsolidierung des Rechtsstaates, die euroatlantische Integration, die Förderung der christdemokratischen Lehre und Durchsetzung der politischen Programmatik. Christliche Moral, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Solidarität und Subsidiarität sind die zentralen Prinzipien der Partei. Die Partei tritt ein für Einheit und Autonomie, Initiative und Kooperation, Verantwortung und Disziplin, Kompetenz und Moralität, Effizienz und Transparenz, Förderung der Frauen und der Jugend, Bewahrung der Tradition im Kontext der Realisierung einer modernen Partei.

Herausragende Persönlichkeiten der Partei:

Victor CIORBEA

ehemaliger Premierminister

Gheorghe CIUHANDU

Bürgermeister Timișoara/Temeswar

Tudor DUNCA

ehem. Botschafter in Deutschland

Doina CORNEA

antikommunistische Kämpferin

Constantin TICU DUMITRESCU

Vorsitzender des Vereins ehemaliger Politischer Gefangener

Ion DIACONESCU

antikommunistischer Kämpfer

Ion CARAMITRU

international berühmter Schauspieler

14. Art der KAS-Verbindung:

PNȚCD hat eine gute Beziehung zur KAS.

15. Parteinahе Bildungs- und Studieneinrichtung (Stiftung, Institut):

Christdemokratische Nationale Allianz (ANCD)
Str. Blănari, nr. 23, Sektor 3, Bukarest

16. Landesinformationen:

Wahlen 2000

Präsidentenschaftswahlen
Erster Wahlgang 26. 11. 2000

8. Ion ILIESCU (PDSR)	36.35%
9. Corneliu VADIM TUDOR (PRM)	28.34%
10. Theodor STOLOJAN (PNL)	11.78%
11. Constantin MUGUR ISARESCU (CDR - 2000)	9.54%
12. Gyorgy FRUNDA (UDMR)	6.22%
13. Petre ROMAN (PD)	2.99%
14. Viorel MELESCANU (ApR)	1.91%

Zweiter Wahlgang 10. 12. 2000

1. Ion ILIESCU (PDSR)	66.83%
2. Corneliu VADIM TUDOR (PRM)	33.17%

Parlamentswahlen, 26.11.2000

	PDSR	PRM	PD	PNL	UDMR	CDR - 2000	Nationale Minderheiten
Senat (%)	46.3.	26.2	9.5	9.3	8.6	5.28	0.1
Abgeordneten Kammer (%)	46.9	25.0	9.0	8.8	8.7	5.03	1.6

Kommunalwahlen, 04. 06. 2000, 18. 06. 2000
Kreisräte

	PDSR	PD	ApR	PNL	CDR	PRM	UDMR	PSDR
Prozente	28.87	11.93	10.07	9.31	9.08	8.32	7.86	2.56

Gemeinderäte

	PDSR	PD	ApR	PNL	CDR	UDMR	PRM	PSDR
Prozente	28.65	13.75	11.20	10.02	6.97	6.17	5.3	2.22

Bürgermeister

	PDSR	PD	ApR	PNL	Unabhängige Kandidaten	UDMR	CDR-2000	PRM
Prozente	35.55	16.32	9.58	8.50	5.38	5.01	4.98	2.23

Parteien:

PDSR (Partei der Sozialen Demokratie in Rumänien)
PRM (Partei Großrumäniens)
PD (Demokratische Partei)
PNL (National Liberale Partei)
UDMR (Magyarische Demokratische Union in Rumänien)
ApR (Allianz für Rumänien)
CDR- 2000 (Demokratische Konvention Rumänien- 2000)

Gesetz über die politischen Parteien

Das Statut der politischen Parteien in Rumänien wird durch das Gesetz Nr. 14/2003 vom 9. Januar 2003 reglementiert. Es beinhaltet folgende Kapitel:

1. Generelle Vorschriften mit Definition der politischen Parteien, Zielen etc.;
2. Die Mitglieder der politischen Parteien;
3. Die Organisierung der politischen Parteien (mindestens 25 000 Gründungsmitglieder mit Wohnung in wenigstens 18 Kreisen Rumäniens und in Bukarest und mindestens 700 Personen in jedem der Kreise und Bukarest);
4. Die Registrierung der politischen Parteien;
5. Die Assoziierung der politischen Parteien;
6. Die Reorganisierung der politischen Parteien;
7. Die Auflösung der Tätigkeit der politischen Parteien;
8. Die Evidenz der politischen Parteien und der politischen Allianzen;
9. Endvorschriften und Übergangsvorschriften.

Finanzierung der politischen Parteien

Die Finanzierung der politischen Parteien und des Wahlkampfes werden durch das Gesetz Nr. 43/2003 vom 21. Januar 2003 reglementiert. Gemäß Gesetz sind die Quellen der Finanzierung folgende:

- Beiträge der Parteimitglieder;
- Spenden und Vermächnisse;
- Einkommen aus eigenen Tätigkeiten die nicht versteuert werden;
- Subventionen vom Staat.

Das Gesetz sieht vor, dass die Parteien im Amtsblatt – spätestens bis zum 31. März des Folgejahres – Informationen zu ihrer Finanzierung veröffentlichen. Eine Liste der Spender (sofern der Betrag höher als zehn Mindesteinkommen ist) wird vorgesehen. Wichtig in diesem Gesetz ist auch Artikel 24, der vorsieht, dass der Finanzbevollmächtigte 15 Tage nach Veröffentlichung der Wahlergebnisse einen detaillierten Bericht über Einnahmen und Ausgaben für jede Partei und jeden unabhängigen Kandidaten beim Rechnungshof einreicht. Ein fester Termin für die Veröffentlichung dieser Berichte im Amtsblatt steht jedoch nicht fest, ebenso wenig besteht die Verpflichtung zur Veröffentlichung der Berichte. Auch der Rechnungshof ist nicht zur Veröffentlichung verpflichtet.

DIE UNION DES WIEDERAUFBAUS RUMÄNIEN

URR

1. Land:

Rumänien

2. Name der Partei in der Landessprache:

Uniunea pentru Reconstrucția României

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

URR

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Die Union des Wiederaufbaus Rumänien

Die Union des Wiederaufbaus Rumänien, URR, hat die offizielle Zulassung am 27. Februar 2002, nach sechs Monaten Wartezeit bei der Justiz, erworben. Ihre Gründung wurde in den Jahren 1999 und 2000 vorbereitet, als sich eine Beratungsgruppe mit dem Ziel, die Rückkehr der Sozial Demokratischen Partei an die Macht zu verhindern, zusammenschloss.

5. Anschrift der Partei:

URR
Bd. Lascăr Catargiu, Nr. 27, Et. 3, Ap. 11, Sektor 1,
Bukarest, Rumänien
Tel.: +40-21-307 92 17 (18)
Fax: +40-21-315 19 48
E-Mail: contact@urr.ro
www.urr.ro/en

6. Parteiführung:

Vorsitzender:	Cosmin ALEXANDRU
Stv. Vorsitzende:	Adrian POP Mihaela VINCZE Adrian STANCIU
Generalsekretär:	Diana CALFA

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei in internationalen Parteizusammenschlüssen:

Keine

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Die Organisationsstrukturen der URR besteht auf folgenden Ebenen mit analogen Abstufungen:

- a. Lokalverbände
- b. Kreisverbände
- c. Nationalverband

Vor Gründung einer lokalen Organisation kann eine Initiativegruppe gebildet werden, die Bedingungen für die Gründung einer URR Organisation erreichen muss.

Auf Lokalebene gibt es folgende Führungsforen:

- a. Die lokale Konvention
- b. Das lokale Vorstandskomitee mit fünf Mitgliedern: der Vorsitzende, drei Stellvertretende Vorsitzende und ein Sekretär

Auf Kreisebene gibt es folgende Führungsforen:

- a. Die Kreiskonvention
- b. Der Kreisführungsrat
- c. Das Kreisvorstandskomitee mit fünf Mitgliedern: der Vorsitzende, drei Stellvertretende Vorsitzende und ein Sekretär

Auf Nationalebene gibt es folgende Führungsforen:

- a. Die Nationale Konvention – Oberstes Führungsforum
- b. Der Nationale Führungsrat
- c. Das Nationalvorstandskomitee mit fünf Mitgliedern: der Vorsitzende, drei Stellvertretende Vorsitzende und ein Sekretär

Kreisverbände: 22

Lokalverbände: 75

Initiativegruppen: 12

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Die nationale Geschäftsstelle der URR hat folgende Struktur:

- a. Das Nationalvorstandskomitee mit fünf Mitglieder: Der Vorsitzende vertritt die ganze Struktur während die anderen Mitglieder des Komitees die Abteilungen aus dem zentralen Büro koordinieren.
- b. Das Zentralbüro hat 10 Angestellte, davon sind 7 teilzeitig angestellt. Es hat folgende Abteilungen:

Abteilung für landesweite Entwicklung
Abteilung für Projekte
Personalabteilung
Kommunikationsabteilung
Finanzabteilung
Rechtsabteilung
Abteilung für Strategie

10. Parteimitglieder:

Die URN hat 33.000 Mitglieder.

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:

Die URN hat im Juni 2004 das erste mal an Kommunalwahlen teilgenommen.

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

Keine.

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Die URN ist im Parteienspektrum mitte-rechts einzuordnen. Sie verbindet Elemente der Christdemokratie mit dem Liberalismus.

Herausragende Persönlichkeiten der Partei:

Victor REBENGIUC berühmter Schauspieler

14. Art der KAS-Verbindung:

URN hat an Diskussionen mit KAS-Mitarbeitern aus dem Ausland und aus Rumänien teilgenommen.

15. Parteinaher Bildungs- und Studieneinrichtung:

National Democratic Institute (NDI)
Str. Puțul de Piatră, Nr. 5, et.3, ap.7, 711082, Bukarest

16. Landesinformationen:

Wahlen 2000

Präsidentschaftswahlen

Erster Wahlgang 26. 11. 2000

12. Ion ILIESCU (PDSR)	36.35%
13. Corneliu VADIM TUDOR (PRM)	28.34%

14. Theodor STOLOJAN (PNL)	11.78%
15. Constantin MUGUR ISARESCU (CDR - 2000)	9.54%
16. Gyorgy FRUNDA (UDMR)	6.22%
17. Petre ROMAN (PD)	2.99%
18. Viorel MELESCANU (ApR)	1.91%

Zweiter Wahlgang 10. 12. 2000

1. Ion ILIESCU (PDSR)	66.83%
2. Corneliu VADIM TUDOR (PRM)	33.17%

Parlamentswahlen, 26.11.2000

	PDSR	PRM	PD	PNL	UDMR	CDR - 2000	Nationale Minderheiten
Senat (%)	46.3.	26.2	9.5	9.3	8.6	5.28	0.1
Abgeordneten Kammer (%)	46.9	25.0	9.0	8.8	8.7	5.03	1.6

Kommunalwahlen, 04. 06. 2000, 18. 06. 2000
Kreisräte

	PDSR	PD	ApR	PNL	CDR	PRM	UDMR	PSDR
Prozente	28.87	11.93	10.07	9.31	9.08	8.32	7.86	2.56

Gemeinderäte

	PDSR	PD	ApR	PNL	CDR	UDMR	PRM	PSDR
Prozente	28.65	13.75	11.20	10.02	6.97	6.17	5.3	2.22

Bürgermeister

	PDSR	PD	ApR	PNL	Unabhängige Kandidaten	UDMR	CDR-2000	PRM
Prozente	35.55	16.32	9.58	8.50	5.38	5.01	4.98	2.23

Parteien:

PDSR (Partei der Sozialen Demokratie in Rumänien)
PRM (Partei Großrumäniens)
PD (Demokratische Partei)
PNL (National Liberale Partei)
UDMR (Magyarische Demokratische Union in Rumänien)
ApR (Allianz für Rumänien)
CDR- 2000 (Demokratische Konvention Rumänien- 2000)

Gesetz über die politischen Parteien

Das Statut der politischen Parteien in Rumänien wird durch das Gesetz Nr. 14/2003 vom 9. Januar 2003 reglementiert. Es beinhaltet folgende Kapitel:

1. Generelle Vorschriften mit Definition der politischen Parteien, Zielen etc.;
2. Die Mitglieder der politischen Parteien;
3. Die Organisierung der politischen Parteien (mindestens 25 000 Gründungsmitglieder mit Wohnung in wenigstens 18 Kreisen Rumäniens und in Bukarest und mindestens 700 Personen in jedem der Kreise und Bukarest);
4. Die Registrierung der politischen Parteien;
5. Die Assoziierung der politischen Parteien;

6. Die Reorganisierung der politischen Parteien;
7. Die Auflösung der Tätigkeit der politischen Parteien;
8. Die Evidenz der politischen Parteien und der politischen Allianzen;
9. Endvorschriften und Übergangsvorschriften.

Finanzierung der politischen Parteien

Die Finanzierung der politischen Parteien und des Wahlkampfes werden durch das Gesetz Nr. 43/2003 vom 21. Januar 2003 reglementiert. Gemäß Gesetz sind die Quellen der Finanzierung folgende:

- Beiträge der Parteimitglieder;
- Spenden und Vermächnisse;
- Einkommen aus eigenen Tätigkeiten die nicht versteuert werden;
- Subventionen vom Staat.

Das Gesetz sieht vor, dass die Parteien im Amtsblatt – spätestens bis zum 31. März des Folgejahres – Informationen zu ihrer Finanzierung veröffentlichen. Eine Liste der Spender (sofern der Betrag höher als zehn Mindesteinkommen ist) wird vorgesehen. Wichtig in diesem Gesetz ist auch Artikel 24, der vorsieht, dass der Finanzbevollmächtigte 15 Tage nach Veröffentlichung der Wahlergebnisse einen detaillierten Bericht über Einnahmen und Ausgaben für jede Partei und jeden unabhängigen Kandidaten beim Rechnungshof einreicht. Ein fester Termin für die Veröffentlichung dieser Berichte im Amtsblatt steht jedoch nicht fest, ebenso wenig besteht die Verpflichtung zur Veröffentlichung der Berichte. Auch der Rechnungshof ist nicht zur Veröffentlichung verpflichtet.



Serbien und Montenegro



Quelle: <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/yi.html>



DEMOKRATISCHE PARTEI SERBIENS

DSS

1. Land:

Serbien und Montenegro

2. Name der Partei in der Landessprache:

Demokratska Stranka Srbije

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

DSS

4. Gründung und kurze Parteigeschichte

Die Demokratische Partei Serbiens wurde am 26.07.1992 in Belgrad gegründet. Seit ihrer Gründung war sie der unbeirrbarste Gegner des MILOSEVIC-Regimes, den bei den Präsidentenwahlen am 26.09.2000 der Präsident der Partei Dr. Vojislav KOSTUNICA besiegte. DSS hat an den Wahlen 1992, 1993, 1996 und 2000 teilgenommen. Im September und Dezember 2002 gewann KOSTUNICA die klare Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen, die wegen zu niedriger Wahlbeteiligung jedoch nicht Gültigkeit erhielten.

5. Anschrift der Partei:

DSS

Pariska 13

Beograd

Telefon: 011/3204-719; 3204-720

Fax: 011/3204-743

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten:

Braće Jugovića 2a/I

Beograd

Telefon/Fax: 011/18-25-35, 18-35-25; 638-013; 328-17-93

e-mail: info@dss.org.yuweb-site: www.dss.org.yu

6. Parteiführung:

Präsident: Dr. Vojislav KOSTUNICA

Vizepräsidenten: Dr. Aleksandar POPOVIC (Auswärtiges)

Dragan JOCIC (Organisation und politische Angelegenheiten)

Dragan MARSICANIN (- " -)

Präsident des Exekutivausschusses: Miloš RADULOVIĆ

Präsident des Rates: Rade OBRADOVIĆ

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei in internationalen Parteizusammenschlüssen:

Beobachterstatus bei der EVP.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

9 regionale und 160 Gemeindeausschüsse. Organisatorisch sind mit Ausnahme der Gemeinde Kanjiža das ganze Territorium Serbiens außer Kosovo und Metohien sowie alle dortigen Enklaven abgedeckt.

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Alle Parteiaufgaben sind abgedeckt.

10. Parteimitglieder:

Ca. 50 000

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:

Daten zu allen Wahlen in Serbien erhalten Sie unter:

<http://www.cesid.org/cd2/c3.cgi?tip=ser&lang=sr>

DSS mit der Koalition „DEPOS“

Republikwahlen 1992, insg.	16,88%
Bundeswahlen 1992, insg.	17,24%
Republikwahlen 1993, insg.	16,63%

DSS

Republikwahlen 1993, insg.	5,07%
Kommunalwahlen 1996, insg.	1,52%

DSS mit der Koalition „Zajedno“

Kommunalwahlen 1996, insg.	23,71%
Bundeswahlen 1996, insg.	22,50%

DSS mit der Koalition DOS

Bundespräsidentenwahlen 2000, insg.	51,40%
Bundeswahlen 2000, insg.	43,01%
Bundeswahlen 2000, insg.	43,97%
Republikwahlen 2000, insg.	64,08%

DSS

DSS scheitert bei den Präsidentschaftswahlen 2002-2004 an der geringen Wahlbeteiligung

Bundeswahlen 2003, insg. 17, 7% (53 Sitze)

1992 hatte die Demokratische Partei Serbiens 22 Abgeordnete im Parlament der Republik als Mitglied der Koalition DEPOS, an den Bundeswahlen hat sie sich nicht beteiligt. 1993 hat sie bei den Republikwahlen sieben Mandate bekommen, und 1996 vier Mandate im Parlament der BR Jugoslawien als Teil der Koalition „Zajedno“. Bei den Kommunalwahlen im gleichen Jahr trat die Partei teilweise in der oben erwähnten Koalition an und teilweise ohne Koalition. Wählerverdruss und eine Radikalisierung der Parteienlandschaft machen den demokratischen Parteien der Mitte zu schaffen, denen die Bildung eines stabilen Bündnisses bislang nicht gelang.

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

DSS war seit ihrer Gründung und bis zum Jahr 2000 eine Oppositionspartei. Von Januar 2001 bis August 2001 beteiligte sie sich an der Republikregierung. Zur Zeit ist sie eine Oppositionspartei sowohl auf der Replibekene als auch auf Bundesstaatsebene. Sie regiert in ca. 80 Gemeinden Serbiens: meist in der Koalition DOS, teilweise auch unabhängig.

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

DSS ist eine Partei der rechten Mitte. Sie setzt sich für den Erhalt des Bundesstaates Serbien und Montenegro und die Integration in die EU ein. Innenpolitisch liegen die Prioritäten bei der Entwicklung des Rechtsstaats, der Stärkung der Institutionen, bei Regionalisierung, liberaler Wirtschaftsordnung und Beachtung der Menschenrechte.

Vojislav **KOSTUNICA**: Geboren 1944 in Belgrad. Der promovierte Rechtswissenschaftler war Assistent an der Belgrader Universität. Er arbeitete danach am Belgrader Sozialwissenschaftlichen Institut über Parteienpluralismus, zugleich engagierte er sich in einem Dissidenten-Ausschuss für die Meinungsfreiheit.

KOSTUNICA, ein entschiedener Gegner der Politik des damaligen Staatspräsidenten Slobodan Milosevic, gilt als gemäßigter serbischer Nationalist. Er gehörte nie der jugoslawischen KP an, war 1990 Mitbegründer der Demokratischen Partei (DS) und Abgeordneter im serbischen Parlament.

Im Bürgerkriegsjahr 1992 spaltete er sich mit seiner großserbischen Demokratischen Partei Serbiens (DSS) mit dem Slogan "Erst Serbien, dann Demokratie" von der DS ab. Als DSS-Vorsitzender beteiligte er sich im Winter 1996/97 nicht an den Belgrader Demonstrationen für die Anerkennung des Kommunalwahlsieges der Opposition.

Im Sommer 2000 wurde er als Kandidat des aus 18 Parteien gebildeten Wahlbündnisses Demokratische Opposition Serbiens (DOS) für die Präsidenten- und Parlamentswahl am 24. September 2000 nominiert. Nach der Wahl erklärten regierungsamtliche Stellen KOSTUNICA mit 48,22 Prozent zum Wahlsieger. Da er aber nicht die absolute Mehrheit erhalten hatte, ordnete die Wahlkommission zunächst für den 8. Oktober eine Stichwahl zwischen ihm und Amtsinhaber MILOSEVIC an. DOS lehnte aber eine Stichwahl ab und sprach von Wahlbetrug.

Nach mehrtägigen Auseinandersetzungen über den Wahlausgang war es zu Massenprotesten, einem Generalstreik und zur Annullierung des Wahlergebnisses gekommen. Durch einen Volksaufstand wurde das MILOSEVIC-Regime am 5. Oktober gestürzt und KOSTUNICA als "gewählter Präsident" gefeiert. Er begrüßte seine Landsleute mit den Worten: "Guten Abend, befreites Serbien - heute schreiben wir Geschichte." KOSTUNICA berief eine Sitzung des neugewählten Parlaments ein und bildete einen Krisenstab. Am 7. Oktober wurde er als neuer Präsident Jugoslawiens vereidigt. Er versprach Demokratie, Wirtschaftsreformen und Meinungsfreiheit und kündigte neue Parlamentswahlen sowie eine neue Verfassung an. (Quelle: <http://www.discovery.de/de/pub/specials/bruderkrieg/people/kostunica.htm>)

14. Art der KAS-Verbindung:

Unmittelbare Kontakte über Dialog und Veranstaltungen.

15. Kommentar:

a) Letzte Parlamentswahlen:

s. Bernhard Lamers, Alexander Grunauer: »Serbiens steiniger Weg in die Zukunft«, KAS-Auslandsinformationen, Mai 2004.

<http://www.cesid.org/cd2/c3.cgi?tip=ser&lang=sr>

*Das Ergebnis der Parlamentswahlen
vom 28. Dezember 2003*

Parteien und Listenverbindungen, welche die Fünf-Prozent-Klausel überstiegen und ins Parlament einzogen:

Parteien bzw. Listenverbindung	Prozent	Stimmen absolut	Parlamentssitze
Radikale Partei Serbiens – SRS	27,6	1 056 256	82
Demokratische Partei Serbiens – DSS	17,7	678 031	53
Demokratische Partei – DS	12,6	481 249	37
G 17 Plus	11,5	438 422	34
Serb. Erneuerungsbew./Neues Serb. – SPO/NS	7,7	293 082	22
Sozialistische Partei Serbiens – SPS	7,6	291 341	22

b) Ein Gesetz über politische Parteien gibt es.

c) Ein Gesetz zur Parteienfinanzierung befindet sich derzeit in Parlamentsberatung.

G 17 PLUS

1. Land:

Serbien und Montenegro

2. Name der Partei in der Landessprache:

G 17 PLUS

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

G 17 PLUS

4. Gründung und kurze Parteigeschichte

Die politische Partei G 17 PLUS entstand aus dem gleichnamigen „Expertennetz zur Entwicklung Serbiens“ (NGO), durch einstimmige Entscheidung der Delegierten auf der Jahresversammlung am 15.12.2002.

Die Organisation selbst stammt aus dem Jahr 1996, als sich auf Anregung von Mladen DINKIC eine Gruppe von 17 angesehenen Wirtschaftsfachleuten versammelte, um ein Programm zu einer radikalen Wirtschaftsreform auszuarbeiten. Dieses wurde der damaligen Opposition (Koalition „Zajedno“) angeboten, da diese keinen klaren Zukunftsentwurf wirtschaftlicher Reformen für die Zeit nach MILOSEVIC hatte. Die Gruppe setzte ihre Arbeit unter dem Namen Gruppe 17 oder G-17 fort, weil sich Existenz und Tätigkeit dieser Gruppe als notwendig erwiesen.

Im Oktober 1999 entstand aus G-17 das Expertennetz G 17 PLUS, welches sich mit einem breiteren Kreis von Fragen befasste, ausgehend von rein wirtschaftlichen bis zu konkreten Programmen zur Hilfe der Bürger Serbiens (Projekte „Energie für Demokratie“, „Asphalt für Demokratie“ usw.). Neben der positiven Botschaft steht das „PLUS“ für Erweiterung des Wirkungsbereiches der Organisation.

Im September 2000 bereiteten die Fachleute von G 17 PLUS ein politisches Programm vor, welches die Demokratische Opposition Serbiens (DOS) übernahm. Einige der Spitzenleute von G 17 PLUS haben nach dem Sieg von DOS über Slobodan MILOSEVIC Staatsämter übernommen (Mirosljub LABUS als Vizepräsident der Regierung der BR Jugoslawien und Minister für wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland, Mladjan DINKIC als Gouverneur der Zentralbank, Sasa VITOSEVIC als Landwirtschaftsminister u.a.). Während der Jahresversammlung am 15.12.2002 entwickelte sich aus G 17 PLUS eine politische Partei, die vom Wunsch geleitet wird, größere Verantwortung für die erforderliche Umsetzung der Reformen zu erlangen.

5. Anschrift der Partei:

G 17 PLUS

Trg Republike 5 (bald: Topličin venac 11.)

11000 Beograd

T/F.: 3344 459, 3344 930;

e-mail: office@g17plus.org.yu; www.g17plus.org.yu

6. Parteiführung:

- **Präsidium von G17 PLUS (9 Personen):**
Präsident Miroљjub LABUS
Vizepräsidenten: Mlađan DINKIC (Wirtschaftspolitik)
Predrag MARKOVIC (Innenpolitik)
Milan PAJEVIC (internationale Beziehungen)
Mirjana GROS, Desimir DRAGOJLOVIC, Vladimir MILANKOV,
Tomica MILOSAVLJEVIC, Sava UROSEVIC
- **Exekutivausschuss G17 PLUS (35 Personen):**
Präsident Goran PAUNOVIC
Vizepräsidenten: Nataša JANKOVIC; Verica KALANOVIC, Zoran SUBOTICKA
und Saša VITOSEVIC
- **Exekutivdirektorin G17 PLUS:** Suzana MRGIC

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei in internationalen Parteizusammenschlüssen:

G17 PLUS erhielt am 6. Mai 2003 den Status des Beobachters in der EVP auf Grund der einstimmigen Entscheidung des Politischen Büros.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

G17 PLUS hat 118 Gemeinde-, 24 Kreis- und 3 städtische Ausschüsse und einen Gebietsausschuss für die Vojvodina.

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Das Sekretariat von G17 PLUS, bzw. die Parteizentrale, besteht aus zwei Hauptsäulen: Abteilung für die Innenpolitik und Abteilung für die internationale Zusammenarbeit. Die Abteilung für Kommunikation ergänzt diese zwei Hauptbereiche und übt die Aufsicht über die Arbeit der zwei Bereiche aus. Der Stellvertreter des Exekutivdirektors führt die Aufsicht über die Abteilung für Kommunikation und der Assistent des Exekutivdirektors führt die Aufsicht über die Arbeit der Abteilung für allgemeine und technische Angelegenheiten.

Im Sekretariat sind zur Zeit 17 Beschäftigte angestellt, und bei der täglichen Arbeit helfen ca. 5 Volontäre aus.

10. Parteimitglieder:

G17 PLUS hatte am 10. 06. 2003: 7 733 Mitglieder.

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:

- Die Partei G17 PLUS besteht seit dem 15. Dezember 2002 und hat erstmals im Dezember 2003 an Parlamentswahlen teilgenommen. Hier zog sie mit 11,5%, fast 500 000 Wählerstimmen, mit 34 Sitzen ins Parlament ein.

- G17 PLUS beteiligte sie sich an Wahlen jedoch bereits länger, indem sie bedeutende Unterstützung für die Demokratische Opposition Serbiens (DOS) im Wahlkampf 2000 leistete. Fachleute des Expertennetzes G17 PLUS haben das Programm von DOS ausgearbeitet.
- G17 PLUS unterstützte die Kandidatur von Miroljub LABUS (damals Mitglied des Exekutivausschusses des Expertennetzes G17 PLUS) bei den Präsidentschaftswahlen in Serbien im September 2002. G17 PLUS hat diesen Wahlkampf vorbereitet und größtenteils durchgeführt. LABUS nahm bei diesen Wahlen den zweiten Platz mit ca. 1 Million Stimmen ein.

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

- Mlađan DINKIC, Vizepräsident von G17 PLUS ist Gouverneur der Nationalbank Serbiens (NBS)
- Tomica MILOSAVLJEVIC, Mitglied des Präsidiums von G17 PLUS ist Minister für das Gesundheitswesen in der Regierung der Republik Serbien
- Radovan JELASIC, Präsident des Wirtschaftsausschusses von G17 PLUS ist Vizegouverneur der NBS
- Nikola ŽIVANOVIC; Mitglied des Wirtschaftsausschusses von G17 PLUS ist Vizegouverneur der NBS

Frühere Regierungsbeteiligung:

- Miroljub LABUS, Präsident von G17 PLUS (damals Mitglied des Vollzugsausschusses des Expertennetzes G17 PLUS) bekleidete nach dem politischen Wandel im Oktober 2000 (11.2000 – 3.2003) das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien und des Bundesministers für wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland.
- Saša VITOSEVIC, Vizepräsident des Exekutivausschusses von G17 PLUS (damals Mitglied des Exekutivausschusses des Expertennetzes G17 PLUS) bekleidete nach dem politischen Wandel im Oktober 2000 das Amt des Bundesministers für Landwirtschaft.
- Veroljub DUGALIC war Assistent des Bundesministers für Finanzen, später amtierender Bundesminister für Finanzen.
- Milan PAJEVIC bekleidete das Amt des nationalen Koordinators des Stabilitätspakts für Südost Europa und des außenpolitischen Beraters des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Bundesregierung (unter M. LABUS).
- Božidar ĐELIC, war Mitglied des Exekutivausschusses des Expertennetzes von G17 PLUS und wurde Minister für Finanzen. Dragoslav ŠUMARAC war ebenfalls Mitglied des Exekutivausschusses des Expertennetzes von G17 PLUS und bekleidete in der Regierung Serbiens das Amt des Ministers für Städtebau und Bauwesen. Đelić und Šumarac bekleideten die Ministerämter als Experten und entschieden sich nach der Transformation von G17 PLUS in eine politische Partei dagegen, Parteimitglieder zu werden.
- Slobodan VUCETIC, Präsident des Verfassungsgerichtes Serbiens war bis zu seinem Amtsantritt Mitglied des Expertennetzes von G17 PLUS. Wegen der Unvereinbarkeit dieses Amtes mit der Mitgliedschaft in einer politischen Partei hat er sich entschlossen der Partei nicht beizutreten.
- Srboľjub ANTIC, früher Mitglied des Projektausschusses des Expertennetzes von G17 PLUS ist Vertreter von Serbien und Montenegro beim IWF.

- Vesna DZINIC, Mitglied des Wirtschaftsausschusses von G17 PLUS bekleidete das Amt des Direktors der Agentur für die Sanierung der Banken.

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

- Das Hauptziel von G17 PLUS ist die Schaffung eines starken und demokratisch stabilen Serbiens, das eine führende Rolle auf dem Balkan spielen kann, bereit ist europäische Standards zu übernehmen und das Beste aus eigener Tradition und Kultur zu bewahren und zu beschützen.
- Die Vorbereitung des Parteiprogramms von G17 PLUS findet zur Zeit statt, basierend auf „Die programmatische Grundlage (Einführung in das politische Programm)“ und „Das Staatsprogramm für ein europäisches Serbien“ (Dokumente liegen auf Englisch vor).
- Alle Mitglieder des Präsidiums gelten als herausragende Persönlichkeiten. Präsident **LABUS** und Vizepräsident **DINKIC** erfreuen sich seit dem politischen Wandel im Jahr 2000 großer Beliebtheit.

14. Art der KAS-Verbindung:

G17 PLUS pflegte auch vor ihrer Transformation zur politischen Partei sehr enge Kontakte und eine ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Konrad Adenauer Stiftung. Nach der Transformation kam es zu einer Intensivierung der Kooperation. Diese ist besonders in den Bereichen: Ausbildung von Parteiführung und Mitgliedern, Diskussionen unter Experten über Programme, Kommunikation mit politischen Parteien in Deutschland (CDU), hervorzuheben.

15. Kommentar:

- a) Letzte Parlamentswahlen: <http://www.cesid.org/cd2/c3.cgi?tip=ser&lang=sr>
s. Bernhard Lamers, Alexander Grunauer: »Serbiens steiniger Weg in die Zukunft«, KAS-Auslandsinformationen, Mai 2004.

Das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 28. Dezember 2003

Parteien und Listenverbindungen, welche die Fünf-Prozent-Klausel überstiegen und ins Parlament einzogen:

Parteien bzw. Listenverbindung	Prozent	Stimmen absolut	Parlamentssitze
Radikale Partei Serbiens – SRS	27,6	1056256	82
Demokratische Partei Serbiens – DSS	17,7	678031	53
Demokratische Partei – DS	12,6	481249	37
G 17 Plus	11,5	438422	34
Serb. Erneuerungsbew./Neues Serb. – SPO/NS	7,7	293082	22
Sozialistische Partei Serbiens – SPS	7,6	291341	22

- b) Ein Gesetz über politische Parteien gibt es.
c) Ein Gesetz zur Parteienfinanzierung befindet sich in Parlamentsberatung.

Ukraine



Quelle: <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/up.html>



CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION

CDU

1. Land:

UKRAINE

2. Name der Partei in der Landessprache:

Chrystyjansko-Demokratytschny Sojus (seit April 2003)

Chrystyjanskyj Narodnyj Sojus (bis April 2003)

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

CDU

CVU (bis April 2003)

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Christlich-Demokratische Union (seit April 2003)

Christliche Volksunion (bis April 2003)

Die Christliche Volksunion wurde am 8. Februar 1997 als Abspaltung von der CDPU gegründet. Vor den Parlamentswahlen 1998 beteiligte sich die CVU am Wahlbündnis 'Vorán Ukraine!', welches 1,74% der Wählerstimmen erhielt und somit unter der 4%-Hürde blieb. Die CVU erreichte aber drei Direktmandate. Bei der Präsidentschaftswahl 1999 schloss sich die CVU dem Wahlblock 'Unser Präsident: Jewhen MARTSCHUK!' an, der 8,13% der Stimmen erhielt. Im Oktober 2000 erreichte die CVU Beobachterstatus bei der CDI. Nach der Gongadse- und Kassettenaffäre um den Präsidenten trat die Partei im Januar 2001 dem Organisationskomitee der Protestbewegung 'Ukraine ohne KUTSCHMA' bei.

Seit Juli 2001 ist die Partei eines der Gründungsmitglieder des Wahlblocks der Mitte 'Unsere Ukraine' mit Ex-Premier Viktor JUSCHTSCHENKO an der Spitze. Der Wahlblock 'Unsere Ukraine' erhielt in der Parlamentswahl am 31.03.2002 23,57% und wurde damit Wahlsieger. Die CVU erhielt einen Platz (Nr. 32) in der Wahlliste von 'Nascha Ukraina' - mit Wolodymyr STRETOWYTSCH, Vorsitzender der CVU – und damit einen Sitz im Parlament. Herr STRETOWYTSCH leitet seither den Parlamentsausschuß zur Bekämpfung von organisiertem Verbrechen und Korruption.

Am 12. April 2003 fand ein außerordentlicher Parteitag der CVU statt, auf dem sich einige Regionalorganisationen der Allukrainischen Christenvereinigung und anderer kleinerer Parteien christlicher Ausprägung der CVU anschlossen. Dieser Schritt wird als positives Signal für die Konsolidierung des zersplitterten Lagers christdemokratischer Parteien in der Ukraine bewertet. Auf diesem Parteitag wurde beschlossen, die Partei in die Christlich-Demokratische Union umzubenennen.

Seit Dezember 2002 ist die Partei volles Mitglied der CDI.

5. Anschrift der Partei:

CDU
01001 Kiew, wul. Bohdana Chmelnizkogo, 3
Telefon: (380 44) 228 72 42
Telefax: (380 44) 228 71 93
e-mail: cdy@sovamua.com
www.hds.org.ua

6. Parteiführung:

Vorsitzender	Dr. Wolodymyr STRETOWYTSCH
Stellvertretender Vorsitzender	Wolodymyr MARUSCHTSCHENKO, Leiter des Sekretariats
Internationaler Sekretär	Andrij STRANNIKOW

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei:

Volles CDI-Mitglied seit Dezember 2002.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Parteitag:	Höchstes Organ, tagt einmal in zwei Jahren
Hauptrat:	36 Personen, tagt einmal in zwei Monaten
Sekretariat:	7 Personen
Regionalverbände:	25

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Hauptgeschäftsstelle:	Leiter des Sekretariats + 7 Mitarbeiter
Abteilungen u.a. für	politische Analysen internationale Arbeit Parteiorganisation PR-Arbeit

10. Parteimitglieder:

10 000 (eigene Angaben).

11. Wahlergebnisse seit 1989:

Parlamentswahl 2002	Gründungsmitglieder des Wahlblocks 'Unsere Ukraine'. 23,57% der Stimmen für den Wahlblock. 1 Mandat über die Wahlliste Nr. 32.
---------------------	--

Präsidentenwahl 1999	CVU Beteiligung am Wahlblock 'Unser Präsident: Jewhen Martschuk!', der 8,13% der Stimmen erhält.
Parlamentswahl 1998	CVU Beteiligung am Wahlbündnis 'Vorank Ukraine!'. Verfehlt mit 1,74% der Stimmen den Einzug ins Parlament. Drei Direktmandate.

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

Keine.

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Zentrale politische Programmatik:

Die CDU steht für den Aufbau eines ukrainischen Nationalstaates auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes mit christlich-demokratischen Grundwerten wie Freiheit, Verantwortung, Toleranz, Pluralismus und Solidarität. Wirtschaftspolitisch ist die Partei auf den Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft mit Schwerpunkten auf der Gewährleistung des freien Wettbewerbs und einer raschen Privatisierung ausgerichtet. Sozialpolitisch fordert die CVU die Sicherung des Rechts auf kostenfreie Bildung und medizinische Versorgung, ein effizientes Krankenversicherungssystem und angemessene Rentenzahlungen. Sie tritt für die Vereinigung aller Teilkirchen der ukrainischen Orthodoxie und die Bildung einer einheitlichen Nationalkirche ein. Außenpolitisch befürwortet die Partei eine Einbeziehung der Ukraine in die euro-atlantischen Strukturen und zeigt sich skeptisch gegenüber der GUS-Zusammenarbeit.

Herausragende Persönlichkeiten der Partei:

Dr. Wolodymyr STRETOWYTSCH MP

Parteivorsitzender

1994-98 Parlamentsausschußvorsitzender für Rechtspolitik

1995-96 Ko-Vorsitzender der Verfassungskommission

Seit 2002 Vorsitzender des Ausschusses zur Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen

14. Art der KAS-Verbindung:

Die Parteiführung ist an enger Zusammenarbeit mit der KAS interessiert. Vorstandsmitglieder waren bereits auf Einladung der KAS in Deutschland bzw. als Referenten unserer Bildungsmaßnahmen tätig. Dr. STRETOWYTSCH nahm an Informationsprogrammen für ukrainische Parteipolitiker 1996, 1998 und 2001 teil. SCHISCHKIN war im Januar 1997, MARUSTSCHENKO im November 1997 als Repräsentant der CVU im Rahmen von KAS-Informationsprogrammen in Deutschland. Im Oktober 2001 und 2003 beteiligte sich STRANNIKOW, internationaler Sekretär und

Leiter des 2001 gegründeten Instituts für politische Bildung, an Informationsprogrammen der KAS. Im Vorfeld der Parlamentswahlen im März 2002

nahmen regionale Kandidaten, Wahlkampfmanager und Mitarbeiter der Wahlstäbe an Wahlkampftrainings der Außenstelle Kiew teil.

15. Parteinahе Bildungs- oder Studieneinrichtungen:

Institut für politische Bildung (gegr. 2001)

Andrij STRANNIKOW, Direktor
01001 Kiew, wul. Bohdana Chmelnyzkygo, 3
Telefon: (380 44) 228 72 42
Telefax: (380 44) 228 71 93
e-mail: cdy@sovamua.com

Institut für christliche Demokratie (gegr. 2002)

Wolodymyr MARUSCHTSCHENKO, Direktor
01001 Kiew, wul. Bohdana Chmelnyzkygo, 3
Telefon: (380 44) 228 72 42
Telefax: (380 44) 228 71 93

Institut für Religionsfreiheit (gegr. 2002)

Oleksandr SAJEZ, Direktor
01001 Kiew, wul. Bohdana Chmelnyzkygo, 3
Telefon: (380 44) 228 72 42
Telefax: (380 44) 228 71 93

16. Landesinformationen:

Parlamentswahl am 31.3.2002

Politische Parteien und Wahlbündnisse	% nach Parteilisten	Anzahl der Mandate über Parteiliste	Anzahl Direktmandate	Gesamt
Unsere Ukraine	23.57%	70	38	108
Kommunistische Partei	19.98%	59	6	65
Für die Einheit der Ukraine	11.77%	35	66	101
Block Julia Timoschenko	7.26%	22	0	22
Sozialisten	6.87%	20	2	22
Sozialdemokratische Partei (vereinigte)	6.27%	19	4	23
Block Natalija Vitrenko	3.22%			0
'Frauen für die Zukunft'	2.11%			0
'Wintersaat Generation'	2.02%			0
Grüne	1.30%			0
Einheit	1.09%		3	3
Demokratische Union	0.87%		4	4
Unabhängige (Direktmandate)			94	94
Summe:		225	217	442

Gesetz über politische Parteien

Das Gesetz über politische Parteien vom 5. April 2001 regelt insbesondere:

- die Stellung politischer Parteien im ukrainischen Rechtssystem.
- die Gründung und Registrierung von Parteien: Mitgliedschaft und ihre Einschränkungen.
- die Umstände, bei denen das Parteienverbot in Kraft treten kann.
- Parteienfinanzierung.

Finanzierung politischer Parteien

Die Finanzierung politischer Parteien wird durch drei Gesetze geregelt:

- a. Das Gesetz „Über politische Parteien“ (April 2001),
 - b. Das Gesetz „Über die Parlamentswahl“ (März 2004) und
 - c. Das Gesetz „Über die Einführung der staatlichen Parteienfinanzierung“ (Dezember 2003).
- a. Im Parteiengesetz wird das Verbot bestimmter Finanzierungsquellen geregelt. Im Artikel 15 heißt es: Die Finanzierung politischer Parteien ist untersagt durch:
 - 1) Staatsorgane und Organe der örtlichen Selbstverwaltung;
 - 2) Staatliche und kommunale Unternehmen sowie durch Unternehmen mit Staats- oder Kommunalbeteiligung oder durch solche, die im Eigentum von Nichtstaatsbürgern sind;
 - 3) Ausländische Staaten und deren Bürger;
 - 4) Wohltätigkeits- und religiöse Organisationen;
 - 5) Anonyme Personen;
 - 6) Politische Parteien, die dem betreffenden Wahlblock nicht angehören.
 - b. Das Gesetz „Über die Parlamentswahl“ regelt die Wahlkampfkostenerstattung. Der Wahlfonds einer Partei besteht aus Eigenmitteln und/oder durch freiwillige Spenden privater Personen in Höhe von jeweils nicht mehr als 400 monatlichen Mindesteinkommen (umgerechnet ca. 82.000 Griwnja oder ca. 12.000 €). Die Spenden von Rechtspersonen, ausländischen Bürgern und anonymen Spendern sind untersagt. Die Höhe des Wahlfonds wird nicht eingeschränkt. Das Recht auf Erstattung erhalten die Parteien, die mind. 4 % der Stimmen erhalten haben. Die Erstattung erfolgt in Höhe der tatsächlichen Ausgaben für den Wahlkampf.
 - c. Das Gesetz „Über die Änderungen einiger Gesetze der Ukraine im Zusammenhang mit der Einführung der staatlichen Finanzierung politischer Parteien in der Ukraine“ tritt am 1. Januar 2005 in Kraft. Dieses Gesetz sieht eine teilweise staatliche Finanzierung der politischen Parteien vor, die im Parlament vertreten sind. Dabei unterscheidet das Gesetz zwischen der Finanzierung der s.g. „statutmäßigen“ Parteiarbeit und der Wahlkampfunterstützung der Parteien bei Parlamentswahlen.

Das Gesamtvolumen der staatlichen Finanzierung für die „statutmäßige“ Parteiarbeit beträgt 1% des gesetzlichen Mindesteinkommens mal die Anzahl aller Wahlberechtigter gemäß nationaler Wählerliste. Das Recht auf die staatliche Finanzierung erhalten die Parteien, die mindestens 3% der Stimmen bei den vorhergehenden Parlamentswahlen erhalten haben. Die Geldmittel werden proportional zu den für Sie abgegebenen Stimmen errechnet. Diese Mittel werden quartalsweise über das Justizministerium der Ukraine verteilt.

Beispiel:

Im Moment beträgt das gesetzliche Mindesteinkommen 205 Griwnja, umgerechnet ca. 30 €. In der Ukraine gibt es ca. 37,5 Mio. Wahlberechtigte. 1% von 30 € macht 0,3 € mal 37,5 Mio = 11.250.000 €. Dieser Betrag wird im Staatshaushalt für die Parteienfinanzierung vorgesehen. Nach den Ergebnissen der Parlamentswahlen 2002 haben sieben Parteien 3% der Stimmen erreicht. Das Wahlbündnis „Nascha Ukraina“ erhielt 23,5%. Somit hätte „Nascha Ukraina“ das Recht auf staatliche Finanzierung in Höhe von 2.643.750 €.

KONGREß UKRAINISCHER NATIONALISTEN

KUN

1. Land:

UKRAINE

2. Name der Partei in der Landessprache:

Kongres ukrajinskych nationalistiw

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

KUN

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Kongreß Ukrainischer Nationalisten. Gründung am 26.01.1993.

Der Gründungskongress des KUN fand im Oktober 1992 statt und wurde von der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), deren langjähriger Ideologe der Widerstandskämpfer Stepan BANDERA war, ins Leben gerufen. Offiziell wurde die Partei im Januar 1993 registriert. KUN hat den Schwerpunkt im Westen der Ukraine und rekrutiert das Führungspersonal mehrheitlich aus westeuropäischen Emigranten.

Zu den Parlamentswahlen 1998 gründete der KUN im September 1997 den Wahlblock Nationale Front – zusammen mit der Ukrainisch-Republikanischen Partei und der Ukrainischen Konservativen Republikanischen Partei. Der Wahlblock erhielt lediglich 2,7% der Stimmen und blieb so unterhalb der 4%-Hürde. KUN erhielt jedoch zwei Direktmandate (im Parlament der vorherigen Legislaturperiode hatte die Partei 7 Sitze). Bei der Präsidentenwahl 1999 bildete KUN zusammen mit anderen 15 Parteien die Koalition 'Unser Präsident - Jewhen MARTSCHUK!' Im Parlament bildet KUN eine gemeinsame Fraktion mit der Partei 'Reformen und Ordnung' (PRT) unter der Bezeichnung Reformen-Kongress. Die Fraktion umfasste 14 Abgeordnete.

Seit Juli 2001 ist die Partei eines der Gründungsmitglieder des Wahlblocks der Mitte "Nascha Ukraina" (Unsere Ukraine) mit Ex-Premier Viktor JUSCHTSCHENKO als Spitzenkandidat. Der Wahlblock 'Unsere Ukraine' erhielt in der Parlamentswahl am 31.03.2002 23,57% und wurde damit Wahlsieger. KUN erhielt zwei Plätze auf der Wahlliste und ein Direktmandat und damit drei Sitze im Parlament: Jaroslaw STEZKO, Vorsitzende von KUN (mittlerweile verstorben), Oleksij IWTSCHENKO. Direktmandatsträger – Jewhen HIRNYK, Gebiet Iwano-Frankiwsk.

5. Anschrift:

KUN
01001 Kiew
wul. Chreschtschatyk, 21
Tel.: +38 044 229-24-25

Fax: +38 044 228-10-24

6. Parteiführung:

Vorsitzender	Oleksij IWTSCHENKO, MP (seit 2003)
Stellvertretende Vorsitzende	Iwan GUBKA Myroslaw MELNYK Jurij KOSTYRTSCHUK
Leiter des Sekretariats	Wolodymyr BORITSCHUK

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei (bzw. Antragstellung) in internationalen Parteizusammenschlüssen:

Keine

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Parteitag:	Höchstes Organ, tagt einmal jährlich
Politischer Rat:	70 Personen, tagt einmal im Halbjahr
Partei Vorstand:	35 Personen, tagt alle drei Monate
Sekretariat:	8 Personen
Regionalverbände:	In fast allen Oblasts der Ukraine
Jugendorganisation von KUN	Jugendkongress

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Hauptgeschäftsstelle:	Leiter des Sekretariats+8 Personen
Abteilungen u.a. für	- Parteiorganisation - Agrarpolitik - PR-Abteilung

10. Parteimitglieder:

14 000 (v.a. Westukraine)

11. Wahlergebnisse seit 1989:

Parlamentswahl 2002	Gründungsmitglied des Wahlblocks 'Unsere Ukraine'. 23,57% der Stimmen für den Wahlblock. 2 Mandate über die Wahlliste und ein Direktmandat für den KUN
Präsidentenwahl 1999	KUN schließt sich dem Wahlblock 'Unser Präsident: Jewhen Martschuk!' an. 8,13% der Stimmen.
Parlamentswahl 1998	KUN beteiligt sich am Wahlbündnis 'Nationale Front'. 2,7% der Stimmen. Zwei Direktmandate.

12. Regierungsbeteiligung:

Keine

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Zentrale politische Programmatik:

Der KUN tritt für eine 'harmonische Entwicklung der Gesellschaft', für einen unitarischen Staat mit einer eigenen Nationalkirche, Förderung des Nationalbewusstseins, aber auch kulturelle Autonomie der Minderheiten ein. Außenpolitisch steht die Partei für eine deutliche Abgrenzung von russischen Interessen (insbesondere innerhalb der GUS). Dafür strebt der KUN engere Beziehungen mit dem Westen und der NATO an und arbeitet mit dem Internationalen Antibolschewistischen Block zusammen.

Herausragende Persönlichkeiten der Partei:

† Jaroslawa STEZKO	Parteivorsitzende, MP; Ausschuss für auswärtige (1929-2003) Angelegenheiten
† Stepan BANDERA	Leiter und führender Ideologe der Organisation (1909-1959) ukrainischer Nationalisten (OUN), welche KUN ins Leben gerufen hat. Er wurde vom KGB im Asyl (München) ermordet.

14. Art der KAS-Verbindung:

Vorstandsmitglieder der Partei haben an Bildungsmaßnahmen und Besucherprogrammen der Außenstelle Kiew teilgenommen. Im Vorfeld der Parlamentswahlen im März 2002 nahmen Mitarbeiter der Wahlstäbe an mehreren von der Außenstelle im Herbst 2001 durchgeführten Wahlkampftrainings teil. Der Parlamentsabgeordnete IWTSCHENKO nahm am Informationsprogramm für 11 ukrainische Abgeordnete der Fraktion "Nascha Ukraina" vom 26.01.-01.02.2003 in Berlin teil.

15. Parteinaher Bildungs- oder Studieneinrichtungen:

Keine

16. Landesinformationen:
Parlamentswahl am 31.3.2002

Politische Parteien und Wahlbündnisse	% nach Parteilisten	Anzahl der Mandate über Parteiliste	Anzahl Direktmandate	Gesamt
Unsere Ukraine	23.57%	70	38	108
Kommunistische Partei	19.98%	59	6	65
Für die Einheit der Ukraine	11.77%	35	66	101
Block Julia Timoschenko	7.26%	22	0	22
Sozialisten	6.87%	20	2	22
Sozialdemokratische Partei (vereinigte)	6.27%	19	4	23
Block Natalija Vitrenko	3.22%			0
'Frauen für die Zukunft'	2.11%			0
'Wintersaat Generation'	2.02%			0
Grüne	1.30%			0
Einheit	1.09%		3	3
Demokratische Union	0.87%		4	4
Unabhängige (Direktmandate)			94	94
Summe:		225	217	442

Gesetz über politische Parteien

Das Gesetz über politische Parteien existiert seit 5.04.2001. Es regelt insbesondere:

- die Stellung politischer Parteien im ukrainischen Rechtssystem.
- die Gründung und Registrierung von Parteien: Mitgliedschaft und ihre Einschränkungen.
- die Umstände, bei denen das Parteienverbot in Kraft treten kann.
- Parteienfinanzierung.

Finanzierung politischer Parteien

Die Finanzierung politischer Parteien wird durch drei Gesetze geregelt:

- a. Das Gesetz „Über politische Parteien“ (April 2001)
 - b. Das Gesetz „Über die Parlamentswahl“ (März 2004)
 - c. Das Gesetz „Über die Einführung der staatlichen Parteienfinanzierung“ (Dezember 2003).
- a. Im Parteiengesetz wird das Verbot bestimmter Finanzierungsquellen geregelt. Im Artikel 15 heißt es: Die Finanzierung politischer Parteien ist untersagt durch:
 - 1) Staatsorgane und Organe der örtlichen Selbstverwaltung;
 - 2) Staatliche und kommunale Unternehmen sowie durch Unternehmen mit Staats- oder Kommunalbeteiligung oder durch solche, die im Eigentum von Nichtstaatsbürgern sind;
 - 3) Ausländische Staaten und deren Bürger;
 - 4) Wohltätigkeits- und religiöse Organisationen;
 - 5) Anonyme Personen;

- 6) Politische Parteien, die dem betreffenden Wahlblock nicht angehören“.
- b. Das Gesetz „Über die Parlamentswahl“ regelt die Wahlkampfkostenerstattung. Der Wahlfonds einer Partei besteht aus Eigenmitteln und/oder durch freiwillige Spenden privater Personen in Höhe von jeweils nicht mehr als 400 monatlichen Mindesteinkommen (umgerechnet ca. 82.000 Griwnja oder ca. 12.000 €). Die Spenden von Rechtspersonen, ausländischen Bürgern und anonymen Spendern sind untersagt. Die Höhe des Wahlfonds wird nicht eingeschränkt. Das Recht auf Erstattung erhalten die Parteien, die mind. 4 % der Stimmen erhalten haben. Die Erstattung erfolgt in Höhe der tatsächlichen Ausgaben für den Wahlkampf.
- c. Das Gesetz „Über die Änderungen einiger Gesetze der Ukraine im Zusammenhang mit der Einführung der staatlichen Finanzierung politischer Parteien in der Ukraine“ tritt am 1. Januar 2005 in Kraft. Dieses Gesetz sieht eine teilweise staatliche Finanzierung der politischen Parteien vor, die im Parlament vertreten sind. Dabei unterscheidet das Gesetz zwischen der Finanzierung der s.g. „statutmäßigen“ Parteiarbeit und der Wahlkampfunterstützung der Parteien bei Parlamentswahlen.

Das Gesamtvolumen der staatlichen Finanzierung für die „statutmäßige“ Parteiarbeit beträgt 1% des gesetzlichen Mindesteinkommens mal die Anzahl aller Wahlberechtigter gemäß nationaler Wählerliste. Das Recht auf die staatliche Finanzierung erhalten die Parteien, die mindestens 3% der Stimmen bei den vorhergehenden Parlamentswahlen erhalten haben. Die Geldmittel werden proportional zu den für Sie abgegebenen Stimmen errechnet. Diese Mittel werden quartalweise über das Justizministerium der Ukraine verteilt.

Beispiel:

Im Moment beträgt das gesetzliche Mindesteinkommen 205 Griwnja, umgerechnet ca. 30 €. In der Ukraine gibt es ca. 37,5 Mio. Wahlberechtigte. 1% von 30 € macht 0,3 € mal 37,5 Mio = 11.250.000 €. Dieser Betrag wird im Staatshaushalt für die Parteienfinanzierung vorgesehen. Nach den Ergebnissen der Parlamentswahlen 2002 haben sieben Parteien 3% der Stimmen erreicht. Das Wahlbündnis „Nascha Ukraina“ erhielt 23,5%. Somit hätte „Nascha Ukraina“ das Recht auf staatliche Finanzierung in Höhe von 2.643.750 €.

VOLKSBEWEGUNG DER UKRAINE

RUKH bzw. NRU

1. Land:

UKRAINE

2. Name der Partei in der Landessprache:

Narodnyj Rukh Ukrainy

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

RUKH bzw. NRU
RUKH (Udowenko) / RUKH-U – bis Mai 2003

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

RUKH (Volksbewegung der Ukraine), Gründung im Januar 1993.

Die RUKH formierte sich 1989 in Kiew als Massenorganisation, deren Hauptziel die Errichtung eines unabhängigen und demokratischen ukrainischen Staates war. Bei den Parlamentswahlen von 1990 bildete die RUKH mit weiteren oppositionellen Kräften den Demokratischen Block als Gegengewicht zu den regierenden Kommunisten und erhielt 28% der Stimmen. Nach dem Scheitern des Putsches in Moskau, 1991, wurde von der Werchowna Rada (Parlament) die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine verabschiedet, an deren Formulierung führende RUKH-Vertreter beteiligt waren. 1991 wurde der ehemalige Dissident W.TSCHORNOWIL von der RUKH für die Wahl zum Präsidenten der unabhängigen Ukraine nominiert. Er erhielt 23,27% der Wählerstimmen und belegte damit den 2. Platz.

Anfang Dezember 1998 bildeten RUKH und die Partei „Reformen und Ordnung“ (PRP) eine Allianz für die Präsidentschaftswahlen im März 1999, deren Hauptziel die Aufstellung eines gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der demokratischen, reformorientierten Kräfte sein sollte. Dabei kam es Ende 1998 zu Konflikten innerhalb von RUKH. Nach dem Tod des Vorsitzenden TSCHORNOWIL im März 1999 hat sich die RUKH gespalten. Ein Teil blieb bei TSCHORNOWIL-Nachfolger, Außenminister a.D. und früherer Präsident der UN-Vollversammlung Hennadij UDOWENKO, der andere etwas größere Teil gruppierte sich um den ehemaligen Umweltminister Juri KOSTENKO. Die RUKH-Fraktion im Parlament hatte sich bereits im Februar 1999 gespalten. Beide Parteiführer ließen sich als Präsidentschaftskandidaten aufstellen und schieden bereits in der ersten Wahlrunde aus (KOSTENKO erhielt 2,17% der Wählerstimmen, UDOWENKO 1,22%).

Seit Juli 2001 ist RUKH-U eines der Gründungsmitglieder des Wahlblocks der Mitte „Nascha Ukraina“ ('Unsere Ukraine') mit Ex-Premier Viktor JUSCHTSCHENKO als Führungsfigur. Der Wahlblock 'Unsere Ukraine' erhielt in der Parlamentswahl am

31.03.2002 23,57% der Stimmen und wurde damit Wahlsieger. RUKH-U erhielt 12 Plätze auf der Wahlliste von 'Nascha Ukraina' und 10 Direktmandate und damit 22 Sitze im Parlament. Herr UDOWENKO, bis Mai 2003 Vorsitzender der Partei und Nr. 3 auf der Liste, leitet seither den Parlamentsausschuß für Menschenrechte und nationale Minderheiten. Auf dem 13. Parteitag der RUKH am 03.05.2003 wurde Borys TARASJUK, MP, Vorsitzender des Parlamentsausschusses für europäische Integration, zum Vorsitzenden von RUKH gewählt. Herr TARASJUK war Mitglied der Partei „Reformen und Ordnung“ bis er im März der RUKH beitrug. Zu seinen Stellvertretern wurden Roman SARYTSCH, MP, Juri KLJUTSCHKOWSKY, MP, Wjatschslaw KOWAL, MP, Les TANJUK, MP und Wasyl KUJBIDA gewählt.

5. Anschrift:

RUKH
01034 Kiew, wul. Olessja Hontschara 33
Tel./Fax: (380 44) 235 94 30; 246 47 67
E-mail: nruorg@ukrtel.com
HP: www.nru.org.ua

6. Parteiführung:

Vorsitzender	Borys TARASJUK, MP Vorsitzender des Parlamentsausschusses für europäische Integration, Außenminister a.D.
Stellvertretende Vorsitzende	Roman SWARYTSCH, MP Dr. Juri KLJUTSCHKOWSKI, MP Wjatscheslaw KOWAL, MP Les TANJUK, MP Wasyl KUJBIDA

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei (bzw. Antragstellung) in internationalen Parteizusammenschlüssen:

Keine

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Parteitag:	Höchstes Organ, tagt einmal in 2 Jahren
Partei Vorstand:	51 Personen, tagt einmal monatlich
Politischer Rat:	14 Personen, tagt einmal wöchentlich
Nationales Sekretariat:	15 Personen
Regionalverbände:	27 (in jedem Oblast der Ukraine)

Jugendflügel der Partei

Junger Volksrukh
(Vorsitzender Jurij KRYWORUTSCHKO)**9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:**

Hauptgeschäftsstelle: Sekretariatsleiter + 15 hauptamtliche Personen

Abteilungen u.a. für
- politische Analysen
- Internationale Arbeit
- Parteiorganisation**10. Parteimitglieder:**

40 000 (eigene Angaben).

11. Wahlergebnisse seit 1989:Parlamentswahl 2002
Gründungsmitglied des Wahlblocks „Unsere Ukraine“. 23,57% für den Wahlblock (Wahlsieger). 12 Plätze in der Liste von 'Nascha Ukraina' und 10 Direktmandate: insgesamt 22 Sitze im Parlament.Parlamentswahl 1998
(vor der Spaltung des RUKH) 9,4% der Stimmen, 48 Mandate (von 450)Präsidentschaftswahl 1999
Hennadij UDOWENKO erhält 1,22%Parlamentswahlen 1994
6% der Stimmen, 26 MandateParlamentswahlen 1990
28% der Stimmen, 126 Mandate**12. Regierungsbeteiligung**

Keine

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:**Zentrale politische Programmatik:**

Bei der Partei RUKH handelt es sich um eine der wichtigsten reformorientierten Parteien der Ukraine, die sich glaubwürdig zu Marktwirtschaft und Demokratisierung sowie den Aufbau einer Zivilgesellschaft bekennt. In der Wirtschaftspolitik tritt sie für eine rasche Privatisierung des Staatseigentums ein, damit der Privatsektor und insbesondere der Mittelstand die Grundlage für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum bilden kann. Eine weitere Grundlage des Wirtschaftsaufschwungs soll die Entwicklung der Landwirtschaft sein, wo sich nach erfolgter Bodenreform freie und eigenständige Genossenschaften, landwirtschaftliche AGs und Betriebe erfolgreich

entwickeln sollen. Weitere parteiprogrammatische Schwerpunkte sind die volle politische und wirtschaftliche Integration der Ukraine in die euroatlantischen Strukturen, die Stärkung der ukrainischen Unabhängigkeit von Moskau, sowie die Garantie der Menschen- und Minderheitenrechte und die freie Entfaltung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in der Ukraine.

Herausragende Persönlichkeiten der Partei:

Wjatscheslaw TSCHORNOWIL RUKH-Vorsitzender bis zu seinem Tod im März 1999; Abgeordneter 1992 – 1999, in der Sowjetzeit als politischer Häftling 15 Jahre im Gulag

Borys TARASJUK Vorsitzender des Ausschusses für europäische Integration; Außenminister (1998-2000)

Hennadij UDOWENKO Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und nationale Minderheiten; Außenminister (1994-98), Präsident der 52. UN-Vollversammlung (97/98)

Les TANJUK Stellvertretender Parteivorsitzender, Leiter des Ausschusses für Kultur und Geistigkeit

RUKH hat den Vorsitz in vier Ausschüssen in der Werchowna Rada:

Ausschuß für europäische Integration	- Borys TARASJUK
Ausschuß für Menschenrechte und nationale Minderheiten	- Hennadij UDOWENKO
Ausschuß für Kultur und Geistigkeit	- Les TANJUK
Ausschuß für Agrarpolitik	- Iwan TOMITSCH

14. Art der KAS-Verbindung:

Die KAS hat bereits vor Eröffnung der Außenstelle wichtige RUKH-Vertreter zu Kolloquien und Vorträgen nach Deutschland und ins Ausland eingeladen. RUKH-Parlamentarier und -Funktionsträger werden seither in Bildungsmaßnahmen zur Demokratieförderung und politischen Bildung einbezogen. Es besteht der Wunsch nach engeren Kontakten mit der CDU/CSU und der EVP. Besonders gute Beziehungen pflegt die Außenstelle mit dem Vorsitzenden der Partei Borys TARASJUK, den stellvertretenden Vorsitzenden KLJUTSCHKOWSKI und KOWAL. Im März 2001 nahm die Parteiführung an der Klausurtagung zur Bildung eines Wahlblocks der Mitte teil. Im Oktober 2001 beteiligten sich Parteivertreter an einem Informationsprogramm für Wahlkampfmanager in Berlin. Im Vorfeld der Parlamentswahlen im März 2002 nahmen regionale Kandidaten, Wahlkampfmanager und Mitarbeiter der Wahlstäbe an mehreren von der Außenstelle Kiew im Herbst 2001 durchgeführten Wahlkampftrainings teil. Die Parlamentsabgeordneten von RUKH KATSCHUR und TKATSCH nahmen an einem Informationsprogramm für ukrainische Abgeordnete der Fraktion "Nascha Ukraina" vom 26.01.-01.02.2003 in Berlin teil.

15. Parteinaher Bildungs- oder Studieneinrichtungen (Stiftung, Institut):

Memorial (Assoziation für Menschenrechte)

Les TANJUK, MP

01196 Kiew, Platz Lesi Ukrainki, 1 App. 501

Tel: (+38 044) 296 86 80

Fax: (+38 044) 296 80 80

Institut für Demokratie und Staatlichkeit

Iwan LOSOWY

Fax: (+33 044) 228 43 85

01034 Kiew, P.O.Box 359

Email: lozowy@gluk.org

Institut für euro-atlantische Zusammenarbeit

Borys TARASJUK, MP

01034 Kiew wul. Wolodymyrska, 42 App. 21

Tel./Fax: (+38 044) 238 68 43, 230 83 76

e-mail: office@ieac.org.ua

Institut für Wahlrecht

Dr. Jurij KLJUTSCHKOWSKIJ, MP

PARTEI REFORMEN UND ORDNUNG

PRP

1. Land

UKRAINE

2. Name der Partei in der Landessprache:

Partija Reformy i Porjadok

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

PRP (deutsch auch PRO)

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Partei Reformen und Ordnung. Gegründet am 24.10.1997.

Die Partei unter dem Vorsitz des Wirtschaftsreformers und früheren Vizepremiers Viktor PYNSENYK ging aus dem 1997 im Vorfeld der bevorstehenden Parlamentswahlen gegründeten, christ-demokratisch-bürgerlich orientierten, Wahlblocks 'Vorank Ukraine' hervor. Die Partei stellte damals ihre Wahlplattform unter der Überschrift 'Vertrag mit den Bürgern der Ukraine' vor und verpflichtete sich, im Falle eines Wahlsiegs alle dort enthaltenen 13 Artikel über politische, wirtschaftliche und soziale Reformen einzuhalten. Neben ihrer Basis in der Zentralukraine hatte die PRP 1998 auch Kampagnestützpunkte in den westlichen und zentralen Regionen aufgebaut. Zielgruppen waren insbesondere junge Unternehmer, Intellektuelle aber auch Rentner. Unter dem Slogan 'Ordnung' erhoffte man sich besondere Wirkung sowohl bei den älteren Wählern als auch beim Militär. Bei den Parlamentswahlen 1998 blieb die Partei mit 3,13% unter der 4%-Klausel, erreichte aber drei Direktmandate. Unter Führung von PYNSENYK formierte sich im Zeitraum von Dezember 1998 bis Mai 1999 eine eigene Abgeordnetengruppe unter dem Namen 'Reformen-Zentrum'. Diese wurde u.a. nach Beitritt der beiden Abgeordneten aus dem Kongress Ukrainischer Nationalisten umbenannt und hieß ab Mai 1999 Reformen-Kongress die Fraktion umfasste 14 Abgeordnete.

Anfang Dezember 1998 kündigten RUKH und PRP eine Allianz für die nächsten Wahlen an, deren Hauptziel die Präsentation eines gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der demokratischen, reformorientierten Kräfte sein sollte. Im Mai 1999 vereinigte sich die PRP mit einem Flügel der Demokratischen Partei der Ukraine. Im Präsidentschaftswahlkampf unterstützte die PRP Hennadij UDOWENKO (RUKH-U).

Seit Juli 2001 ist die PRP ein Gründungsmitglied des Wahlbündnisses der Mitte "Nascha Ukraina" ('Unsere Ukraine') mit Ex-Premier Viktor JASCHTSCHENKO als Führungsfigur. "Nascha Ukraina" erhielt bei der Parlamentswahl am 31.03.2002

23,57% und wurde damit Wahlsieger. PRP erhielt 8 Plätze auf der Wahlliste des Wahlbündnisses und 21 Direktmandate und damit 29 Sitze im Parlament.

5. Anschrift der Partei:

PRP
01014 Kiew, wul. Instytutska, 28
Telefon/Fax: (380 44) 201 41 16
e-mail: ref.ord@i.com.ua
HP: www.reformy.org

6. Parteiführung:

Vorsitzender: Viktor PYNSENKY, MP
Stellvertretende Vorsitzende: Serhij SOBOLEW, MP
Wolodymyr FILENKO, MP

Zur Parteiführung gehören außerdem:

Leiter des Exekutivkomitees: Igor HRYNIW, MP
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates: Igor OSTASCH, MP
Vorsitzender des Politischen Beirates: Wolodymyr JAWORIWSKY, MP
Vorsitzender des Wirtschaftsbeirates: Serhij TERJOCHIN, MP

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei (bzw. Antragstellung) in internationalen Parteizusammenschlüssen:

Keine.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Parteitag: Höchstes Organ, tagt einmal jährlich
Partei Vorstand: 27 Personen, tagt monatlich
Hauptrat: 80 Personen (erweiterter Vorstand, Beiräte, Vorsitzende der regionalen Organisationen), tagt nach Bedarf
Regionalverbände: 27 (in jedem Oblast der Ukraine)

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Hauptgeschäftsstelle: Leiter des Exekutivkomitees, 20 Mitarbeiter
Abteilungen u.a. für - Kontakt mit Regionalorganisationen
- Öffentlichkeitsarbeit

- analytische Arbeit

10. Parteimitglieder:

35 000 (eigene Angaben)

11. Wahlergebnisse seit 1989:

Parlamentswahl 2002	Gründungsmitglied des Wahlbündnisses "Unsere Ukraine". 23,57% (Wahlsieger). PRP erhält 8 Plätze und 21 Direktmandate: damit 29 Sitze im Parlament.
Parlamentswahl 1998	3,13 % der Stimmen. Drei Direktmandate. PRP und KUN bildeten eine gemeinsame Abgeordnetengruppe mit 14 Abgeordneten.

12. Regierungsbeteiligung:

Keine.

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Bei der PRP handelt es sich - neben RUKH - um die wichtigste reformorientierte Partei der Ukraine. Als grundsätzlich wirtschaftsliberale Partei tritt sie zugleich für eine „umfassende Transformation der Gesellschaft durch die bestehenden staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Institutionen“ ein. Programmatische Schwerpunkte der Partei sind der Aufbau eines Rechtsstaates und einer Zivilgesellschaft, die Dezentralisierung der Administration und die Reform der kommunalen Selbstverwaltung. Im wirtschaftspolitischen Bereich fordert die marktwirtschaftlich orientierte PRP eine effektive und transparente Privatisierungspolitik, die Zerschlagung von Wirtschaftsmonopolen, eine effiziente Steuer- und Finanzpolitik durch Sicherung der Währungsstabilität und die Schaffung eines gesunden Bankenwesens sowie einen ausgeglichenen Staatshaushalt, dessen Hauptausgaben beim Bildungswesen, der Wissenschaft und Kultur, beim Gesundheitswesen und der Verteidigung liegen sollen. Sozialpolitisch tritt die Partei für eine radikale Reform des Rentensystems und eine verstärkte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein. Außenpolitisch befürwortet die PRP die Annäherung an die europäisch-atlantischen Strukturen.

Herausragende Persönlichkeiten der Partei:

Viktor PYNSENKYK, MP	Parteivorsitzender 1992-1993 Wirtschaftsminister 1994-1997 Vizepremier für Wirtschaft; aus Protest gegen mangelnden Reformwillen aus der Regierung ausgetreten.
Serhij SOBOLEW, MP	Stellvertretender Vorsitzender, MP, beteiligte sich führend an der Entwicklung der Verfassung der Ukraine und an

Igor OSTASCH, MP	der Ausarbeitung der Gesetze über Privatisierung und zur Regulierung des Energiemarktes. Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Mykola TOMENKO, MP	Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Medienfreiheit und Information

14. Art der KAS-Verbindung:

Die KAS-Außenstelle hat seit langem Kontakte zu einzelnen Funktionsträgern und Abgeordneten dieser Partei. Parlamentarier und andere Mitglieder der PRP werden regelmäßig zu Bildungsmaßnahmen eingeladen. Unter anderem beteiligten sich ihre Vorstandsmitglieder am Forum der christ-demokratischen und konservativen Parteien in St. Petersburg (August 1998), am 2. und 4. Paneuropäischen Forum in Kiew (1999) und Helsinki (2002). Führende Parteimitglieder waren auf Einladung der Außenstelle Kiew auch Teilnehmer mehrerer Informationsreisen und Deutschland-Programme: im März 2001 nahm die Parteiführung an der Klausurtagung zur Bildung eines Wahlblocks der Mitte teil; im Oktober 2001 beteiligten sich Vorstandsmitglieder an dem Informationsprogramm für Wahlkampfmanager in Berlin. Im Vorfeld der Parlamentswahlen im März 2002 nahmen regionale Kandidaten, Wahlkampfmanager und Mitarbeiter der Wahlstäbe der Partei an mehreren von der Außenstelle Kiew im Herbst 2001 durchgeführten Wahlkampftrainings teil. Im Februar 2004 nahm der stellvertretende Parteivorsitzender SOBOLEW am Informationsprogramm für Wahlkampfmanager in Berlin teil.

15. Parteinaher Bildungs- oder Studieneinrichtungen:

Institut für Reformen
Iwan WASJUNYK
03150 Kiew wul. Dymytrowa, 16
Tel./Fax: (+38 044) 246 65 25
e-mail: info@ir.org.ua

Institut für Politik
Mykola TOMENKO, Direktor
01014 Kiew Postfach 15
Tel./Fax: (+38 044) 296 35 57
e-mail: mail@tomenko.kiew.ua

Ukrainische Volkspartei

UVP oder UNP (vormals RUKH-K)

1. Land

UKRAINE

2. Name der Partei in der Landessprache:

Ukrajinska Narodna Partija

Ukrajinskyj Narodnyj Rukh (bis Januar 2003)

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

UVP oder auch UNP (ukrainisch)

UNR bzw. RUKH (KOSTENKO)/RUKH-K (bis Januar 2003)

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte

Ukrainische Volkspartei

Registrierung von RUKH-KOSTENKO nach Spaltung von der RUKH am 31.12.1999. Nach Beschluß des Parteitages der RUKH-K am 25.1.2003 wird der Parteiname in „Ukrainische Volkspartei“ umbenannt.

Die RUKH, Volksbewegung der Ukraine, formiert sich 1989 in Kiew als Massenorganisation mit Hauptziel der Errichtung eines unabhängigen und demokratischen ukrainischen Staates. Bei den Parlamentswahlen von 1990 schließt sich die RUKH dem Demokratischen Block an. Dieser Verbund oppositioneller Kräfte sieht sich als Gegengewicht zu den regierenden Kommunisten und erhält 28% der Stimmen. Nach dem Scheitern des Putsches in Moskau, 1991, erklärt die Werchowyna Rada (Parlament) die Ukraine für unabhängig. An der Erklärung sind führende RUKH-Vertreter beteiligt. 1991 wird der ehemalige Dissident W. TSCHORNOWIL von der RUKH für die Wahl zum Präsidenten der unabhängigen Ukraine nominiert. Er erhält 23,27% der Wählerstimmen und belegt den 2. Platz.

Anfang Dezember 1998 bilden RUKH und die Partei „Reformen und Ordnung“ (PRP) eine Allianz für die Präsidentschaftswahlen im März 1999. Hauptziel ist die Aufstellung eines gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der demokratischen, reform-orientierten Kräfte. Dabei kommt es Ende 1998 jedoch zu Konflikten innerhalb der RUKH. Nach dem Tod des Vorsitzenden TSCHORNOWIL im März 1999 spaltet sich die RUKH entgültig. Die RUKH-Fraktion im Parlament hatte sich bereits im Februar 1999 gespalten. Ein Teil blieb beim TSCHORNOWIL Nachfolger, Außenminister a.D. und früheren Präsidenten der UN-Vollversammlung Hennadij UDOWENKO. Der etwas größere Teil gruppierte sich um den ehemaligen Umweltminister Juri KOSTENKO. Beide Parteiführer lassen sich als

Präsidentschaftskandidaten aufstellen und scheiden bereits in der ersten Wahlrunde aus (Kostenko erhielt 2,17% der Wählerstimmen, Udowenko 1,22%).

Im Dezember 1999 findet der Gründungskongress des RUKH-K statt. Nach der RUKH-Spaltung ist in dieser Organisation die überwiegende Mehrheit der RUKH-Gründer aus dem Jahr 1989 verblieben. Die RUKH-K betrachtet sich als eigentliche Nachfolgepartei der RUKH.

Im Juli 2001 wird die RUKH-K eines der Gründungsmitglieder des Wahlblocks der Mitte 'Unsere Ukraine' ('Nascha Ukraina') mit Ex-Premier Viktor JUSCHTSCHENKO als Führungsfigur. An diesem Bündnis beteiligt sich auch die RUKH-UDOWENKO (RUKH-U). Der Wahlblock 'Unsere Ukraine' erhält bei den Parlamentswahlen am 31.03.2002 23,57% und wird Wahlsieger. Die RUKH-K erhält 11 Plätze auf der Liste von 'Nascha Ukraina' und zusätzlich 11 Direktmandate.

Im Rahmen der Zusammenarbeit im Wahlbündnis von JUSCHTSCHENKO bewegen sich beide RUKH-Parteien wieder aufeinander zu. Auf dem Parteitag von RUKH-K am 25.1.2003 erfolgt jedoch eine Umbenennung der Partei in die 'Ukrainische Volkspartei', was auf Kritik seitens der anderen Wahlblock-Parteien stößt.

5. Anschrift der Partei:

UVP
01004 Kiew wul. Puschkinska, 28-a
Telefon: + 380 44 224 10 30
Fax: + 380 44 224 25 77
e-mail: analit@rukh-unr.org
HP: www.unp-ua.org

6. Parteiführung:

Vorsitzender	Dr. Jurij KOSTENKO, MP
1. Stellvertretender Vorsitzender	Iwan SAJEZ, MP
Stellvertretende Vorsitzende	Dr. Wjatscheslaw KYRYLENKO, MP Olexandr SLOBODJAN, MP Anton BUTEJKO (Ex-Botschafter der Ukraine in Rumänien)
Leiter des Sekretariats	Bohdan SOKOLOWSKIJ (gute Deutsch-Kenntnisse)

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei (bzw. Antragstellung) in internationalen Parteizusammenschlüssen:

2003 Antrag auf Beobachterstatus bei EVP.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Parteitag:	Höchstes Organ, tagt einmal jährlich
Partei Vorstand:	55 Personen (inkl. Parteipräsidium: 15 Personen), tagt einmal monatlich
Sekretariat:	15 Personen
Regionalverbände:	27 (in jedem Oblast der Ukraine)
Jugendflügel der Partei:	Junger RUKH, v.a. im Westen des Landes vertreten Vorsitzender: Timur NAGALEWSKIJ

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Hauptgeschäftsstelle:	Sekretariatsleiter + 10 hauptamtliche Mitarbeiter
Abteilungen u.a. für	- politische Analysen - Internationale Arbeit - Parteiorganisation
Jugendorganisation	Junger RUKH

10. Parteimitglieder:

47. 000 (nach eigenen Angaben)

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:

Parlamentswahl 2002	Gründungsmitglied des Wahlblocks „Unsere Ukraine“. 23,57% für den Wahlblock (Wahlsieger). 11 Plätze in der Liste von 'Nascha Ukraina' und 11 Direktmandate und damit 22 Sitze im Parlament.
Präsidentschaftswahl 1999	Jurij KOSTENKO erhält 2,17%
Parlamentswahl 1998 (vor RUKH-Spaltung)	9,4% der Stimmen, 48 Mandate von 450. Nach der Spaltung bildet RUKH-K eine eigene Fraktion mit 22 Abgeordneten.

12. Regierungsbeteiligung:

Keine

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:**Zentrale politische Programmatik:**

Bei der UVP handelt es sich neben RUKH und PRP um eine der bedeutenderen Parteien der Ukraine, die sich glaubwürdig zu Marktwirtschaft und Demokratie sowie den Aufbau einer Zivilgesellschaft bekennt.

In der Wirtschaftspolitik tritt sie für eine rasche Privatisierung des Staatseigentums ein, damit der Privatsektor und insbesondere der Mittelstand die Grundlage für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum bilden kann. Eine weitere Grundlage des Wirtschaftsaufschwungs soll die Entwicklung der Landwirtschaft sein, damit sich dort nach erfolgter Bodenreform freie und eigenständige Genossenschaften, landwirtschaftliche AGs und Betriebe erfolgreich entwickeln können.

Weitere parteiprogrammatische Schwerpunkte – wie auch bei RUKH – sind die volle politische und wirtschaftliche Integration der Ukraine in die euroatlantischen Strukturen, die Stärkung der ukrainischen Unabhängigkeit von Moskau, sowie die Garantie der Menschen- und Minderheitenrechte und die freie Entfaltung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in der Ukraine.

Herausragende Persönlichkeiten der Partei:

Dr. Jurij KOSTENKO, MP

Parteivorsitzender; ehem. Minister für Umweltschutz und nukleare Sicherheit (1992-1998)

Olexandr SLOBODJAN, MP

Präsident der Obolon AG

14. Art der KAS-Verbindung:

Die KAS hat bereits vor Eröffnung der Außenstelle wichtige RUKH-Vertreter zu Kolloquien und Vorträgen in Deutschland und im Ausland eingeladen. RUKH-Parlamentarier und Funktionsträger sind in Bildungsmaßnahmen zur Demokratieförderung und politischen Bildung einbezogen. Es besteht der Wunsch nach engeren Kontakten mit der CDU/CSU. Gute Kontakte pflegt die KAS-Außenstelle u.a. zum Vorsitzenden KOSTENKO. Er hat u.a. als Präsidentschaftskandidat an Maßnahmen der KAS teilgenommen. Die Parlamentsabgeordneten von UVP beteiligen sich an verschiedenen Veranstaltungen der Außenstelle. Im März 2001 nahm die Parteiführung an der Klausurtagung zur Bildung eines Wahlblocks teil. Im Oktober 2001 und Januar 2003 beteiligten sich Parteivertreter am Informationsprogramm für Wahlkampfmanager in Berlin. Im Vorfeld der Parlamentswahlen im März 2002 nahmen regionale Kandidaten, Wahlkampfmanager und Mitarbeiter der Wahlstäbe an mehreren von der Außenstelle Kiew im Herbst 2001 durchgeführten Wahlkampftrainings teil.

15. Parteinaher Bildungs- oder Studieneinrichtungen (Stiftung, Institut):

Keine

Weißrussland



Quelle: <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/bo.html>



PARTEI DER BELARUSSISCHEN VOLKSFRONT

BVF

1. Land:

Republik Belarus

2. Name der Partei in der Landessprache:

Партыя Беларускаго Народнаго Фронта (Partija Belorusskogo Narodnogo Fronta)

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

BVF, auf Englisch BPF

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Partei der Belarussischen Volksfront

Die Partei der Belarussischen Volksfront entstand aus einer halblegalen Europa- und nationalorientierten demokratischen Bewegung belarussischer städtischer Intellektueller Ende der 80er Jahre. Wegen des durch die kommunistische Regierung verhängten Verbotes fand der erste Kongress der BVF im litauischen Vilnius (24.-25.06.1989) statt. In der gegenwärtigen Konstellation existiert die Partei seit Dezember 1999, nachdem sich ein Teil der Partei abspaltete und eine eigene Partei – die Christlich-Konservative Partei BVF – am 26. September 1999 gründete.

5. Anschrift:

BVF

Ul. Warwascheni 8

220005 Minsk

Republik Belarus

Tel.: +375 17 2 84 50 12

Fax: +375 17 2 84 50 12

www.pbnf.org

E-mail: [pbnf @ pbnf.org](mailto:pbnf@pbnf.org)

6. Parteiführung:

Vorsitzender:

Vincuk VIACORKA

Stellvertretende Vorsitzende:

Ales MICHALEWITSCH
Alexej JANUKEWITSCH

Verantwortlicher Sekretär:

Wiktar IWASCHKEWITSCH

Leiter des Ausschusses für Internationale Beziehungen: Ihar LALKOU

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei (bzw. Antragstellung) in internationalen Parteizusammenschlüssen:

Mitglied der CDI.

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Parteitag: höchstes Gremium, tagt einmal in zwei Jahren

Sejm: höchstes Gremium zwischen Parteitag, wird vom Vorsitzenden einberufen

Vorstand des Sejms: Exekutivorgan der Partei

Offiziell registrierte Grundorganisationen der Partei gibt es in 116 Kreisen und Städten des Landes

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Hauptgeschäftsstelle Verantwortlicher Sekretär, 6 Mitarbeiter

Kreisgeschäftsstellen 6 Gebietsorganisationen und 1 Minsker

10. Parteimitglieder:

1. 259 (Quelle: Justizministerium der Republik Belarus; Stand: 01.02.2002.) Die Partei selbst weist ca. 5. 000 Mitglieder aus und erklärt den Unterschied zu den offiziellen Angaben dadurch, dass manche Mitglieder ihre Parteiangehörigkeit aus pragmatischen Gründen offiziell nicht angeben, da ihnen sonst der Verlust ihres Arbeitsplatzes oder persönlichen Schikanen drohen.

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989:

Parlamenteswahlen 2000: gemeinsam mit anderen demokratischen Oppositionsparteien Boykott wegen massiver Wahlfälschung schon im Vorfeld (Schwierigkeiten bei der Registrierung von Kandidaten etc).

Präsidentenwahlen 2001:

In Belarus ist es möglich, einen Kandidaten durch das Sammeln von genügend Unterschriften zu registrieren, daher ist die Anzahl der gesammelten Unterschriften für diese Präsidentenwahl ein Indiz für die Aktivität und Größe einer Partei. Die Partei der BVF konnte insgesamt 65. 000 Unterschriften für ihren Kandidaten sammeln. Es gelingt der Opposition nicht, sich auf einen Präsidentenwahlkandidaten zu einigen. Wegen massiver Wahlfälschung ist kein klares Ergebnis feststellbar.

Parlamentswahlen 2004: Gemeinsame Liste und gemeinsamer Wahlkampf mit dem Wahlbündnis 5+, das aus fünf wichtigen demokratischen Oppositionsparteien sowie einer Reihe kleinerer Parteien und NGOs besteht.

Voraussichtlicher Termin für die Wahlen: 17. Oktober 2004.

Kommunalwahlen 2003: Hier trat die Partei der BVF an und revidierte damit ihre Entscheidung des Boykottes bei den Parlamentswahlen 2000. Insgesamt erlangten die demokratischen Kräfte trotz erheblicher Wahlfälschung ca. 120 Sitze in Gemeinde-, Kreis- und Regionalräten, (von insgesamt ca. 24. 000 vergebenen Mandaten), davon entfielen etwa 20 auf die BVF.

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

1990 – 1995

Während der Parlamentswahlen 1990 konnte die Partei, die damals von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützt wurde, etwa 60 Abgeordnetenmandate gewinnen. Nicht zuletzt dank der BVF-Abgeordneten wurden die ersten demokratischen Gesetze des damals noch kommunistisch geprägten Obersten Sowjet der 12. Legislaturperiode (1990-1995) verabschiedet, u.a. ein Gesetz über die Aufhebung der führenden Rolle der kommunistischen Partei und eine verfassungsrechtliche Erklärung über die Souveränität von Belarus.

Regierung von Alexander Lukaschenko 1994 bis heute

Keine Regierungsbeteiligung, außerparlamentarische Opposition. Die Bedingungen für demokratische Parteien in der Diktatur Lukaschenkos sind außerordentlich schwierig. Es besteht kaum Zugang zu Medien, da diese zu fast 100% staatlich kontrolliert werden. Den wenigen verbliebenen unabhängigen Zeitungen droht die Schließung oder der Entzug der Druckgenehmigung. Auch persönlich müssen Mitglieder der Partei mit Repressalien rechnen. So wurde der Generalsekretär der Partei, Wiktar IWASCHKEWITSCH, wegen Präsidentenbeleidigung zu 2 Jahren Zwangsarbeit (sog. Besserungsarbeit) verurteilt. Nach einem Monat Haft ist er nun seit Dez. 2003 wieder auf freiem Fuß.

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Zentrale politische Aussage:

Ziel der Partei ist das Streben nach Freiheit, Unabhängigkeit und Wiederentstehung des nationalen und kulturellen Selbstbewusstseins von Belarus. Die PBVF spricht sich im Parteiprogramm für soziale Marktwirtschaft sowie für eine demokratische Grundordnung mit erheblicher Einschränkung der Rechte des Präsidenten aus. Darüber hinaus strebt sie eine Integration Belarus' in NATO und EU an.

Herausragende Persönlichkeiten der Partei:

Viacorka VINCUK: Vorsitzender (geb. 1961), Sprachwissenschaftler (slawische und baltische Sprachen). Poltisch aktiv seit 1980 (halblegale nationalorientierte Jugendkulturbewegung „Majstrounja“), aktives Mitglied und Mitgestalter der BVF seit

1988. Mehrfach wegen Verstoßes gegen das Demonstrationsverbot inhaftiert und zu Geldstrafen verurteilt. Spricht gutes Englisch und fließend Polnisch.

Viktor IWASCHKEWITSCH: Generalsekretär, Gewerkschaftsführer, ehemaliger Chefredakteur der oppositionellen Zeitung „Rabotschy“, spricht keine Fremdsprachen. Herr Iwaschkewitsch ist wegen des Versuchs der Verleumdung des Staatspräsidenten am 16.9.2002 zu einer freiheitseinschränkenden „Besserungsarbeit“ für 2 Jahre verurteilt worden. Die Verurteilung sorgte für starke internationale Proteste. Nach einem Jahr wurde er am 16.12.2003 vorzeitig freigelassen.

Ales MICHALEWITSCH: Stellvertretender Vorsitzender. Seit den Kommunalwahlen 2003 gewählter Abgeordneter eines Gemeinderates, Gründer und Vorsitzender eines Zusammenschlusses der demokratisch orientierten lokalen Abgeordneten. Spricht gutes Englisch und fließend Polnisch. Trotz seiner Jugend einer der wichtigsten Politiker der Partei, gilt als Nachwuchshoffnung.

Dr. Pjotr SADOUSKI: Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Parlament der 12. Legislaturperiode, erster Botschafter von Belarus in Deutschland (1992-1994).

14. Art der KAS-Verbindung:

Langjährige enge Kontakte mit der Führungsriege der Partei, mehrere Fahrten nach Berlin, Zusammenarbeit bei der Durchführung von Konferenzen und Seminaren.

15. Parteinaher Bildungs- oder Studieneinrichtungen (Stiftung, Institut) mit Name und Anschrift:

Keine

16. Landesinformationen:

Wahlen:

Ein bedeutender Teil der oppositionellen politischen Parteien hat die Parlamentswahlen 2000 boykottiert. Daher sind im Parlament (der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung), das insgesamt 110 Abgeordnete zählt, nur 16 Mitglieder der politischen Parteien vertreten. Der Großteil der Abgeordneten gehört keiner Partei an. Die meisten von ihnen sind noch vor den Wahlen von präsidentialen Machtstrukturen als „zuverlässig“ abgesegnet worden:

Parteiame oder Koalition	Mandate	%
Kommunistische Partei von Belarus	6	5,45
Agrarpartei (Regierungskonform)	5	4,56
Partei für Arbeit und Gerechtigkeit (Regierungskonform)	2	1,82
Belarussische Sozial-Sportliche Partei (Regierungskonform)	1	0,91
Sozialdemokratische Partei der Volkseintracht	1	0,91
Liberal-Demokratische Partei	1	0,91
(Nach den Wahlen ist das LDP-Mitglied, Abgeordneter Alexej WAGANOW, aus der Partei ausgetreten)		
Vereinigte Bürgerpartei	2	1,82
(Die beiden Abgeordneten – Wladimir NOWOSJAD und Jurij		

MOROSOW – haben ihre Parteimitgliedschaft ruhen lassen)

Mit der Gründung der regimekritischen Gruppe Respublika ist eine ca 3-7 Personen umfassende innerparlamentarische Opposition entstanden. Im Juni 2004 führten Teile dieser Gruppierung einen Hungerstreik durch, um eine Abstimmung über die Wahlordnung zu erzwingen. Der von Respublika vorgelegte Gesetzentwurf, der eine Demokratisierung der bestehenden Wahlordnung vorsah, wurde daraufhin auf die Tagesordnung gesetzt, jedoch – wie von der Präsidentialadministration dringend empfohlen – mit großer Mehrheit abgelehnt.

Gesetz über politische Parteien

Das Gesetz der Republik Belarus Nr. 3266-XII vom 05.10.1994 beinhaltet die rechtlichen Grundlagen der belarussischen Parteien. Das Gesetz wurde mehrmals geändert, das letzte Mal durch die Novelle N 213-3 am 26.06.2003. Das Gesetz in der gegenwärtigen Fassung regelt insbesondere die:

- Stellung der Parteien im belarussischen Rechtssystem;
- Tätigkeitsgrundlagen der politischen Parteien;
- Gründung politischer Parteien, Einstellen oder Abbrechen ihrer Tätigkeit;
- Tätigkeitsgarantien für politische Parteien;
- Finanzierung der politischen Parteien.

Finanzierung der politischen Parteien

Die Finanzierung der politischen Parteien in der Republik Belarus ist im o.a. Gesetz über politische Parteien, Art. 26 (zulässige Finanzierungsquellen) und Art. 27 (verbotene Finanzierungsquellen) geregelt.

Zulässige Finanzierungsquellen (Art. 26)

- 1) Beitritts- und Mitgliedsbeiträge;
- 2) Vermögenseinkommen, Einnahmen, die durch die Verlagstätigkeit, den Vertrieb von Drucksachen und Publikationen und die Nutzung von anderen Massenmedien erzielt werden;
- 3) Einnahmen, die durch die Veranstaltung von kulturellen, wohltätigen und sonstigen Maßnahmen erwirtschaftet werden;
- 4) Spenden und Schenkungen;
- 5) sonstige gesetzlichen Einnahmen.

Verbotene Finanzierungsquellen (Art. 27)

Generell ist es laut Art. 27 untersagt, politische Parteien aus dem Staatshaushalt zu finanzieren. Dementsprechend ist es staatlichen Organen, Staatsunternehmen und staatlichen Organisationen verboten, politische Parteien finanziell zu unterstützen. Auf ihrer Sitzung am 30.06.2004 verabschiedete die Nationalversammlung in erster Lesung eine Änderung des Parteiengesetzes, die die bestehenden Bestimmungen hinsichtlich nichtstaatlicher Geldgeber weiter verschärfen dürften. Bei Inkrafttreten würde den Parteien verboten, Geld- und Vermögensspenden nicht nur von

- ausländischen Staaten

- internationalen Organisationen,
- ausländischen Staatsangehörigen und Staatenlosen
- anonymen Geldgebern,

wie das heute schon durch den Art. 27 des Parteiengesetzes verboten ist, sondern auch von

- nicht volljährigen belarussischen Staatsangehörigen,
- religiösen Organisationen und
- juristischen Personen, die weniger als ein Jahr vor Tätigkeit der Spende registriert wurden,

zu erhalten. Außerdem wäre es dann möglich, die Tätigkeit von Parteien und ihren Vereinigungen mittels Gerichtsentscheid für einen Zeitraum von 6 Monaten auszusetzen.

Geldlose Hilfe aus dem Ausland

Das Präsidialdekret Nr. 24 vom 28.11.2003 „Über den Erhalt und die Nutzung geldloser Hilfe aus dem Ausland“ ändert die bisherigen Bestimmungen des Dekrets Nr. 8. Es weitet die Kompetenzen der Präsidialadministration aus, die nun in größerem Maße bestimmen darf, welche Formen geldloser Hilfe aus dem Ausland zu welchen Zwecken verwendet werden dürfen. Dabei wurde die Liste der Aktivitäten, deren Unterstützung durch solche Hilfe verboten ist, erheblich ausgeweitet. Bei Verletzung des Dekrets können politische Parteien, Organisationen, Stiftungen etc. zur Auflösung gezwungen und ausländische Bürger ausgewiesen werden.

VEREINIGTE BÜRGERPARTEI

VBP

1. Land:

Republik Belarus

2. Name der Partei in der Landessprache:

Объединенная гражданская партия (Objedinjonnaja grazhdanskaja partija)

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens:

VBP

4. Name der Partei auf Deutsch, Entstehungsgeschichte:

Vereinigte Bürgerpartei. Gegründet in ihrer jetzigen Form am 1. Oktober 1995.

Die vereinigte Bürgerpartei entstand aus mehreren Parteien und ist in ihrer Grundrichtung liberal-konservativ. Die Partei sieht ihre Aufgabe in der Förderung einer offenen Zivilgesellschaft und eines Rechtsstaates in Belarus. Wirtschaftspolitisch tritt sie für eine effiziente und dynamische soziale Marktwirtschaft ein und vereinigt hochkarätige Wirtschaftsfachleute, die mit Reformplänen für alle wichtigen Bereiche (Budget, Gesundheit, Renten) an die Öffentlichkeit treten.

5. Anschrift:

Exekutivkomitee der VB
Ul. W.Choruzhej 22 – 1701
220123 Minsk Belarus
Tel.: +375 (0)17 289-50-09
Fax: +375 (0)17 237-84-98
www.ucpb.org, www.ucpb.info
E-Mail: ucpb@ucpb.org (Pressedienst)

6. Parteiführung:

Parteivorsitzender:	Anatol LEBJEDKO
Erster stellvertretende. Vorsitzender:	Alexander DABRAVOLSKI
Stellvertretender Vorsitzender:	Jaroslav ROMANTSCHUK
Fraktionsvorsitzender (Parlament):	nicht vorhanden
Generalsekretär	Funktion vom Vorsitzenden ausgeübt
Internationaler Sekretär	Kastus KHADYKA

7. Mitgliedschaft, Assoziierung oder Beobachterstatus der Partei (bzw. Antragstellung) in internationalen Parteizusammenschlüssen:

Beobachterstatus bei der EDU, Antrag auf Beobachterstatus bei der EVP:

8. Untergliederung, Organisationsstufen, Zahl der Regionalverbände, Wahlkreisverbände, Kommunal-/Ortsverbände:

Parteitag:	Höchstes Gremium, tagt je nach Bedarf, mindestens aber einmal in zwei Jahren.
Nationales Komitee:	Das höchste Parteigremium im Zeitraum zwischen den Parteitagungen, tagt je nach Bedarf mindestens aber alle sechs Monate.
Politischer Rat:	Exekutives Organ der Partei, tagt mindestens alle drei Monate.
Exekutivkomitee:	Ein geschäftsführendes Organ, fungiert beim und im Auftrag des Politischen Rats.
Regionalverbände:	Insgesamt 271 Organisationen auf verschiedenen Ebenen. Davon: 6 Gebietsorganisationen und 1 Minsker Stadtorganisation, 95 Kreis- und Stadtorganisationen, 170 Grundorganisationen.

9. Organisationsstruktur der nationalen Geschäftsstelle und Umfang des hauptamtlichen Personals:

Hauptgeschäftsstelle	Parteivorsitzender, 12 Mitarbeiter
Kreis- und Stadtgeschäftsstellen	95

10. Parteimitglieder:

3. 125 (Quelle Justizministerium der Republik Belarus; Stand: 01.02.2002).

11. Wahlergebnisse der Partei seit 1989

Parlamenteswahlen 2000: gemeinsam mit anderen demokratischen Oppositionsparteien Boykott wegen massiver Wahlfälschung schon im Vorfeld (Schwierigkeiten bei der Registrierung von Kandidaten etc).

Präsidentenwahlen 2001:

In Belarus ist es möglich, einen Kandidaten durch das Sammeln von genügend Unterschriften zu registrieren, daher ist die Anzahl der gesammelten Unterschriften für diese Präsidentenwahl ein Indiz für die Aktivität und Größe einer Partei. Hier war die vereinigte Bürgerpartei eine der aktivsten Oppositionsparteien und sammelte insgesamt 100 000 Unterschriften für ihre Kandidaten. Es gelang der Opposition jedoch nicht, sich auf einen Präsidentenwahlkandidaten zu einigen. Wegen massiver Wahlfälschung war zudem kein klares Ergebnis feststellbar.

Parlamentswahlen 2004: Gemeinsame Liste und gemeinsamer Wahlkampf mit dem Wahlbündnis 5+, das aus fünf wichtigen demokratischen Oppositionsparteien sowie einer Reihe kleinerer Parteien und NGOs besteht.

Voraussichtlicher Termin für die Wahlen: 17. Oktober 2004.

Kommunalwahlen 2003: Hier trat die Vereinigte Bürgerpartei an und revidierte damit ihre Entscheidung des Boykottes bei den Parlamentswahlen 2000. Insgesamt erlangten die demokratischen Kräfte trotz der erheblichen Wahlfälschung bei diesen Wahlen 120 Sitze in Gemeinde-, Kreis- und Regionalräten, davon entfielen 20 auf die VBP.

12. Regierungsbeteiligung, Entwicklung seit 1989:

Regierung von Alexander Lukaschenko 1994 – heute

Keine Regierungsbeteiligung der PBVF. Außerparlamentarische Opposition. Die Bedingungen für demokratische Parteien in der Diktatur Lukaschenkos sind außerordentlich schwierig. Es besteht keinerlei Zugang zu Medien, da diese zu 100% staatlich kontrolliert werden. Den wenigen verbliebenen unabhängigen Zeitungen droht die Schließung oder der Entzug der Druckgenehmigung. Auch persönlich müssen Mitglieder der Partei mit Repressalien rechnen. So läuft gegen den Vorsitzenden der Partei, Anatol LEBJEDKO, ein Verfahren wegen Präsidentenbeleidigung

13. Zentrale politische Aussage/Programmatik und Leitfiguren:

Zentrale politische Aussage:

Die Vereinigte Bürgerpartei betont die demokratischen Grundwerte und unterstützt grundlegende liberale Wirtschaftsreformen, angefangen von einer Privatisierung der weitgehend staatlichen Unternehmen, grundlegende Reformen des intransparenten und ineffizienten Renten- und Sozialsystem.

Herausragende Persönlichkeiten der Partei:

Anatol LEBJEDKO:

Parteivorsitzender, bis 1994 Weggefährte von Präsident Lukaschenko, seit seiner undemokratischen Ausrichtung Abwendung und Gegnerschaft. Anatol LEBJEDKO wurde wegen seiner Kritik am Regime wiederholt verhaftet und zu hohen Geldstrafen verurteilt. Momentan droht ihm ein Verfahren wegen Präsidentenbeleidigung, ein Tatbestand, der mit hohen Haftstrafen geahndet werden kann. Charismatischer Führer der Partei. Spricht einige Fremdsprachen.

Jaroslav ROMANTSCHUK:

Stellvertretender Vorsitzender, ausgewiesener Wirtschaftsfachmann der Partei, der gemeinsam mit weiteren Experten Vorschläge zu einer grundlegenden Reform der Sozialsysteme ausgearbeitet hat. Darüber hinaus erstellte er einen Alternativhaushalt für 2003, den er dem Parlament vorlegte. ROMANTSCHUK spricht fließend Englisch und ist ein vielgefragter Gesprächspartner in Europa und Amerika.

Alexander DABRAVOLSKI:

Stellvertretender Parteivorsitzender. Gehört wegen seiner guten Sprachkenntnisse und seiner überlegten Art zu einem wichtigen Ansprechpartner für europäische und amerikanische Belarusexperten. Auf Grund seiner besonnenen Art wichtige Integrationsfigur für das parteiübergreifende Wahlbündnis 5+.

14. Art KAS-Verbindung:

Langjährige enge Kontakte mit der Führungsriege der Partei, mehrere Fahrten nach Berlin, Zusammenarbeit mit parteinahen Think Tanks. Langjährige Zusammenarbeit mit der Jugendorganisation der Partei, den Jungen Demokraten.

15. Parteinaher Bildungs- oder Studieneinrichtungen (Stiftung, Institut):

Institut für gesellschaftliche Bildung
 Exekutivkomitee der VB
 Ul. W.Choruzhej 22 – 1701
 220123 Minsk Belarus
 Tel.: +375 (0)17 289-50-09
 Fax: +375 (0)17 237-84-98
www.ucpb.org, www.ucpb.info
 E-Mail: ucpb@ucpb.org (Pressedienst)

16. Landesinformationen:

Wahlen:

Ein bedeutender Teil der oppositionellen politischen Parteien hat die Parlamentswahlen 2000 boykottiert. Daher sind im Parlament (der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung), das insgesamt 110 Abgeordnete zählt, nur 16 Mitglieder der politischen Parteien vertreten. Der Großteil der Abgeordneten gehört keiner Partei an. Die meisten von ihnen sind noch vor den Wahlen von präsidentialen Machtstrukturen als „zuverlässig“ abgesegnet worden:

Parteiame oder Koalition	Mandate	%
Kommunistische Partei von Belarus	6	5,45
Agrarpartei (Regierungskonform)	5	4,56
Partei für Arbeit und Gerechtigkeit (Regierungskonform)	2	1,82
Belarussische Sozial-Sportliche Partei (Regierungskonform)	1	0,91
Sozialdemokratische Partei der Volkseintracht	1	0,91
Liberal-Demokratische Partei	1	0,91
(Nach den Wahlen ist das LDP-Mitglied, Abgeordneter Alexej WAGANOW, aus der Partei ausgetreten)		
Vereinigte Bürgerpartei	2	1,82
(Die beiden Abgeordneten – Wladimir NOWOSJAD und Jurij MOROSOW – haben ihre Parteimitgliedschaft ruhen lassen)		

Mit der Gründung der regimekritischen Gruppe Respublika ist eine ca 3-7 Personen umfassende innerparlamentarische Opposition entstanden. Im Juni 2004 führten Teile dieser Gruppierung einen Hungerstreik durch, um eine Abstimmung über die Wahlordnung zu erzwingen. Der von Respublika vorgelegte Gesetzentwurf, der eine Demokratisierung der bestehenden Wahlordnung vorsah, wurde daraufhin auf die Tagesordnung gesetzt, jedoch – wie von der Präsidentialadministration dringend empfohlen – mit großer Mehrheit abgelehnt.

Gesetz über politische Parteien

Das Gesetz der Republik Belarus Nr. 3266-XII vom 05.10.1994 beinhaltet die rechtlichen Grundlagen der belarussischen Parteien. Das Gesetz wurde mehrmals geändert, das letzte Mal durch die Novelle N 213-3 am 26.06.2003. Das Gesetz in der gegenwärtigen Fassung regelt insbesondere die:

- Stellung der Parteien im belarussischen Rechtssystem;
- Tätigkeitsgrundlagen der politischen Parteien;
- Gründung politischer Parteien, Einstellen oder Abbrechen ihrer Tätigkeit;
- Tätigkeitsgarantien für politische Parteien;
- Finanzierung der politischen Parteien.

Finanzierung der politischen Parteien

Die Finanzierung der politischen Parteien in der Republik Belarus ist im o.a. Gesetz über politische Parteien, Art. 26 (zulässige Finanzierungsquellen) und Art. 27 (verbotene Finanzierungsquellen) geregelt.

Zulässige Finanzierungsquellen (Art. 26)

- 1) Beitritts- und Mitgliedsbeiträge;
- 2) Vermögenseinkommen, Einnahmen, die durch die Verlagstätigkeit, den Vertrieb von Drucksachen und Publikationen und die Nutzung von anderen Massenmedien erzielt werden;
- 3) Einnahmen, die durch die Veranstaltung von kulturellen, wohltätigen und sonstigen Maßnahmen erwirtschaftet werden;
- 4) Spenden und Schenkungen;
- 5) sonstige gesetzlichen Einnahmen.

Verbotene Finanzierungsquellen (Art. 27)

Generell ist es laut Art. 27 untersagt, politische Parteien aus dem Staatshaushalt zu finanzieren. Dementsprechend ist es staatlichen Organen, Staatsunternehmen und staatlichen Organisationen verboten, politische Parteien finanziell zu unterstützen. Auf ihrer Sitzung am 30.06.2004 verabschiedete die Nationalversammlung in erster Lesung eine Änderung des Parteiengesetzes, die die bestehenden Bestimmungen hinsichtlich nichtstaatlicher Geldgeber weiter verschärfen dürften. Bei Inkrafttreten würde den Parteien verboten, Geld- und Vermögensspenden nicht nur von

- ausländischen Staaten
- internationalen Organisationen,

- ausländischen Staatsangehörigen und Staatenlosen
- anonymen Geldgebern,

wie das heute schon durch den Art. 27 des Parteiengesetzes verboten ist, sondern auch von

- nicht volljährigen belarussischen Staatsangehörigen,
- religiösen Organisationen und
- juristischen Personen, die weniger als ein Jahr vor Tätigkeit der Spende registriert wurden,

zu erhalten. Außerdem wäre es dann möglich, die Tätigkeit von Parteien und ihren Vereinigungen mittels Gerichtsentscheid für einen Zeitraum von 6 Monaten auszusetzen.

Geldlose Hilfe aus dem Ausland

Das Präsidialdekret Nr. 24 vom 28.11.2003 „Über den Erhalt und die Nutzung geldloser Hilfe aus dem Ausland“ ändert die bisherigen Bestimmungen des Dekrets Nr. 8. Es weitet die Kompetenzen der Präsidialadministration aus, die nun in größerem Maße bestimmen darf, welche Formen geldloser Hilfe aus dem Ausland zu welchen Zwecken verwendet werden dürfen. Dabei wurde die Liste der Aktivitäten, deren Unterstützung durch solche Hilfe verboten ist, erheblich ausgeweitet. Bei Verletzung des Dekrets können politische Parteien, Organisationen, Stiftungen etc. zur Auflösung gezwungen und ausländische Bürger ausgewiesen werden.

AUSSENSTELLEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Relevante Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Ortskräften

BOSNIEN-HERZEGOWINA

Dr. Caroline *Hornstein Tomić*
Konrad-Adenauer-Stiftung
Čobanija 6
BA-71000 Sarajevo
BOSNIEN-HERZEGOWINA

Tel. 00387-33-215 240, -241, -242
Fax 00387-33-215 239
Handy 00387-61102954
E-mail kas@smartnet.ba
caroline.hornstein@kas-sarajewo.com
ivana.maric@kas-sarajewo.com
dijana.prljic@kas-sarajewo.com
alena.nezirovic@kas-sarajewo.com
aida.tabakovic@kas-sarajewo.com

BULGARIEN

Ralf *Jaksch*
Konrad-Adenauer-Stiftung
Boulv. „Janko Sakasov“ 19
4. Etage, App. 11
BG-1504 Sofia
BULGARIEN

Tel. 00359-2-9 43 43 88
00359-2-9 43 43 90
00359-2-944 14 82
Fax: 00359 2 943 34 59
Handy 0035-88-7 555 707
E-mail kas.sofia@mb.bia-bg.com

KROATIEN

Dr. Christian *Schmitz*
Konrad-Adenauer-Stiftung
I. G. Kovacica 25/I
HR-10000 Zagreb
KROATIEN

Tel. 00385-1 4 88 26 50 (Zentrale)
00385-1-4 88 26 54 (Dr. Schmitz)
00385-1-4 88 26 58 (Fr. Škaljić)
Fax 00385-1-4 88 26 56
Handy 00385-98-45 39 68 (Dr. Schmitz)
Handy 00385-98-49 43 34 (Fr. Škaljić)
E-Mail elma.kas@inet.hr (Elma Škaljic,
Büroleiterin), Tanja Juric: tanja_juric@kas.hr

MAZEDONIEN

Ulrich *Kleppmann*
Konrad-Adenauer-Stiftung
ul. „Maksim Gorki“ 16 / Kat 3
MK-1000 Skopje

Tel. 00389-2-323 11 22
Fax 00389-2-313 52 90
Mobil 00389-70-279 594 MAZEDONIEN
E-Mail kas@unet.com.mk
u.kleppmann@unet.com.mk

RUMÄNIENDr. Günter *Dill*Konrad Adenauer Stiftung
Str. Dr. Carol Davila nr. 91
RO-Bukarest (Sector 5)
RUMÄNIEN**Tel.** 0040-21-212 65 31
0040-21 212 68 45
0040 21 224 89 13
Handy 0040 724 206 706
Fax 0040 21 212 65 32

Postanschrift:

C. P. 15 – 38
RO-Bukarest (Sector 5)
RUMÄNIEN**E-mail** kas@users.ro
kas.dill@users.roAlina Costache: kas.costache@users.ro
Maria VasIU, wiss. MA: kas.vasiu@users.ro**SERBIEN und MONTENEGRO**Dr. Bernhard *Lamers*Konrad-Adenauer-Stiftung
Bulevar kralja Aleksandra 298 / III
SCG-11000 Belgrad
SERBIEN und MONTENEGRO**Tel./Fax** 00381-11-3 80 74 42, -3 80 74 45
Fax 00381-11-3 80 74 46**E-mail**Dr. Bernhard Lamers: lamers@kas-bg.org
Katarina Mihailovic: mihailovic@kas-bg.org
Marija Kojic: kojic@kas-bg.org
Jelena Jablanov: jablanov@kas-bg.org
Jelena Rudic: doslov@kas-bg.org
Gordana Pilipovic: pilipovic@kas-bg.org
Dr. A. Grunauer: grunauer@kas-bg.org
Rudic **Handy**: 00381-63-8148787**MONTENEGRO**Büro Podgorica (zuständiger AM: Dr. *Lamers*)Frau Sanija *Sljivancanin*Marksa i Engelsa 1
81000 Podgorica
YU-MONTENEGRO**Tel./Fax** 00381-81-611 117**E-mail** kas_ije@cg.yu**UKRAINE**Ralf *Wachsmuth*Konrad-Adenauer-Stiftung
wul. Antonowytscha 16, Whg. 2.UA-252004 Kiew 1
UKRAINE**Tel.** 0038-044-2 20 10 12
0038-044-2 20 09 71
0038-044-2 27 16 25**Fax** 0038-044-2 20 82 30**E-mail** konrad@adenauer.kiev.ua**WIEßRUSSLAND (über POLEN)**Stephan *Raabe* und Oda *von Breitenstein*Konrad-Adenauer-Stiftung
ul. J. Dabrowskiego 56

PL-02-561 Warschau

Tel. 0048-22-8 45 38 94
0048-22-8 48 54 01
0048-22-8 45 93 30**Fax** 0048-22-8 48 54 37**Handy** 0048-607-332258

Fr. v. Breitenstein: 0048-601-262843

E-mail kas-w-wa@kas.pl
stephan.raabe@kas.de
oda.breitenstein@kas.pl